

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Original täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Leit-)gebundene Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Freitag, den 24. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Im Juli dieses Jahres haben wir bereits einmal einen Aufruf an Euch gerichtet, in dem wir Euch baten Euer Solidaritätsgefühl für unsere im russischen Reiche kämpfenden Genossen dadurch zu betätigen, daß Ihr **S e l d s a m m l u n g e n** für die Opfer der russischen Revolution veranstaltet.

Die damaligen Sammlungen haben einen Ertrag von über 130 000 M. ergeben. Aber wie erfreulich dieses Resultat ist, es reicht nicht entfernt, um die furchtbaren Wunden zu heilen, die seitdem wieder der heldenmütigen und unergleichlichen Kampf geschlagen hat, den das russische Proletariat unter Führung unserer Genossen gegen das stuch- und schmachbeladene Regiment des russischen Zarismus führt.

Zehntausende und aber zehntausende sind wiederum im Laufe weniger Monate als Schlachtopfer tot oder verwundet gefallen, tausende füllen die Gefängnisse, hunderttausende Männer, Frauen und Kinder befinden sich insofern dieser Kämpfe in schrecklichstem Elend oder in bitterer Not und sind der Verzweiflung nahe. Und noch ist kein Ende dieses Kampfes abzusehen.

Die deutsche Arbeiterklasse, welche dem russischen und polnischen Proletariat einen vollen Erfolg seiner heldenmütigen Anstrengungen zum Sturze des russischen Despotismus und für eine neue, bessere und gerechtere soziale und politische Ordnung der Dinge im russischen Reiche wünscht, kann durch schleunige Sammlung von **Geldmitteln** die ungeheure Not und das Elend der Opfer lindern, die dieser einzig dastehende Kampf für die Befreiung Rußlands bisher gekostet hat.

Parteigenossen! Wir richten deshalb nochmals an Euch die Aufforderung, **sofort** und **überall** Geldsammlungen in die Wege zu leiten und den Ertrag dieser Sammlungen an unseren Kassierer, Genossen

Albin Gerisch,

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,

zu senden. Für eine gerechte Verteilung der eingehenden Beträge werden wir Sorge tragen.

Parteigenossen! Frisch ans Werk! Betätigt durch eine möglichst umfassende Sammlung Eurer tatkräftigen Sympathien mit unseren kämpfenden Genossen und Euer Mitgefühl mit den Opfern dieses Riesenkampfes.

Hoch die Internationalität der Sozialdemokratie!

Berlin, den 23. November 1905.

Der Parteivorstand.

Die Unterzeichneten ersuchen die Genossen und Genossinnen von Berlin und Umgegend dem vorstehenden Aufruf tatkräftig Folge zu leisten und unergütlich die Sammlungen aufzunehmen.

Berlin, den 23. November 1905.

Die Vertrauensleute und die Vertrauenspersonen der Genossinnen.

Des armen Mannes Bier und Zigarre.

Seit Ferdinand Lassalle am 12. April 1862 in der Dranienburger Vorstadt mit seiner großen Rede über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes die glänzende Periode seiner Agitation eröffnet hat, wissen die breitesten Schichten der deutschen Arbeiterklasse, daß die indirekten Steuern eines der Grundpfeiler der modernen, bürgerlichen Klassenherrschaft sind. Und es ist höchst bezeichnend, daß das erste Auftreten der sozialdemokratischen Lehre auf dem politischen Kampfbühne, in der breiten Öffentlichkeit Deutschlands gleich mit dem schärfsten Kampfe speziell um die indirekten Steuern verbunden war. Der Kriminalprozeß wegen „Anreizung zum Mord und zur Verachtung der bestehenden Klassen“, der Lassalle im Gefolge jener Rede zuerst 4 Monate Gefängnis und dann, in der Appellationsinstanz, 100 Taler Strafe eingetragen hat, drehte sich bekanntlich in der Hauptsache um die Lassalle'schen Ausführungen über das indirekte Steuersystem. Es war die erste unschuldsvolle sozusagen prähistorische Zeit der preussischen Klassenjustiz, der erste Raum der jugendlichen Eitelperiode der preussischen Staatsanwaltschaft, als sie es noch in heiterer Unbesorgtheit für juristisch und politisch möglich hielt, die sozialdemokratische Agitation gegen die indirekten Steuern vor den Richterstuhl und ins Gefängnis zu schleppen. Heute sind wir über die Heroenzeit der kühnen Waffengänge der deutschen Justiz mit den wissenschaftlichen Lehrsätzen der Sozialdemokratie längst hinaus, in trodenster Anzuehmlichkeit, in dem vollsten Bewußtsein des brutalen Klassenegoismus wird heute das Geschick der indirekten Besteuerung jahrein — jahraus betrieben, „der Mord und die Verachtung gegen die bestehenden Klassen“ durch immer neue Steuer-„Reformen“ gesät.

Zwischen jener Zeit nämlich, wo ein preussischer Staatsanwalt noch zu beweisen unternahm, daß die indirekten Steuern nicht eine spezielle Bedrückung der arbeitenden Volksschichten sei, weil die Belastung der Lebensmittel durch eine entsprechende Lohnerhöhung wettgemacht werde, zwischen dem Anfang der 60er Jahre und der heutigen Stengelschen „Finanzreform“ liegt eine ganze Epoche der Entwicklung des indirekten Steuersystems, einer Entwicklung, in der sich zugleich die Geschichte der Klassen- und Parteiverhältnisse im Deutschen Reiche spiegelt.

Die indirekten Steuern und Zölle sind ja, historisch genommen, ein spezifisch bürgerliches System der Abwälzung der Kosten der Staatserhaltung auf die schwächsten Schultern, der Kosten der Erhaltung des ganzen Apparats der Klassenherrschaft auf die breite Masse des beherrschten und ausgebeuteten Volkes. Das feudale System beruhte zwar gleichfalls, wie jede Klassengesellschaft, auf der Steuerfreiheit der junkerlichen Schmaroherkaste. Allein die Abwälzung der öffentlichen Lasten auf die arbeitende Masse geschah in direkter Form von persönlichen Arbeits- und Naturalleistungen. Die Klassenherrschaft kam offener, brutaler, ehrlicher zum Ausdruck. Es war der wühige Einsall des ersten bürgerlichen Regimes in den mittelalterlichen städtischen Kommunen, die indirekte, verschleierte Methode der Volksauspörrung zur Basis des ganzen Staatshaushalts zu machen. Und in dem modernen kapitalistischen Bourgeoisstaate ist dieses System aufs wunderbarste gebiechen.

Allein bis in die sechziger Jahre hinein ruhte das indirekte Belastungssystem, insofern es sich um Zölle handelte, ausschließlich auf der industriellen Großbourgeoisie. Das preussische Junkertum ging damals als Sturmbod des Freihandels vor; in seiner Gesellschaft der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ hatte es sich ein Organ der freihändlerischen Politik geschaffen, die hauptsächlich auf die für die Herren Junker wichtige Billigkeit der Industrieprodukte und der landwirtschaftlichen Maschinen gerichtet war. Da sich die Natur des Junkertums niemals verleugnet, so nannten sich die Herren mit echt ostelbischer Offenherzigkeit selbst die „unverschämten“ Freihändler.

Das Ende der 70er Jahre brachte dann die große Schwankung unter der Führung Bismarcks. Im Jahre 1878 machte das preussische Agrarierium den Sprung zum extremen Schutzollsystem, der Aukhandel um die Haut der Volksmasse wurde perfekt. Erzählte doch ein Zeuge der denkwürdigen Szenen, die sich in den Kulissen des alten Reichstages abspielten: „Man hörte sagen: geben Sie mir 50 Pf. auf Eisen, dann gebe ich Ihnen den Weizen. Oder: geben Sie mir den Roggen, dann lasse ich ab vom anderen. Man traute ja seinen Ohren nicht, man mußte sich fragen, ob man im Reichstag und nicht in einer anderen sonst achtbaren Versammlung in der Burgstraße (nämlich in der Börse) sei.“

Der Aukhandel, bei dem die Arbeiterklasse Deutschlands mit dreifachen Nutzen begünstigt wurde: mit Zöllen, Militärleistungen und mit dem Sozialistengesetz, wurde perfekt. Damit wurde aber auch jenes feudale-kapitalistische Kompromiß des Auk- und des Schlotzjunkertums perfekt, das in der soldatischen Teilung der Haut des steuerzahlenden Plebes besteht und das den „granitnen Block“ der ganzen heutigen deutschen Politik bildet. Das spezifisch bürgerliche System der „indirekten“ Volkspolierung wurde von dem feudalen Ostelbertum akzeptiert, das alte „wohlerworbene Recht“ des Raubrittertums wurde ins modern-kapitalistische, in die Liebesgaben des Steuersystems, des Zolltarifs übersetzt.

Seitdem wurde erst die zernehmende, unendliche Schraube der indirekten Besteuerung der deutschen Arbeiterklasse an die Daunen gesetzt. Seitdem dauert auch der Verzweiflungskampf der deutschen Arbeiter um ihre soziale Kultur- existenz. Und die angezeigte neue Steuervorlage, die dem armen Manne sein Glas Bier und seine Zigarre verteuern soll, eröffnet einen neuen Abschnitt dieses kulturhistorischen Verzweiflungskampfes.

Der Mensch lebt nicht von Bier und von Zigarren. Gewiß, der einzelne kann leicht den Bier- und Tabakkonsum sehr erheblich oder gänzlich einschränken, und die Sozialdemokratie ist die allerletzte, die speziell dem Alkoholgenuß das Wort redet. Allein das Bier und die Zigarre gehören bei der großen Masse des Volkes zu dem bescheidenen „Luxus“, der über die nackte physische Lebensnotdurft hinausgeht, sie bilden eine in den heutigen Verhältnissen wurzelnde Gewohnheit, das Mittel der Nervenregung, der Erheiterung, der Lebensbegehrlichkeit. Mag man bei dem einzelnen den Bier- und Tabakkonsum beurteilen wie man will, für die Arbeitermasse sind sie ein fester Bestandteil der Lebenshaltung, das Merkmal eines gewissen sozialen Niveaus. Und gerade deshalb, weil die finanzpolitische Weisheit des Deutschen Reiches sehr wohl weiß, wie zäh die Arbeiterklasse an ihren Lebensgewohnheiten festhält, deshalb werden diese bescheidenen Gegenstände des proletarischen Lebensluxus mit Vorliebe getroffen! Um die Lebenshaltung der Masse geht also nunmehr von neuem der Kampf los. Die herabdrückende Tendenz der junkerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft, die seit Jahren mit Gewalt angelegt hat, um die Arbeiterklasse auf das Niveau des sozialen Proletariats, den Proletarier zum bloßen Arbeiter zu degradieren, soll in der neuen Steuervorlage ihre Krone erreichen. Getreidezölle — Fleischsperrre — Tabak- und Biersteuern: von allen Seiten auf einmal eröffnet der

brutale Klassenegoismus der Aukhiefer heutiger sozialer Zustände eine Kanonade auf die soziale Lebenshaltung, auf die Kulturexistenz des arbeitenden Volkes.

Angesichts dessen muß auch die Antwort — ein flammender, machtvoller Protest der großen Volksmasse werden. Uebergang aus der bloßen Defensiv zum Sturm auf einer scharfen Offensive; auf die Ankündigung der neuen Steuerreform nicht bloß eine vernichtende Kritik dieser Steuern, sondern der allgemeine Ruf im Sinne des Programms der Sozialdemokratie: **Nieder mit dem gesamten indirekten Steuersystem!**

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

Die neuen Reichssteuern.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer ihren zweiten Artikel über das dem deutschen Volke zugebaute Steuerragout: einen Artikel, der noch deutlicher als der erste zeigt, daß trotz aller offiziellen Versicherungen sich das Reichsschatzamt bei der Ausarbeitung seiner Steuerprojekte völlig in den Dienst der Auk- und Schlotzjunker und ihrer Interessen gestellt hat. Wie ist dem arbeitenden Volke so deutlich vor Augen geführt worden, daß die Regierung nichts weiter ist als ein Ausschuß der herrschenden Klassen, konstituiert zur rücksichtslosen Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber dem mehrwerterschaffenden, in harter Arbeitsfront ätzenden Volke. Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, um den Arbeiter erkennen zu lassen, daß das Versteuern der sozialen Fürsorge des Staates nichts ist als eine perfide List, erfunden, um den Klassencharakter des modernen Staates zu verhüllen, durch die neuen Steuervorlagen wird dieser Beweis in einem Umfange erbracht, daß der Arbeiter, der noch fernher an das Märchen vom sozialen Königtum glaubt, als unzurechnungsfähig gelten muß. Außer der enormen Belastung des Bieres und Tabaks hat man im Reichsschatzamt eine Ausdehnung des Frachtfuhrer- und Stempels, der für den Seefrachtverkehr bereits besteht, auf den Binnenfrachtfuhrer- und Landfrachtfuhrer ausgebeugt; und außerdem soll das deutsche Volk mit einer Fahrkartensteuer (im Eisenbahn- wie im Dampfschiffsverkehr), mit einer Automobilsteuer und mit einer Quittungssteuer für alle Waren- umsätze beunruhigt werden, deren Wert 20 M. übersteigt. Die Konsummittel, Handel und Verkehr sollen bluten; dagegen ist die Steuer, welche die Reichen trifft, so mäßig gehalten, daß sie geradezu als Farce gelten muß. Während aus der Steuerbelastung des Bieres und Tabaks ein Mehrertrag von über hundert Millionen Mark herausgeholt werden soll, und der Ertrag aus dem Frachtfuhrer- und Fahrkarten- und Quittungssteuer mit 80 Millionen Mark veranschlagt wird, hält die Regierung in ihrer Besorgtheit um das Wohl der Junker und Großkapitalisten für völlig hinreichend, wenn aus der Reichs-Erbschaftsteuer 40—50 Millionen herausgeholt werden.

Es heißt in den Mitteilungen der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“:

Zunächst ist eine Ausdehnung des Frachtfuhrer- und Stempels, der für den Seefrachtverkehr 1000 aus der Mitte des Reichstages vorgeschlagen wurde und seitdem zu Recht besteht, auf den Binnenfrachtfuhrer- und Landfrachtfuhrer beabsichtigt. Durch die verschiedene Bemessung des Stempels für Stückgut und für ganze Schiffe- und Eisenbahnwagenladungen wird auf die größere steuerliche Tragfähigkeit der letzteren Rücksicht genommen. Ueberdies soll durch Erhebung der Gebühren für Stückgutausgaben im Seefrachtverkehr, deren Fracht 50 Pf. nicht erreicht, von 10 auf 5 Pf., auf das geringste Maß zurückgeführt werden. Ferner soll der Seefrachtverkehr durch Festlegung einer Frachtfuhrer- — 25 M. —, bis zu der eine geringere Besteuerung bestimmt wird, gesichert werden.

An zweiter Stelle kommt eine Besteuerung der Personalfahrarten im Eisenbahn- und Dampfschiffsverkehr in Betracht. Mit dieser Finanzmaßregel wird Deutschland dem Beispiel einer Anzahl anderer großer Staaten folgen, so Großbritannien, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Italien und Rußland. In keinem dieser Länder ist eine merliche Verbilligung des Reiseverkehrs oder eine Hemmung seiner Entwicklung durch die Steuer hervorgerufen.

Durch die Bemessung der Steuerhöhe soll eine wesentlich stärkere Veranziehung der wohlhabenden Bevölkerung durchgeführt werden. Dies würde — neben einer Abstufung der Steuerklassen von 40 Pf. bis herab zu 5 Pf. für jede Fahrkarte, je nach der Wagenklasse, sowie neben der Befreiung der ermäßigten Militär- und Arbeiterkarten — in der Weise geschehen, daß die Steuerpflicht erst bei einem Fahrpreis von mehr als 2 M. zu beginnen hätte. Hiernach würde die Steuerpflicht für die III. Klasse erst bei 67 Kilometer, bei der IV. sogar erst bei 100 Kilometer eintreten, der Grundtag einer stärkeren Belastung der wohlhabenderen Schichten würde somit auf doppelte Art gewahrt; erstlich durch das Einsetzen der Steuerpflicht schon bei kürzeren Entfernungen und sodann durch den stark ansteigenden Steuerkurs.

Schließlich ist als Ergänzung der Besteuerung des Güterumsatzes eine Quittungssteuer in Aussicht genommen, die mit 10 Pf. für jede Quittung so geringfügig bemessen ist, daß sie als Verkehrshindernis sicherlich nicht ins Gewicht fallen wird, wenn, wie es geplant ist, Quittungen über Beträge bis zu 20 M. von der Steuer befreit werden. Zugunsten auch dieser Steuer spricht der Umstand, daß sie, wie die Erfahrungen anderer Länder beweisen leicht gezeigt wird und bezogen zu werden ist.

Aus den bisher behandelten Steuerquellen würde sich eine Einnahme von etwa 120 Millionen ergeben. Da, wie bereits dargelegt worden ist, nach Abzug von 25 Millionen, die der

Neuertrag der Zölle auf Grund des neuen Zolltarifs ergeben soll, 220 bis 230 Millionen zu decken sind, bliebe noch ein Rest von 40 bis 50 Millionen übrig, für den die oben angeführten Steuereinnahmen keinen Ausgleich bieten würden. Um die noch erforderlichen Deckungsmittel sicherzustellen, ohne zu weiteren Abgaben vom Massenverbrauch greifen zu müssen, ist geplant, eine Reichserschafsteuer einzuführen, die das Erbschaftsteuerwesen, soweit das Reich am Ertrage beteiligt sein wird, einheitlich regeln soll. Die Erbschaftsteuer erhält im Reichshandelsvertrag eine Sonderstellung unter den eigenen Einkünften des Reiches, als der aus dem Ertrage der Erbschaftsteuer dem Reich verbleibende Anteil von Jahr zu Jahr durch das Statutgesetz bestimmt werden soll je nach dem Teil des ordentlichen Ausgabebedarfs, für den nach Einstellung der sonstigen eigenen Einnahmen des Reiches und der durch Ueberweisungen gedeckten Matrikularbeiträge ein Ausgleich noch fehlt. Der Anteil des Reiches wird dabei nach der Höhe der anderen Einnahmen und der Ausgaben schwanken, doch ist geplant, den dritten Teil des Erbschaftsteuerertrages unter allen Umständen den Einzelstaaten vorzubehalten, um die letzteren für den Verzicht auf ihre bisherigen Einkünfte aus der Erbschaftsteuer schadlos zu halten. Erbschaften, die auf Abkömmlinge in gerader Linie oder auf Ehegatten übergehen, bleiben von der Reichsteuer befreit.

Es ist eine maßlose Provokation, die sich die Regierung leistet. Die Wüste der Sozialreform läßt sie völlig fallen; vielleicht weil sie einseht, daß sich durch diese doch kein kassenbewußter Arbeiter mehr täuschen läßt. Kraut- und Schlotunker sehen wieder am Ruder und bestimmen den Kurs.

Handelspolitische Superflugsucht.

In dem „Deutsch-amerikanischen Handelsvertrag“ überschriebenen Leitartikel der Nr. 288 des „Vorwärts“ (vom 15. November) hatten wir die Forderungen präzisiert, welche die deutsche Arbeiterchaft bei den Verhandlungen über einen neuen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag stellen muß. Wir führten aus:

„Im Interesse des deutschen Arbeiters liegt weder die Fernhaltung der amerikanischen Rohstoffe vom deutschen Markt zum Zweck der Preissteigerung, noch die Aufrechterhaltung der neuen deutschen Zölle auf amerikanischen Maschinen, noch die Herausforderung eines Zollkrieges, der die Ausfuhr deutscher Exportartikel nach den Vereinigten Staaten hemmt und dadurch zur Arbeitslosigkeit in den betreffenden Industriezweigen führt. Das Interesse des Arbeiters verlangt im Gegenteil die Ermäßigung der jetzigen hohen Lebensmittelpreise durch Erleichterung der amerikanischen Rohstoffzufuhr und zweitens möglichst Ausdehnung des industriellen Exports, das heißt gute Beschäftigung der deutschen Exportindustrie. Und von diesem Interessensstandpunkte des deutschen Arbeiters ergibt sich in bezug auf die Neuregelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen als unsere Forderung: möglichst Ermäßigung der Zölle auf Getreide, Obst, getrocknete Früchte, Schmalz, Fleisch, Petroleum usw. gegen Herabsetzung der amerikanischen Zölle auf deutsche Industrieartikel, vornehmlich auf die Erzeugnisse der deutschen Textilindustrie.“

Unserem Kasseler Parteiorgan, dem „Volkblatt“, geben diese Darlegungen Anlaß zu einem hochkomischen Versuch, seine Ueberlegenheit auf dem Gebiete der Handelspolitik darzutun. Es schreibt in seinem Leitartikel der Dienstagsnummer:

Es liegt auf der Hand, daß ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage des neuen Tarifs in seinem Betrage die Interessen der Arbeiter berücksichtigen kann. Wir vermögen daher nicht zu verstehen, daß der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel über den „Deutsch-amerikanischen Handelsvertrag“ (Nr. 288 vom 15. November 1900) allen Ernstes Forderungen aufstellt, die beim Abschluß eines Vertrages mit der Union im Interesse der Arbeiter geltend zu machen seien, nämlich: Ermäßigung der deutschen Zölle auf Getreide, Obst, getrocknete Früchte, Schmalz, Fleisch und Petroleum gegen Herabsetzung der amerikanischen Zölle auf deutsche Industrieartikel. Die neue historisch-ökonomische Redaktion sollte doch wissen, daß die Minimalzölle der Zölle auf Getreide durch das Tarifgesetz festgelegt sind und durch Verträge nicht herabgesetzt werden können, daß man die Einfuhr von Fleisch und Schmalz durch die hohen Unterzollkosten auf Grund der Gebührenordnung zum Fleischbeschaugesetz zu erschweren sucht und daß nach demselben Gesetze die Einfuhr von amerikanischem Wachsenfleisch und Wachsen verboten ist, also gar nicht Gegenstand der Vertragsverhandlungen bilden kann.

Eine seltsame Konfusion! Es ist einfach Unfug, daß bei dem Abschluß eines Handelsvertrages mit der nordamerikanischen Union auf der Grundlage des neuen Zolltarifs vom Dezember 1902 „in keinem Betrage“ die Interessen der Arbeiter Berücksichtigung finden können. Wäre das der Fall, d. h. wäre durch die Annahme dieses Tarifs der Charakter des neuen Vertrages von vornherein genau bestimmt, dann brauchte weder die Sozialdemokratie, noch irgend eine andere Partei sich über den Gang der Verhandlungen aufzuregen. Tatsächlich sieht es aber bei den Verhandlungen der deutschen Regierung formell frei, nicht nur alle im Tarif normierten Zölle mehr oder weniger zu ermäßigen, sondern sogar völlig fallen zu lassen, bis auf die im § 1 des Zollgesetzes festgelegten Mindestzölle für Roggen, Weizen, Spelz, Malzgerste und Hafer. Es haben demnach die deutschen Unterhändler bei den Verhandlungen den weitesten Spielraum für die Gewährung von Zollreduktionen, und die deutsche Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, daß diese Reduktionen in einer Weise erfolgen, welche die Einfuhr notwendiger amerikanischer Lebensmittel wesentlich erleichtert.

Wenn weiter der Artikelschreiber des „Volkblatt“ meint, die neue „historisch-ökonomische Redaktion“ des „Vorwärts“ wisse nicht, daß durch das Zollgesetz Getreide-Mindestzölle festgelegt sind und ferner durch das Fleischbeschaugesetz die Einfuhr von Wachsenfleisch, Wachsen usw. in das deutsche Zollgebiet verboten ist, so mag er sich beruhigen; der Verfasser des betreffenden „Vorwärts“-Artikels hat nicht nur fast alle Artikel über Zölle und Handelsverträge geschrieben, die in den letzten fünf Jahren im „Vorwärts“ erschienen sind, sondern auch die meisten Artikel über Fleischsteuerung usw. Der Unterschied liegt nur darin, daß er nicht die furore Ansicht hegt, wenn die Zollkoalition des Reichstages irgendwelche Gesetze durchdrückt, die dem arbeitenden Volke die nötigsten Lebensmittel verteuern, dann die Sozialdemokratie vor diesen Gesetzen mit ihren Forderungen respektvoll Halt zu machen und sich demütig zu beschneiden hat. Seine Ansicht ist vielmehr, daß dann mit allen Mitteln versucht werden muß, diese Gesetze zu Fall zu bringen. Auch der § 1 des Zollgesetzes und das Fleischbeschaugesetz sind keine Heiligthümer, an denen nicht gerüttelt werden darf. Sie lassen sich, wie sie legislativ festgelegt sind, auch legislativ ändern. Allerdings würde die Regierung in eine recht unangenehme Lage gegenüber den Agrariern geraten, wenn sie sich gezwungen sähe, eine Modifikation beider Gesetze im Reichstage zu beantragen; aber ihre solche unangenehme Situationen zu ersparen, ist nicht Aufgabe der Sozialdemokratie.

Wir möchten dem Artikelschreiber des Kasseler „Volkblattes“ empfehlen, ehe er sich an handelspolitische Artikel wagt, nicht nur umfassendere handelspolitische Kenntnisse zu erwerben, sondern auch zunächst erst sozialdemokratisch denken zu lernen.

Deutsches Reich.

Das Spiel mit verteilten Rollen.

Die Regierung befindet sich diesmal in der denkbar ungünstigsten Lage. Die Schreier vom Flottenverband vollführen einen so wilden Agitationssturm und stellen so maßlose Ansprüche, daß die Regierung trotz ihrer ungeheuren Forderungen noch die Rolle des zur Besonnenheit mahnenden Dreimais spielen kann! So läßt sich eine offizielle Korrespondenz vernehmen:

Der Wunsch, welcher seitens eines großen Teiles (?) der Presse ausgesprochen wird, den geplanten Bau von 18 Minienschiffen und 13 großen Kreuzern, welche in den Jahren 1906 bis 1917 fertiggestellt werden sollen, zu beschleunigen, beruht, daß in einem Jahre mehr als die beabsichtigten drei größeren Schiffe gebaut werden sollten, hat im ersten Augenblick etwas Bestechendes. Es wäre jedoch zunächst erst festzustellen, ob die vier in Frage kommenden Schiffswerften, der Vulkan, die Germania-Werft, Blohm u. Voß und die Schichau-Werft, zusammen in der Lage sind, jährlich mehr als drei größere Kriegsschiffe zu bauen. Diese Frage wird sich vielleicht bejahen lassen. Man wird annehmen können, daß diese Werften bei Anspannung ihrer Kräfte zusammen etwa sechs große Kriegsschiffe im Jahre herstellen können. Soweit wir aber unterrichtet sind, legt man an maßgebender Stelle gerade auf den organischen Ausbau der Flotte Wert, bei dem ja doch auch wirtschaftliche Rücksichten auf die Staats- und Privatverhältnisse, sowie auf die Arbeiterverhältnisse mitsprechen. Wird sprunghaft gebaut, so entstehen in den anderen Jahren Lücken in dem Arbeitsverhältnis, die sich nicht sehr angenehm geltend machen würden. In einem Teile der Presse wird es fobann beklagt, daß die acht Küstenpanzer der Siegfried-Klasse (Siegfried, Seewolf, Tritschhof, Hildebrand, Heimdall, Hagen, Regir, Odin) nicht glatt eingezogen und durch große Kriegsschiffe ersetzt werden. Dabei werden diese Schiffe über Gebühr heruntergesetzt und unter anderem als „schwimmende Särge“ bezeichnet. Nun soll ja nicht bestritten werden, daß sie etwas klein und langsam sind und artileristisch auch besser armiert sein könnten. Der sofortige Ersatz dieser Schiffe durch Minienschiffe ersten Ranges würde aber etwa 300 Millionen erfordern. Und diese Schiffe als schwimmende Särge anzusprechen, ist ganz außerordentlich übertrieben. Diejenigen, welche dieses Urteil in die Öffentlichkeit werfen, sollten doch erwägen, welchen Eindruck ein derart hinausgeschleudertes Wort auf die Demamung machen muß, welche auf diesen Schiffen vielleicht früher oder später kämpfen soll!... Doch nicht einbezogen in die Marinevorlage sind die Kosten für die notwendig werdende Verbreiterung der Schleusen des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Es liegt dies daran, daß der Kanal vom Reichsamt des Innern resortiert, und es wird eine bezügliche Vorlage deshalb vermutlich von dort zu erwartigen sein.

Man sieht, der Flottensturm ist allerliebste organisiert. Die Regierung fordert, nachdem sie erst vor fünf Jahren eine fünf Milliarden-Vorlage durchgepeitscht hat, jährlich weitere fünfzig Millionen für die Flotte. Um mit der Opposition leichter fertig zu werden, muß ihre aus alldemokratischen Karren und heilungreichen Panzerplattenpatrioten bestehende Clique einen Höllenlärm anstimmen und die Regierungsvorlage für „schlapp“, „schlapp“, für gänzlich unzulänglich erklären. Nun hat Herr v. Tirpitz gewonnenes Spiel. Die Clique wird in einen „großen Teil der Presse“ verwandelt, den zur Vertuschung zu bringen die Regierung alle Mühe hat. Sogar das „Arbeiterinteresse“ wird hervorgeholt, um die peinliche Maßnahme der Regierung zu beweisen, die nur das „Allernotwendigste“ zu fordern wagt!

Einer so rücksichtslosen Regierung darf natürlich selbst das demokratische Bürgertum ihre beschiedenen Forderungen nicht abschlagen! Bekannt doch heute auch die „Verl. Volkstz.“, daß die Flottenvorlage außer von der Sozialdemokratie nur von „einem verschwindenden Teile des Freisinn“ abgelehnt werden dürfte!

Müller-Meinungen in Eichhofs Spuren.

Das das bisherige Schweigen der Presse der Freisinnigen Volkspartei schon verriet: daß auch diese Partei der Flottenvorlage keine ernstliche Opposition machen wird, das hat jetzt ein weiteres Mitglied der Fraktion, Herr Müller-Meinungen ganz offen auszusprechen für gut befunden! Der genannte Abgeordnete erklärte am Sonntag in Schmalzkalden:

Der Flottenverein dürfe Herrn Delcassé und gewissen Seiten jenseits des Kanals eine feierliche Dankadresse ausstellen. Unsere Flotte müsse an Konstruktion, Ausrüstung und sonstiger Ausrüstung des Beste erhalten, was es gebe, der Nachdruck sei auf die gerechte Deckung zu legen. Die Partei werde sicherlich wissen, ihre Pflichten gegenüber dem Reich in Einklang zu bringen mit denjenigen gegenüber den breiten Massen des Bürgertums. Die Qualität der Flotte allein könne erstklassig werden und müsse es sein. Auch bezüglich der sechs Auslandsschiffe werde die Partei sicherlich die veränderte politische Lage und den Nachweis ihrer Notwendigkeit als einzige Richtschnur nehmen. Wenn ein Berliner Stadtverordneter dem Abgeordneten Eichhoff gefügt habe, seine Ausführungen auf dem Parteitage der Freisinnigen Volkspartei in Wiesbaden, wo er sich für eine starke Flottenvermehrung ausgesprochen, würden von vielen in der Partei gebilligt, die aber nicht getrauten, mit ihrer Meinung herauszutreten, so sei dies höchst bedauerlich. Von der Fraktion des Reichstages könne er jedenfalls behaupten, daß in ihr offen und freimütig stets auch der von der Parteileitung abweichende Standpunkt geltend gemacht worden sei, was sicherlich auch in Zukunft keine Schwierigkeiten finde. Da von einer prinzipiellen Wegernschaft in der Partei gegen die Flottenvorlage keine Rede sein könne, tue man besser, solche Fragen ruhig und sachlich am kompetenten Orte zu entscheiden.

Es unterliegt also kaum noch einem Zweifel, daß die Freisinnige Volkspartei die Flottenvorlage bewilligen wird! Die „veränderte politische Lage“, das heißt die angebliche Kriegsgefahr, und der „Nachweis der Notwendigkeit“ werden also die Haltung der Partei bestimmen. Den Nachweis der Notwendigkeit der Kreuzervermehrung wird aber die Regierung mit spielender Leichtigkeit zu führen vermögen, da sich die freisinnigen Herren Parlamentarier als Laien dem Sachverständnis der Regierungsvertreter mit geziemender Bescheidenheit unterwerfen werden. Ist aber die Flotte notwendig, so kann sie ein „patriotischer“ Freisinniger doch schließlich nicht an einer Lappalie wie der Deckungsfrage scheitern lassen! Vielleicht erleben wir es noch, daß einer der neuen Kreuzer auf den Namen „Eugen“ getauft wird.

Gegen die Skavenordnung der Kohlenmagazinen.

Wie voranzusehen war, lehnte es der neue Handelsminister ab, mit den stolzen, herrschaftlichen Kohlenmagazinen in Nordrdevit anzubinden. Unter der Adresse an die Siebener-Kommission hat er den Bergherren wissen lassen, daß die Beschwerden der Arbeiter bei ihm kein Verständnis gefunden haben. Das wird natürlich den Uebermut der obnehm der „Staatsautorität“ gegenüber nicht respektvollen Kohlenmagazinen noch steigern. Die Bergarbeiter wollen sich aber nicht bedingungslos dem Progenium ergeben. Wie uns ein Privattelegramm berichtet, hat eine gestern stattgefundenen Sitzung des erweiterten Vorstandes des Bergarbeiterverbandes beschlossen, wegen der durch die Arbeitsordnung noch weiter reduzierten Rechte der Arbeiterausschüsse und wegen der

Entziehung der damaligen Streckenden, die nicht wählen dürfen, den Bergleuten des Ruhrreviers Stimmenthaltung bei der Wahl der Vertreter zu den Ausschüssen zu empfehlen. Mehrere Verlegungsversammlungen, die ebenfalls gestern tagten, stimmten dem Vorschlage freudig zu. In einigen Verlegungsversammlungen stimmten auch die Mitglieder des christlichen Gewerkevereins der Wahlenthaltung zu.

Sie wollen ihn noch nicht. Beim 4. Feld-Artillerie-Regiment Augsburg wollte sich, um das notwendige Uebel geschäftshalber möglichst bald hinter sich zu haben, ein junger Mann als Zweijährig-Freiwilliger melden. Doch blieb ihm das Paternentor schmolend geschlossen, denn vom Wachtmeister erhielt der Marschallandant eine Zuschrift folgenden Inhalts:

„Nachdem ich hiermit die Mitteilung, daß Sie nicht als 2jährig Freiwilliger eintreten können, nachdem Sie die Schwäbische Volkzeitung lesen und Mitglied eines sozialdemokratischen Arbeiter-Sängerbundes sind, da die Verhältnisse so stehen, müssen Sie warten, bis Sie zur Musterung kommen.“

Wenn nun der so Versäumte bis zu seiner ordnungsgemäßen Befreiungspflicht das Gift des Sozialismus in solchen Dosen in sich aufgenommen haben wird, daß er völlig untauglich für des Königs Rod“ wird? Dann trägt der Wachtmeister daran die Schuld!

Die Kolonialarmee.

Für die Schaffung einer Kolonialarmee, die wir ja in Wirklichkeit in Gestalt unserer ostasiatischen Besatzungsbrigade bereits besaßen, entfalten unsere Kolonialkreise eine rege Agitation. So schreibt heute wieder die „Deutsche Ztg.“:

„Wenn ein Zeitpunkt geeignet ist, um die Notwendigkeit budgetmäßiger Festlegung ständiger Kolonialtruppen darzutun, so ist es der gegenwärtige. Von verschiedener Seite ist neuerdings darauf hingewiesen, daß auch nach der Niederzwingung der Hottentotten eine starke deutsche Streitmacht in Südwestafrika dauernd verbleiben müsse. Diese Maßregel ist geboten zur Niederhaltung der Eingeborenen, zur Ueberwindung der Obambo und zur Behauptung unserer politischen Machtstellung in Südafrika. Hier wäre also die ständige Truppe bereits gegeben. Dazu kommt aber noch die jetzt in Aussicht stehende Aufberufung der ostasiatischen Besatzungsbrigade oder des größeren Teils derselben. Bevor man sich entschließt, angeht es des schwereren und vorläufig noch unabsehbarer Kriegszustandes in Südwest jene für überflüssige Zwecke formierte und ausgebildete Truppe aufzulösen, wird man wohl dem Gedanken nahe treten, sie ihrem Zweck zu erhalten und nur auf einem anderen Kriegsschauplatz zu verwenden. Es bedarf nur des Transports der in Ostasien überflüssig werdenden Patrouillen und Batterien nach Südafrika.“

Erst kürzlich wurde ja unüberproben behauptet, daß die ostasiatische Besatzungsbrigade nur zu dem Zweck aus Ostasien zurückberufen werden solle, um in Afrika stationiert zu werden!

Friedensverhandlungen in Südwestafrika sollen nach einer Korrespondenz aus kolonialen Kreisen eingeleitet werden. Nach dem Tode Hendrik Witboois halte man den Zeitpunkt für gekommen, mit den übrigen Hottentottenführern in Unterhandlungen zu treten. Da auch Norenga und Korneilus zu Unterhandlungen geneigt sein dürften, gebe man die Hoffnung nicht auf, daß der Zustand noch in diesem Jahre zu einem friedlichen Ende gebracht werde.

Wir hoffen, daß diese Mitteilung sich bestätigen wird. Viel vernünftiger wäre es freilich gewesen, daß man schon längst unserem Reichsalage gefolgt und in Friedensunterhandlungen eingetreten wäre. Die Verhandlungen werden freilich nur dann Erfolg haben, wenn man den Hottentotten auch nuchbare Bedingungen stellt und nicht ihre Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangt. Man wird ja sehen, ob Herr v. Lindquist, der neue Gouverneur von Südwestafrika, vernünftigen Erwägungen in höherem Maße zugänglich ist als Herr v. Trotha.

Auch der Oambohaupteingling Kechale hat nach einer Mitteilung vom 2. Oktober Verhandlungen angeboten und vollen Schadenersatz für die Zerstörung von Kamutoni angeboten. Hoffentlich geht man auch auf dies Angebot ein, obwohl Herr von Lindquist die Reise nach Südwestafrika in der Absicht angetreten haben soll, Kechale durch eine Expedition „gründlich zu bestrafen“. Der Erfolg der Unterhandlungen sowohl mit den Oambos als auch mit den Hottentotten hängt davon ab, daß nur solche Forderungen gestellt werden, die auch erfüllt werden können, daß man also nicht die Herausgabe sämtlicher Feuerwaffen zur Bedingung des Friedensschlusses macht. Sollte man hiervon nicht abgehen wollen, so dürfte man noch in Jahresfrist genau auf demselben Punkte stehen wie gegenwärtig.

Ausland.

Frankreich.

Der Millerand-Standal.

Paris, 18. November. (Fig. Ver.) Es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß die Organisation des ersten Wahlfreies von Rantes, die mit 41 gegen 40 Stimmen und einer Stimmenthaltung beschloß, das Mandat Herrn Millerand anzutragen, sich zur geeinigten Partei zählt! Die Föderation der Bretagne ist für diesen Beschluß nicht verantwortlich zu machen, und es ist zu erwarten, daß sie angeht dieser skandalösen Verlegung der in Chalon geschlossenen Verträge die erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, widrigenfalls die Zentralstellen der Partei eingreifen müßten.

Herr Millerand, der in Rantes als Kandidat „aller republikanischen Parteien“ aufzutreten sollte, hat indes abgelehnt, da er doch noch einmal veruchen will, sein Pariser Mandat zu behaupten. Sein Antwortschreiben an das Komitee von Rantes ist nicht ohne Interesse, da es ein ganzes für den Schreiber sehr charakteristisches Programm entwirft. Herr Millerand versichert er wolle das „gemeinsame Ideal“ der Sozialisten verteidigen, gleichzeitig aber fühlt er sich sehr geehrt, weil auch das Unternehmertum von Rantes ihm sein Vertrauen schenkt! Der famose „Sozialist“ will also gleichzeitig Unternehmer- und Arbeiter-Interessen vertreten. Herr Millerand erklärt aber auch, er wolle die Einigung aller Republikaner herbeiführen, derselbe Herr Millerand, der, als die einzige gesetzgeberische Leistung der republikanischen Vereinigung, die Trennung von Kirche und Staat in Frage stand, dem Ministerium Combes stänlich in den Rücken gefaßt ist. Es ist heute längst kein Geheimnis mehr, daß Herr Millerand mit Herrn Doumer, dem unverschämtesten Protegaten des bürgerlichen Radikalismus, zusammen operiert. Schon sind die Rollen verteilt: Herr Doumer hofft auf die Präsidentschaft, und Millerand soll der Ministerpräsident eines pseudoradikalen Kabinetts werden, für das sich auch schon ein Pseudosozialist, Geraut-Richard, auf das Kolonial-Ministerium vorgemerkt hat. Die Ausschüsse Doumers hängen davon ab, ob es gelingen wird, die Republikaner des Kongresses, deren Stimmen im ersten Wahlgang sich wahrscheinlich auf 300 bis 400 und Bourgeois verteilten werden, im zweiten Wahlgang zu sichern. Daß die reaktionäre Intrige alle Mittel daranhien wird, um Doumer an die Spitze der Republik zu bringen, darauf muß man gefaßt sein, und es wäre naiv, wenn man bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Stimmen, die die Entscheidung geben werden, die Macht der parlamentarischen Korruption im ordinarischen Einzelgänger gering veranschlagen wollte. Die Politik Rouviere aber, die die Zerlegung der Union fördert, schafft geradezu die Atmosphäre der Korruption.

Italien.

Rom, 20. November. (Fig. Ver.) Einen ungeheuren Skandal deckt ein Eisenbahner, Genosse Cosella, im heutigen „Avanti“ auf. Wie wir bereits berichtet haben, macht sich seit Monaten in der Presse — auch in der ministeriellen — eine systematische Dey“ gegen den Staatsbetrieb der Eisenbahnen bemerkbar. Es war nicht schwer zu merken, daß es sich dabei um

„Bestellte Arbeit“ handelte, und jeder verstand sofort, daß dahinter die Großkapitalisten stecken mußten, die an der Rückkehr der Bahnen in den Privatbetrieb Interesse haben.

Aber außer der Feindschaft der Presse zeigte sich auch unter dem Bahnpersonal eine tüchtige Opposition gegen den Staatsbetrieb. Besonders einige h ö h e r e Beamte schienen es darauf anzulegen, die Schwierigkeiten der staatlichen Bahnbewirtschaftung zu vergrößern. So fand man, daß trotz gegenteiliger Order leere Frachtwagen in den Depots gehalten wurden, obwohl ein ungeheurer, den ganzen Handel schädigender Mangel an Frachtwagen bestand. Von Zeit zu Zeit kamen derartige Dinge zu Tage, sodas der Verdacht einer Bestechung eines Teils des Personals sich geradezu aufdrängt.

Dieser Verdacht hat nun seine Bestätigung gefunden. Man hat tatsächlich versucht, die Maschinenführer zu bestechen, damit sie den Dienst schlecht verleben und gegen die Einführung englischer Kohle Opposition machten, vor allem durch beständige Vergewaltigung des neuen Brennmaterials. Der edle Bestecher ist der Direktor einer Fabrik des ministeriellen Abgeordneten Grafen Edilio Raggio, eines der reichsten Industriellen Italiens, der unter anderen den bisherigen privaten Bahngesellschaften das Brennmaterial lieferte! Der Direktor der Fabrik hat dem Genossen Colella, der sich den Ansehen gab, auf die Vorschläge einzugehen, 50 Lire und wenige Tage später vor zwei Zeugen ein zweites Billeit von 50 Lire und sechs weitere bedeutende Belohnungen in Aussicht.

Nachdem der Maschinenführer Colella hinreichendes Beweismaterial in Händen hatte, begab er sich zum Generaldirektor der Staatsbahnen, Bianchi, meldete die Sache und deponierte die erhaltenen 100 Lire. Heute hat der Generaldirektor dem Staatsanwalt regelrechte Anzeige wegen des Verdachens der Beamtenbestechung gemacht.

Es ist leicht verständlich, daß der Prozeß skandalöse Dinge aufdecken muß, natürlich nicht zu Lasten eines Fabrikdirektors I oder II, sondern zu Lasten des Grafen Raggio, jener Ordnungsführer, die hiebei Millionen und soviel Beziehungen hat, daß König und Minister es sich zur Ehre anrechneten, in den fürstlichen Schloßern des Großindustriellen zu Gast zu sein. Was werden Giolitti und Fortis sagen, wenn sie diesen dous ex machina eines guten Teils der italienischen Politik unserer „freisinnigen Vera“ auf der Anklagebank sehen? —

England.

Arbeitslosen-Demonstration.

London, 21. November. (Eig. Ber.) Eine der größten Arbeitslosen-Demonstrationen, die London je gesehen hat, fand gestern nachmittags im Hyde-Park statt. Mindestens 30 000 Personen waren da versammelt, um die Reden der Arbeiterführer anzuhören und Arbeit für die Beschäftigungslosen zu fordern. Geleitet war die Demonstration vom Genossen Cuelch, der sich von einfachen unqualifizierten Arbeiter zu einem Politiker großen Stils entwickelt hat. Die Reden der Demonstranten hatten folgende Anschriften: „Ruch der Wohltätigkeit!“, „Die menschliche Beduht hat ihre Grenzen!“, „Ein hungernder Mensch hat ein Recht auf seines Nachbarn Brot!“, „Die Not kennt kein Geschl!“, „Die Demonstration beweist sich durch die reichsten Straßen und Plätze des Westend. Die Musik spielte die Marseillaise, die Massen sangen mit. Alles verlief in bester Ordnung, jedoch waren die Zuvengelächter geschlossen, da man offenbar Aufstürzungen befürchtete! — Um die Tribüne, von welcher Cuelch sprach, standen etwa 20 000 Menschen. Er sagte: „Der Zweck der Demonstration ist, das Vorhandensein eines wirklichen Arbeitslosenproblems zu demonstrieren. Die arbeitenden Armen waren nur allzulange geduldet, jetzt muß das anders werden. Die Arbeitslosen werden nicht aufhören, sich den Reichen zu zeigen, bis das Parlament eine Reform durchführt, die den Arbeitslosen ermöglicht, Beschäftigung zu erhalten. Aber alle unsere Demonstrationen müssen den friedlichen Charakter bewahren. Durch Unordnung und blindes Dreinschlagen kann die Armut nicht beseitigt werden, sondern durch eine planmäßige Organisation zum Zweck der Ergründung der Regierungsgewalt und der Produktionsmittel. Mittlerweile sollen die Arbeitslosen es dem Lande klar machen, daß sie nicht gewillt sind, Hungers zu sterben.“

Nach Cuelch sprach James MacDonald, der Sekretär des Londoner Gewerkschaftsverbandes, und begründete die Resolution, die erlasst:

„Wohltätigkeit kann das Uebel der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Die Regierung wird deshalb aufgefordert, das Parlament einzuberufen und öffentliche Arbeiten von allgemeinem Nutzen in Angriff zu nehmen. Schließlich erkennt die Versammlung an, daß die wahre Lösung der Arbeitslosenfrage nur in der Beseitigung des Kapitalismus und in der Einführung der sozialistischen Wirtschaftsweise zu finden ist.“

Zum Schluß sprach Jock Williams, der schon vor zwanzig Jahren die Arbeitslosen-Demonstration führte. Er sagte: „Die Arbeitslosen müssen sich zu benehmen, daß sie den reichen Rühlgängern eine heillosse Furcht einjagen. Es darf keinen Frieden geben, so lange es hungernde Bürger in England gibt. Wir sollen uns die russischen Arbeiter zum Muster nehmen. Tut die Regierung nichts, um dem Elend zu steuern, so muß London ein Petersburg werden! Will die Regierung keine Reformen schaffen, so wird es Aufruhr im Lande geben. Die herrschenden Klassen sind bezahllos; ihre Wohltätigkeit ist nur das Produkt der blaffen Furcht. Soll eine verdammte Kleinigkeit, wie die 40 000 Mark der Königin, Euch beschweren?“, „Nein“, schrie es aus Tausenden von Ressen. Es ist in der Tat nicht möglich, Jock Williams zu hören, ohne aufgeregt zu werden.

Die Demonstration ging sodann zurück; auf dem Rückweg war das Polizeiaufgebot viel stärker als vorher. Die Demonstration hat auf London einen sehr tiefen Eindruck gemacht. —

Wiso doch?!

London, 23. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Betrübliches Interesse erregt in politischen Kreisen ein entschiedener Hinweis sowohl in der „Times“, als im „Daily Telegraph“, daß bald eine der nächsten Gelegenheiten ergriffen werde, um sein Entlassungsgesuch in die Hände des Königs zu legen. Man glaubt, daß sollte dieses Verfahren eingeschlagen werden, die Liberalen aufgefordert würden, ein Kabinett zu bilden. Das Parlament würde für eine kurze Session zusammenzutreten, zeitig im neuen Jahr würden die Hauptwahlen stattfinden.

London, 23. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Kabinett tritt morgen zusammen. Da der Zusammentritt des Kabinetts um diese Jahreszeit ungewöhnlich ist, glaubt man an manchen Stellen, daß die Auflösung des Parlaments oder der Rücktritt des Ministeriums bevorstehe. —

Norwegen.

Onkel und Nefle.

Im Anschluß an allerlei Gerüchte, die letzten in der Luft schwebten und dahin lauteten, daß eine merkwürdige Abflüßung zwischen dem Berliner und dem Londoner Hof eingetreten sei, wird die Tatsache interessieren, daß es nun heißt, zur Thronbesteigung werden sich der König von England sowohl wie Prinz Heinrich von Preußen nach Kristiania begeben. Da werden hoffentlich Onkel Ewald und Bruder Heinrich die hochwichtige Zeremonienfrage wegen der Beteiligung an Wilhelms II. Silberhochzeitsfeier in Gütie regeln. —

Die norwegische Sozialdemokratie und das neue Königtum.
Zu dem sonderbaren Ereignis, daß die sozialdemokratischen Stortingmänner für die Wahl des neuen Königs stimmten, bringt unser norwegisches Bruderorgan „Sozial-Demokraten“ folgende Erklärung:

„In einer geheimen Stortingssitzung am Sonnabend, die der Königswahl vorausging, fragte Dr. Eriksen, wie die Abstimmung über die Königswahl vor sich gehen sollte. Für diejenigen, die keinerlei Anteil an der Einführung des Königtums haben wollten, war es selbstverständlich von großem Interesse, hierüber klaren Bescheid zu erhalten. Auf die Frage wurde geantwortet, daß das

Ganze durch eine Abstimmung erledigt werden sollte, da es ja nach den früheren Beschlüssen des Storthings und der Volksabstimmung schon entschieden sei, daß die Königswahl stattfinden solle. Aus diesem Grunde würde es eine verfassungswidrige Handlung sein, nicht für einen Königswahlkandidaten zu stimmen. Da hier nur eine Alternative vorlag, war also die Stellung klar. Die Storthingsmänner unserer Partei hatten nur mit Ja zu stimmen.“

Vergänglich haben wir uns bemüht, herauszufinden, auf Grund welches Paragraphen des norwegischen Staatsgrundgesetzes und der damit zusammenhängenden Gesetze unsere Parteigenossen sich verpflichtet fühlten, für einen König und für den von der Regierung vorgeschlagenen und vom Volke ja allerdings auch gewählten König zu stimmen. Ihr Verhalten scheint uns noch wie vor mit den republikanischen Grundfragen der Sozialdemokratie unvereinbar. Eigentümlich erscheint auch das Verhalten einiger Parteigenossen und Gemeindevorsteher in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins „Arbeider Samfundet“ von Kristiania. Hier stellte der Vorsitzende Gjøsteen den Antrag, das Vereinshaus am Einzugsstage des Königs zu besetzen. Man könne ja, meinte er, auf dem Dache die rote Fahne, an der Fahne zwei norwegische Fahnen hängen. Der zweite Vorsitzende, Trilostegfabrikant Meyer sprach dagegen, ebenso die Genossen Tischler Pedersen, Frau Ström und andere. Vuchdrucker Knudsen jedoch, der alte Führer und frühere Parteivorsitzende der norwegischen Sozialdemokratie, sprach für den Vorschlag Gjøsteens! Nach „Morgenbladet“ Bericht — einen Bericht von „Sozial-Demokraten“ über die Versammlung haben wir noch nicht in Händen — sagte Knudsen, die Königswahl sei der Grundstein von Norwegens Selbstständigkeitswert. Man solle auch nicht vergessen, daß die Mehrheit des Volkes ihre Stimme für das Königtum abgegeben habe. Außerdem seien seiner Meinung nach Königtum und bürgerliche Republik nur dem Grade, nicht dem Wesen nach verschieden. — In der Tatsache, daß die Sozialdemokraten in der Vormannschaft des Gemeinderats von Kristiania doch gegen die Bewilligung von Geldern für die Einzugsfeierlichkeiten stimmten, bemerkte Knudsen, sie hätten so gestimmt, weil sie meinten, daß der Staat und nicht die Gemeinde die Kosten tragen sollte. Wenn man glaube, daß sich Sozialdemokraten nicht an den Einzugsfeierlichkeiten beteiligen würden, so sei man im Irrtum; ein großer Teil der Gemeindevorsteher würde daran teilnehmen. In der weiteren Debatte machte Dr. Oskar Risien, der ebenfalls für Gjøsteens Vorschlag sprach, „Sozial-Demokraten“ den Vorwurf, daß das Volk sich trotz eines abgegebenen Versprechens nicht dem Ergebnis der Volksabstimmung unterworfen habe. Der Vorwurf ist offenbar dagegen gerichtet, daß „Sozial-Demokraten“ die Arbeiterorganisationen auffordert, sich nicht an dem Einzugszuge zu beteiligen, und daß es nach wie vor bemächtigt ist, die Rebel, die das Königtum zur Folge hat, anzudeuten. — Gjøsteens Vorschlag wurde schließlich mit 18 gegen 13 Stimmen verworfen. „Arbeider Samfundet“ wird also doch seine Fahnen zu Haafons VII. Ehren hängen.

Es verdient übrigens bemerkt zu werden, daß die sozialdemokratischen Storthingsmänner sich bei den Abstimmungen vor der Königswahl als grundlagreiche Republikaner gezeigt haben. So haben sie auch, ebenso wie 7 Radikale, gegen den Regierungsvorschlag über das 700 000 Kronen-Gehalt des zu wählenden Königs gestimmt. Als Eriksen vor der Abstimmung seinen Standpunkt klargestellt hatte, bemerkte der Präsident, er habe das so verstanden, daß Eriksen gegen jede Krönung stimmen wolle, worauf dieser erwiderte: „Ja. Dies ist auch zulässig, solange keinerlei Beschluß über die Königswahl gefaßt ist.“ —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 23. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Die Wahl des Regierungsrates Dr. Steiniger zum R a m m e r e r ist vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

Die Abteilungen haben 10 Mitglieder zur Teilnahme an dem Deutschen Städtetage (27. d. M.) gewählt; die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Stadtv. Singer und W o r g m a n n vertreten.

Für den ausgeschiedenen Stadtv. Dr. R e u m a n n, dem dieser Tage durch den Vorstand eine Dankadresse namens der Versammlung überreicht worden ist, muß noch Ersatz gewählt werden.

Bei der Berichterstattung über eine Anzahl von R e c h n u n g s s a c h e n rügt der Referent des Ausschusses Stadtv. A r k o l o w s k y (Soz.-fortschritt.), daß zahlreiche Rechnungen mit auffällender Verzögerung, oft erst nach 2, selbst 3 Jahren an die Versammlung gebracht werden, und schließlich in dieser Beziehung dem Komitum des Vorsitzenden am Schluß der vorigen Sitzung durchaus an. Ferner erachtet er namens des Ausschusses den Magistrat, in Zukunft den Rechnungen eine übersichtlichere Gestalt zu geben, um eine gründlichere Revision zu ermöglichen.

Die betr. Rechnungen beginn die Jahresabschlüsse der städtischen Werke usw. werden dechargiert und die Ueberschreitungen nachträglich genehmigt.

Unentgeltlichkeit der Krankenpflege.

Dann erhaltet Stadtv. W a l l a c h Bericht über die Ausschussberatung betr. den Antrag A r o n s und Genossen: den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen des Inhalts, daß denjenigen Personen, welche den Anstaltswohnort in Berlin besitzen, das Recht eingeräumt werde, für sich und ihre Familienangehörigen im Falle einer Anstaltspflegebedürftigkeit unentgeltliche Aufnahme in ein Krankenhaus zu verlangen. Von der Einräumung dieses Rechtes sollten nach dem Antrage Krankenstellenmitglieder für die Dauer der statutemäßigen Unterstützung sowie anstaltspflegebedürftige Geisteskränke ausgeschlossen sein.

Der Ausschuss hat den Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller „aus prinzipiellen sowie aus finanziellen Gründen“ abgelehnt.

Stadtv. Stadthagen (Soz., im Anfang seiner Ausführungen bei der Annahme in der Versammlung nur teilweise zu verstehen): Unser Antrag verlangt nichts weiter, als daß auch wirklich Bedürftige, was angeblich heute schon Bedürftige ist. Allgemein wird behauptet, daß auch heute schon derjenige, der anstaltspflegebedürftig ist, in ein Krankenhaus aufgenommen wird ohne Rücksicht auf sein Portemonnaie. Ist das richtig, dann würde doch daraus folgen, daß auf den Ersatz der Kosten kein Anspruch besteht. Es handelt sich auch nur um eine halbe Million. Glaubt man denn wirklich, daß der frühere Beschluß, an den Landtag zu gehen und eine gesetzliche Aenderung zur Beseitigung der gegenwärtig geübten Parteieineberührung des Wahlrechts zu erbiten, von diesem Abgeordnetenhaus und von diesem Herrenhaus beachtet werden wird? Der Referent bezieht sich darauf, daß nur 37 Proz. der Wähler bei den letzten Stadtverordnetenwahlen erschienen sind, also kein sehr großes Interesse in der Bürgerschaft für diese Wahlen besteht. Was hat das mit dem Antrag zu tun, damit, daß es demersich ist, jemandem das politische Wahlrecht zu nehmen, weil seine Frau und seine Kinder krank geworden sind? Oder meinen Sie etwa, daß die 63 Proz., die nicht gewählt haben, sämtlich Sozialdemokraten sind? Die bestehende Praxis ist eine Ungerechtigkeitssonderheit, die früher auch als solche von der Versammlung und dem Magistrat anerkannt worden ist. Viel höher aber als vom wahlrechtlichen Standpunkt muß unser Antrag vom hygienischen Standpunkt aus geschätzt werden. Der verdiente Senior der Versammlung, der in diesen Tagen aus unserer Mitte geschieden ist, hat sich in diesem Sinne bereits vor 40 Jahren ausgesprochen. Auf alle Fälle muß es eine soziale Pflicht der Gemeinde sein, für die Kranken zu sorgen und ihnen eine möglichst schnelle Heilung zuteil werden zu lassen, also auch für die Aufnahme in die Krankenhäuser zu sorgen, ohne daß den Kranken dadurch politische Nachteile erwachsen. Und wenn auch die Ausgaben dafür noch weit höher wären, sie würden doch für einen kommunalen Zweck gemacht. Eine

Gemeinde, die 20 000 M. für die Ausschmückung der Straßen bei einem spanischen Besuch übrig hat, kann doch nicht etwa in dem Falle unseres Antrages ihr Unvermögen behaupten. Auf früher gemachte Einwände hin haben wir unseren Antrag entsprechend modifiziert. Finanziell ist unser Verlangen durchaus ausführbar; bei einem Etat von 120 Millionen fällt da wirklich jeder Zweifel zu Boden. Und zahlen nicht gerade die Arbeiter, nämlich aus den Krankenkassengeldern heute schon einen beträchtlichen Teil dessen, was die Krankenhäuser der Stadt kosten? Der Einwurf, daß man den Wohlhabenden doch keine Wohlthat aufdrängen könne, hat keine Bedeutung. Läge die Sache wirklich so, dann müßte man das eben in den Kauf nehmen; aber nehmen denn nicht auch die Wohlhabenden schon heute ruhig hin, was die Stadt bei den höheren Schulen usw. zuzieht? Hat noch je ein Wohlhabender diese Zuschüsse zurückgewiesen und sich freiwillig erboten, ein höheres Schulgeld zu zahlen? Die Krankenhäuser dienen heute im wesentlichen nicht den Armen, sondern der Wissenschaft, der Medizin, und damit indirekt den Wohlhabenden. Die Kosten sind erschwänglich, das Geld ist vorhanden. Allein die Heberschüsse des vorigen Jahres betragen 10 Millionen. Es ist beschämend, wenn Berlin zurückbleibt selbst hinter dem, was der Reichsfänger in dieser Beziehung im vorigen Jahre angeregt hat. Was sich auf die Behandlung Lungenkranke bezieht, trifft allüberall auf alle Kranken zu. Das beste Gebiet der Selbstverwaltung ist die Krankenpflege, und auf diesem Gebiete zeigen wir Ihnen durch unseren Antrag den Weg, der zu einem großen sozialen Fortschritt führt. Auf den Ersatz der halben Million haben Sie sowieso, wie ich früher schon nachgewiesen habe, größtenteils gar nicht einen Rechtsanspruch; wie soll dann also durch diese halbe Million das Gleichgewicht des Etats ins Schwanken kommen? Es handelt sich hier um eine wirkliche Prophylaxe. 1901 nahm der Ausschuss unseren Antrag an und erst das Plenum lehnte ihn ab. Ich bitte Sie, heute unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall v. d. Soz.)

Stadtv. Dr. Bülow (Fr. Fr.) steht mit seinen Freunden dem Antrag auch heute ablehnend gegenüber. Man müsse doch den Erfolg der beim Landtage zu tuenden Schritte abwarten. Herr Stadtv. hagen schlägt eine Kompromissvor, deren Folgen unübersehbar seien; er unterläge auch den finanziellen Effekten, der das Vielesche einer halben Million betragen dürfte. Berlin als Kommune könne auch nicht isoliert vorgehen. Der Bürger sei doch zur Selbstständigkeit zu erziehen; dieser Tendenz würde der Antrag direkt entgegenwirken. Die vorhandene schwere Härte erkenne seine Partei an, die Abhilfe sei aber in der Aenderung der Landes- bzw. Reichs-gesetzgebung zu suchen, zu der man Vertrauen haben müsse.

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.): Mit dem Vertrauen ist es doch ein eigenes Ding. (Heiterkeit und Zustimmung.) Daß die Bessersituierten in großem Umfange von der neuen Freiheit Gebrauch machen werden, mag dahingestellt bleiben. Wir haben 1901 für den Antrag gestimmt und werden es auch heute tun, hoffentlich mit uns auch diejenigen Herren von der Reuen Linken, mit denen wir damals noch zusammen in einer Fraktion saßen. Wir imponiert die Hochachtung, die die Arbeiter ihren politischen Rechten entgegenbringen, so daß sie lieber auf die Krankenhausbearbeitung, als auf das Wahlrecht verzichten. Rädikalen wir es doch einmal Eventuell ließe sich ja auch ein Uebergangsstadium schaffen. Daß die Verpflichtungen Berlins in sozialpolitischer Hinsicht schon erfüllt sind, ist wohl bloß die Anschauung des Referenten.

Stadtv. Dr. Langerhans (A. L.) protestiert gegen die Behauptung des Vorredners, daß hier die Mehrheit jeden sozialpolitischen Fortschritt zurückweise. (Dr. Preuß: Habe ich nicht gesagt!) Na, doch etwas ähnliches. Wir haben uns nicht gleichgültig verhalten. Einseitig können wir die Gesetzgebung nicht ändern. Uebrigens kommen die Herren Sozialdemokraten jetzt mit dem Anspruch auf Aufnahme in die städtischen Krankenhäuser, über deren schlechte Zustände sie früher nicht genug Lärm schlagen konnten! (Heiterkeit.) Das ist doch mit dem Antrag widersprüchlich. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nicht die Krankenfassen unterhalten unsere Krankenhäuser, wohl aber sollten die Krankenfassen doch einmal daran gehen, eigene Krankenhäuser zu errichten; sie würden zweckmäßiger und billiger bauen. Daß alle Krankheitsfälle im Krankenhaus behandelt werden, dem werde ich niemals beistimmen. Gibt man hier den kleinen Finger, so sind die Folgen unabsehbar. Da können wir schon aus Rücksicht auf die Selbstverwaltung nicht mitmachen.

Stadtv. Bernheim (Soz.): Ich stelle meine ärztliche und soziale Erfahrung der des Vorredners gegenüber. Wenn es uns nicht gelingt, auf diesem Boden Fortschritte zu machen, so liegt die Schuld nicht an uns. Sie haben unseren Kollegen Dr. Wehl nicht in die Krankenhausdeputation gewählt. Sie halten uns von der positiven Mitarbeit fern, während Sie ihn schon vom Standpunkt der politischen Altruheit oder Moral erst recht hätten wählen müssen. Tatsächlich können auch entzündeter Finger und Frühgeschwüre bei dem elenden Zustande vieler unserer Arbeiterwohnungen ins Krankenhaus gehören, wenn sie richtig behandelt werden sollen. Weingeistwüre habe ich jahrelang ambulant behandelt ohne Erfolg, während ein Aufenthalt von vier Wochen im Krankenhaus zur Genesung führte. Der junge Wierchow hat in diesem Saale das Panier des hygienischen Fortschrittes aufgepflanzt; er und Dr. Reumann haben Berlin zu einer gesunden Stadt gemacht. Was dies erreicht haben, wollen wir auf anderem Gebiete durchsetzen. Noch gibt es den entsetzlichen Feind, die Tuberkulose, zu bekämpfen. Wir sozialdenkenden Ärzte haben unsere letzten Reserven herangezogen und fast die ganze Armation verschossen; helfen uns nicht die Kommunen, so sind wir verloren; der reaktionäre Welschfort Preußen kann uns nicht helfen. Die Krankenfassen können keine Krankenhäuser bauen, sie haben dazu nicht die Möglichkeit, sie bringen infolge der Zerplitterung nur mit Ach und Krach den Referendats zusammen. Hier müssen die beteiligten Faktoren planmäßig zusammenarbeiten. Durch Annahme unseres Antrages beweisen Sie, daß Sie eine Fortsetzung der Kooperation der Krankenfassen und der Gemeinden wünschen. Ob ein Tuberkulöser in eine Heimstätte oder in ein Krankenhaus kommt, ist geblüht wie gesprungen. Der Tragödie darf nun das Satirspiel nicht fehlen: man sagte uns im Ausschuss, die Vorbeugung der Schwindsucht sei Sache der Wohnungshygiene! Ich sehe das Augurenlächeln auf Ihren Gesichtern; ganze 30 000 M. sind für Wohnungshygiene ausgeworfen, das nennen Sie Wohnungshygiene! Hat nicht die Kommune auch die heilige Pflicht, den entsetzlichen Geschlechtskrankheitsinfektionen Einhalt zu tun? Da fragten im Ausschuss Stadtrat Straßmann und Stadtv. Sachs, ob jeder Gonorrhoeal ins Krankenhaus aufgenommen werden sollte. Jeder Arzt für Geschlechtskrankheiten wird Ihnen bestätigen, daß der unselige Tripper in einem Krankenhause binnen sechs Wochen so kuriert werden kann, daß er nicht mehr infektiös ist, während sonst Tausende von Anstaltungen erfolgen können. Der deutsche Arbeiter wird zur Erhaltung seiner Grundrechte dieselben Opfer bringen wie der russische, der jetzt einen Verweigerungskampf für die Erringung politischer Rechte kämpft! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Cassel (A. L.): Auf eine Diskussion über die russischen Zustände wollen wir uns doch an dieser Stelle nicht einlassen. Die Herren Antragsteller werden wir nicht überzeugen und wenn wir auch die ganze Nacht an der Lösung dieser Frage arbeiteten. Die Leistungen der Stadt Berlin auf dem Gebiete der Krankenpflege wird man vergebens herabzusetzen versuchen. Wir wollen nicht unentgeltliche Krankenhausbearbeitung auch für die Wohlhabenden; das können wir nicht mitmachen, das ist ein ganz verkehrter Weg. An der Weiterarbeit zur Abhilfe auf dem schon betretenen Wege werden wir es nicht fehlen lassen.

Damit schließt die Beratung.

Der Antrag A r o n s wird abgelehnt.

Von den sozial-fortschrittlichen Stadtv. Deutsch u. Gen. liegt der Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, angeht die außer-gewöhnlichen Erneuerung der Lebensmittel die Gewährung von Notstandsulagen an städtische Unterebeamte und Arbeiter in Erwägung zu ziehen.

Stadtv. Rosenow beantragt, mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Stunde (1/2 Uhr) und da der Gegenstand jedenfalls eine sehr un-

fängliche Erörterung erfahren würde, die Verlegung der Beratung auf die nächste Sitzung; die Antragsteller wären damit einverstanden.

Stadtv. Singer: Das ist doch keine Begründung für einen Antrag auf Vertagung. Ich weiß nicht, ob Herr Rosenow etwas wegen der allgemeinen Situation in Berlin den Antrag erst in acht Tagen beraten will. (Heiterkeit.) Der Gegenstand wird doch auch im Magistrat einer gründlichen Bearbeitung unterliegen müssen. Hebrighs wird über eine so klar liegende Materie wohl gar keine lange Diskussion erfolgen.

Stadtv. Rosenow: Angesichts der Unterstellung des Stadtv. Singer und um zu beweisen, daß nicht bloß in seinen Kreisen Interesse für die im Antrag erwähnten Kategorien besteht, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Darauf wird in der Beratung des Antrages eingetreten.

Stadtv. Kollatowitsch (Soz. Fortschritt.): Die befürchteten Konsequenzen der Fleischsteuerung sind bereits eingetreten: ich erinnere an die Verteuerung der Kartoffeln und der Kohlen. Es ist eine Einseitigkeit, daß die kleinen Handwerker und Arbeiter dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Gespräch der Hausfrauen dreht sich fast nur noch um das zu knappe Wirtschaftsgeld. Es ist kein Zufall, daß bei den Sparmaßnahmen in Berlin die Einzahlungen langsam zurückgehen und die Auszahlungen steigen und im letzten Quartal über 900 000 M. mehr ausgezahlt als eingezahlt worden sind. Am besten beugen wir den voraussichtlich entstehenden Mißständen im Sinne unseres Antrages vor. Bismarcksdorf und Schöneberg haben bereits Steuerungsulagen für ihre Unterbeamten und so weiter bewilligt. Wir werden einstimmig der Meinung sein, daß eine solche Steuerungsulage auch bei uns statthaft und angebracht ist. Wir haben ja auch für die Hungernot in Italien Zuwendungen gemacht; ich bitte Sie, die Debatte auf den Herzenston zu stimmen und unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Stadtv. Singer: In der Begründung des Antrages erkenne ich mit dem Vordrucker an, daß die Verträge der städtischen Arbeiter usw. gegenüber den gezeichneten Ausgaben für die Lebenshaltung nicht ausreichen. Ich freue mich der Zustimmung, die der Antrag gefunden hat. Der Antrag muß nach der Geschäftsordnung an einen Ausschuß, und ich kann mich daher mit einer kurzen Erklärung begnügen. Wir sind vor allem der Meinung, daß die geplanten Zulagen und Vergütungen da und dort geregelt werden müssen, da es sich kaum um einen vorübergehenden Notstand handeln dürfte. Der Landwirtschaftsminister hält zwar den Notstand für vorübergehend, aber angesichts der Entwicklung unserer Volkswirtschaft und des demnächstigen Inkrafttretens der Handelsverträge wird der Notstand so lange andauern, als unser Volkstarif festgelegt ist, falls nicht der Reichstag die Rolle wieder aufhebt. Wenn hier in diesem Saale und beim Magistrat diese Aufgabe gestellt wird, werden der Ausschuß und später die städtischen Körperschaften darüber zu befinden haben, daß es sich nicht um vorübergehende Notstände handelt, sondern daß die Gehälter den verändernden Zuständen entsprechend normiert werden müssen. Wir müssen also dauernde Zulagen verlangen, die eben die Bedürfnisse befriedigen. Im nächsten Etat müssen bedeutend höhere Mittel für diesen Zweck eingestellt werden.

Stadtv. Gassel: Ausnahmsweise kann ich den meisten Ausführungen des Herrn Singer zustimmen. (Stadtv. Singer: Daß es eine Ausnahme ist, liegt an Ihnen! Heiterkeit.) Es ist richtig, die augenblicklichen Steuerungsverhältnisse lassen keine baldige Abhilfe erwarten; die Steuerung wird nicht aufhören, dafür werden schon die neuen Handelsverträge sorgen, trotz der erhöhten Zahl der damit aus dem Auslande hereingelassenen Schweine. Es wäre dann zu untersuchen, wie man auch den übrigen Arbeitern entgegenkommen könnte, um nicht einseitig bloß einem Teil der Arbeiterschaft etwas zuzuwenden.

Stadtv. Dinsse (N. L.) spricht sich kurz für Ausschußberatung aus, ebenso Stadtv. Buchow (Fr. Fr.), der aber zu bedenken gibt, daß man in den betreffenden Schichten nicht unbegründete Hoffnungen erwecken dürfe.

Der Antrag wird darauf einstimmig an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern verwiesen.

Der Magistrat beauftragt, im Rathaus in Verbindung mit dem städtischen Fernsprechamt eine zentrale Meldestelle hauptsächlich für die Anzahl der in den städtischen Krankenhäusern verpflegbaren Betten einzurichten und möglichst zum 1. Januar 1906 in Betrieb zu setzen. Die Kosten der Einrichtung sind auf 10 400 M. jährlich veranschlagt, wovon 2600 M. für das erste Halbjahrquartal 1906 aus den Fonds für unvorhergesehene Ausgaben übernommen werden sollen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir beantragen Ausschußberatung. Sie alle kennen die Denkschrift der Rettungsgesellschaft mit ihren Vorschlägen bezugs Uebernahme des Rettungswesens in die städtische Verwaltung. Wir teilen natürlich schon auf Grund unseres Programms die Auffassung, daß das ganze Rettungswesen in die Regie der Gemeinde zu bringen ist. Die Vertretung der Herzogtum und der Bevölkerung, soweit sie in dieser Gesellschaft organisiert ist, ist im Prinzip zu der Auffassung gekommen, daß die Krankenversorgung municipalisiert werden muß. Das Rettungswesen ist ein äußerst wichtiger Zweig des öffentlichen Gesundheitswesens. Bei der bisherigen Entwicklung der Sache hat sich die Stadt ins eigene Fleisch gefassten; sie behält sich mit Subventionen, die bis auf 70 000 M. jährlich anwachsen. Es ist hier gekommen wie mit dem Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus; die Einrichtung ist schließlich in finanzielle Bedrängnis geraten. Nach unserer Auffassung ist das Rettungswesen eine Sache der Gemeinschaft, nicht privater Fürsorge, weil der gemeindliche Organismus die Schäden schafft, um deren Beseitigung es sich handelt. Auf dem Herztage in Freiburg bekannte sich auch die Herzogtum zu dieser Ueberzeugung. Der erste Schritt auf diesem Wege wird mit der Vorlage gemacht, deren Begründung durchaus für unsere Auffassung spricht. Es wird zugestanden, daß das Rettungswesen von dem übrigen Rettungswesen schwer oder gar nicht zu trennen ist; um so berechtigter erscheint also unser Standpunkt, das ganze Rettungswesen zu verstaatlichen. Wenn in Zukunft das ganze Rettungswesen von der Stadt übernommen werden soll, dann brauchen doch später die Unfallstationen und Sanitätsmessen städtische Subventionen nicht mehr zu bekommen, namentlich nicht die ersten, die bloß den Interessen der Brauereien dienen (Widerspruch.) Herr Dinsse sollte doch wissen, daß die Unfallstationen unter der Maske der Humanität eingerichtet wurden, aber vor allem den Brauereien dienen. Darum erfahren wir aus der Vorlage nichts über die Ursache des Scheiterns der Verhandlungen zwischen Gesellschaft und Magistrat? Da muß der Magistrat gedrängter werden.

Stadtv. Ritter (Fr. Fr.): Die Angelegenheit muß eingehend geprüft werden und ist daher einem Ausschuß zu überweisen.

Stadtv. Rosenow ist ebenfalls für Ausschußberatung und lobt die sachliche und objektive Haltung der Denkschrift.

Stadtv. Sachs: Allmählich werden wir dahin kommen müssen, auch das Rettungswesen zu übernehmen, und es wird uns viel billiger als heute kommen und der heutige Wirtswart wird fortfallen.

Stadtv. Dinsse behält sich die Zurückweisung von Unrichtigkeiten, die sich Stadtv. Wehl habe zuzuschreiben kommen lassen, für den Ausschuß vor.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Die Neue Grünstraße ist in ihrem nördlichen Teile von Nr. 16 bis zur Wallstraße nur 11—11½ Meter breit, südlich davon verbreitert sie sich auf rund 15 Meter. Die Verbreiterung des östlichen Teiles ist auch im Verkehrsinteresse notwendig geworden; es soll daher für die Objekte eine neue Grundstücksteilung vorgenommen werden. Die alte Grundstücksteilung des Hauses Wallstraße 92/93 an der Wall- und Neuen Grünstraße außer Gültigkeit zu setzen; die so zu gewinnende Fläche soll mit einer Schmutzanlage versehen werden.

Auf Antrag von Dinsse und Wallach geht die Vorlage nach kurzer Besprechung an einen Ausschuß.

Schluß gegen 9 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Der Weisheit letzter Schluß.

Die wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, bei denen die Zahl der Ausgesperrten die Zahl der Streikenden überstieg, haben auch den erwidrigenden Herren in Leipzig Kopfschmerzen bereitet, die dort das ganze Jahr Rufe zu machen berufen sind. Wenn ein Arbeitgeber seine Arbeiter auf Pflaster wirft, verursacht es juristisch einige Schwierigkeiten, die Hinausgeworfenen auch noch in den Säuglingen des § 153 der Gewerbeordnung zu fangen, der eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen voraussetzt. In einem besonders gearteten Falle hat nun das Reichsgericht auch für solche Fälle einen Strich gedreht und ihn mit ermutigendem Augenwinkern dem hilflosen Landgericht in Berlin überreicht, damit dies den Delinquenten daran hänge.

Aus Leipzig wird berichtet:

Das Landgericht I in Berlin hat am 11. Mai den Schlosser Karl B. von der Anklage der Verurteilung (§ 153 Gew.O.) freigesprochen. Eine Fabrik in Berlin hatte die Hälfte ihrer Arbeiter entlassen und wollte noch mehr entlassen. Darauf legten fast alle Arbeiter die Arbeit nieder, um den Arbeitgeber zu zwingen, die gesamten Arbeiter weiter zu beschäftigen. Der Angeklagte hat dann einen Arbeitswilligen in etwas derber Weise zu nötigen gesucht, sich dem Auslande anzuschließen. Das Gericht war nun der Meinung, daß der § 153 deshalb nicht angewendet werden könne, weil es sich bei der Verabredung nicht um die Erlangung besserer Lohnbedingungen gehandelt habe.

Auf die Revision des Staatsanwalts hob nun am Dienstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es wurde ausgesprochen, daß auch solche Verabredungen unter den § 153 fallen, bei denen es sich darum handelt, für andere Arbeiter, die an der Verabredung nicht teilnehmen, bessere Arbeitsbedingungen zu beschaffen, wenn auch nur nach der Auffassung der Streikenden, zu beschaffen. Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der entlassenen Arbeiter würde eben darin bestanden haben, daß sie — ihre Beschäftigung behalten hätten (!), wenn die Verabredung Erfolg gehabt hätte.

Wenn ein Reichsgerichtsrat den Vorstand zu verlieren droht und ein tüchtiger Richter erhält ihm denselben, dann ist das nach der Logik unseres höchsten Gerichtshofes eine Verbesserung der reichsgerichtsrätlichen Verhältnisse. — Schade nur für die Herren Reichsgerichtsräte, daß der bloße gesunde Menschenverstand davon nie zu überzeugen sein wird!

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Leberarbeiter (Weißgerber, Färber usw.) ist beendet. Der Streik resp. die Aussperrung, woran zirka 700 Leberarbeiter beteiligt waren, hat rund acht Wochen gedauert. Auf beiden Seiten ist der Kampf mit größter Zähigkeit geführt worden, ohne daß während der ganzen Zeit eine wesentliche Veränderung eintrat. Am Dienstag kam es jedoch zu endgültigen gegenseitigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt, in deren Verlauf sich die Lohnkommission zu einer Reduzierung der ursprünglichen Forderungen bereit erklärte. Die Arbeitgeber mochten unter Zugrundelegung eines weiteren dreijährigen Tarifvertrages folgende Zugeständnisse: Befürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden nach Ablauf des ersten Tarifjahres. Die Lohnhöhe soll betragen für Baumarbeiter im ersten Jahr 47 Pf. (bisher 45 Pf.), im zweiten und dritten Jahr 50 Pf.; für Färber im ersten Jahr 43 Pf. (bisher 41 Pf.), im zweiten und dritten Jahr 45 Pf.; für Juristen, Wisner, Dollierer und Schlichter im ersten Jahr einen Akkordzuschlag von 5 Proz., vom zweiten Jahre ab zu der 9½stündigen Arbeitszeit weitere 5 Proz. Schmachsrichter sollen erhalten im ersten Jahr pro Hundert 4,85 M. (bisher 4,75 M.), im zweiten Jahre 4,95 M. und im dritten Jahr 5 M. Den Hilfsarbeitern wurde ebenfalls eine geringe Lohnhöhe, allerdings ohne nähere Substantiierung in Aussicht gestellt. Die Gültigkeitsdauer des Vertrages wurde auf die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis zum 1. Oktober 1908 bemessen.

Mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen beehrte sich am Dienstagabend im „Marienbad“ eine vollzählige besuchte Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten. Die Lohnkommission empfahl in Anbetracht der gegenwärtigen Situation die Annahme der wenn auch nur minimalen Zugeständnisse, weil für diesmal auch bei weiterer Fortführung des Kampfes wohl kaum mehr herauszuholen sei. In der sehr lebhaften Debatte wurden von einer ganzen Anzahl Redner die Zugeständnisse als zu geringfügig bezeichnet und die Weiterführung des Kampfes empfohlen. Heftige Vorwürfe wurden auch gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erhoben, weil die Oeffentlichkeit über den so schweren Lohnkampf der Leberarbeiter durch das Blatt nicht genügend unterrichtet worden sei. Weitere Angriffe richteten sich gegen die Generalkommission, da diese es an der nötigen tatkräftigen Unterstützung der Kämpfenden habe fehlen lassen. Nachdem noch wiederholt von der Lohnkommission auf die vorläufige Rücklosigkeit einer Fortsetzung des Kampfes hingewiesen worden war, kam es schließlich um Mitternacht zur geheimen Abstimmung. Für die Annahme der Zugeständnisse wurden 201 und dagegen wurden 224 Stimmen abgegeben; 26 Stimmzettel waren ungültig. Damit war der vor dem Einigungsamt stipulierte neue Vertrag angenommen und der Streik gleichzeitig beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll am heutigen Freitag beginnen mit der Rückgabe, daß keine neuen Arbeiter eingestellt werden dürfen, bevor nicht die Ausgesperrten sämtlich wieder an ihre alten Plätze gekommen sind. — Sobann wurde noch beschlossen, den Ausgesperrten je nach der Dauer ihrer Beitragszahlung einen Mietszuschuß in Höhe von 3, 6 und 9 M. aus der Lokalkasse zu zahlen.

Wäntung, Maschinisten und Heizer! Laut Beschluß des Verbandsvorstandes ist Berlin für den Zugang von Maschinisten und Heizern so lange gesperrt, bis die aus den E. B. Zentralen ausgesperrten Maschinisten und Heizer wieder in Stellung gebracht sind. Entgegen der Zusage des Generaldirektors Rathenau, alle Maschinisten und Heizer wieder einzustellen, sind bis heute noch zirka 60 Mann ausgesperrt.

Der Tarifvertrag der Eisenbranche ist nun endgültig von beiden Parteien anerkannt worden. In der sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der Eisnarbeiter, die am Mittwochvormittag im Gewerkschaftshause tagte, gab der Vertrauensmann Bruck einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen vor dem Einigungsamt und teilte auch mit, daß der Verband Berliner Eisnarbeiter, der übrigens jetzt Herrn Kasse zum Vorsitzenden gewählt hat, die Vorschläge des Einigungsamtes bereits anerkannt habe. — In der Diskussion, die dem Bericht folgte, sprachen sich die meisten Redner und auch der Verbandsvorsitzende Klotz für Annahme des Tarifvertrages aus, der dann auch schließlich gegen 17 Stimmen von der Versammlung gutgeheißen wurde. Ferner wurde beschlossen, die Arbeit am nächsten Tage, also gestern, wieder aufzunehmen.

In unserem Bericht über den neuen Tarifvertrag ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als der Minimallohn für Tarifrichter im ersten Jahre nach der Lehrgeld nicht auf 42 sondern auf 43 Pf. festgelegt wurde. — Der Streik der Eisnarbeiter hat genau sechs Wochen gedauert. Bekanntlich fand zu selben Zeit ein Streik der Eisnarbeiter in Eisenberg statt, der jedoch mit einer Niederlage endete. In ihrem Siegestraume hatten die Eisenerberger Fabrikanten ihren Berliner Kollegen ein Telegramm mit der Mahnung: „Halte

aus im Kampf“ geschickt. Wie aus Mitteilungen des Verbandspräsidenten Klotz hervorgeht, sehen sich die Fabrikanten in Eisenberg aber jetzt genötigt, trotz ihres „Sieges“ den Wünschen der Arbeiter nachträglich entgegenzukommen und haben teilweise bereits Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt.

Lohnbewegung der Konditoren. Bei der Firma Seifert u. Haase besteht der Streik weiter fort und lassen sich die Unternehmer auf Verhandlungen mit der Organisation in keiner Weise ein. Der Bevollmächtigte des Verbandes expedierte man schließlich zur Tür hinaus. Als darauf eine Kommission des Personals sich zu Verhandlungen einstellte, glaubten die Herren, die Arbeiter seien jetzt gedemütigt, verlangten bedingungslose Aufnahme der Arbeit und drohten ungeniert Nachregelungen wegen der Bewegung an. Damit haben sie aber das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigten; denn nunmehr wurde nochmals in geheimer Abstimmung beschlossen, an den Forderungen festzuhalten. Wegen Lieferung von Streikarbeit haben sich jetzt besonders hervorgetan: Hildebrand u. Sohn, Mertens u. Jänike, Leppien, H. Keesel, Althaus, Rudolph und neuerdings Ferdinand Marie. Um den Konditoren im allgemeinen die Praktiken der Unternehmer klarzulegen, findet heute abend eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher besonders die Streikarbeit liefernden Betriebe geladen sind. — Zugun nach Berlin ist nach wie vor streng ferngehalten.

Die Kammer hielt am Dienstag eine öffentliche Versammlung bei Gramotte, Bergstraße 12, ab, in welcher die am 1. November neu gewählte Schlichtungskommission den für das Jahr 1906 aufgestellten Tarifvertragsentwurf zur Sanktionierung vorlegte. Die Forderungen sind folgende: 8½stündige Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 65 Pf. innerhalb des Rahmens, welcher sich auf fünf Meilen im Umkreise von Berlin erstreckt soll; für Arbeiten außerhalb des Rahmens 10 Pf. pro Stunde mehr. In der Ausbildung begriffene mit Kammer beschäftigte Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf. und haben dieselben eine zehnwöchentliche Lehrzeit durchzumachen, welche vom Arbeitgeber zu beschaffen ist. Die Frühstücks-, Mittags- und Rumpfschmitten-Pausen regeln sich nach denen der Steinseher. Überstunden bis 9 Uhr abends sind mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag zu bezahlen. Bei Nachtarbeiten darf nicht unter 6 Stunden bezahlt werden einschließlich ¼ Stunde Kaffeepause. Die Lohnzahlung hat am Sonntag vor Arbeitsantritt auf der Baustelle zu erfolgen. Höchste Lohn mit 1,20 M. pro Woche vergütigt; ferner die Wochenlöhne mehr, das voll verbrauchte Fahrgehalt. Ueberlandarbeit wird nach Uebereinkunft geregelt. Regelung der Baubedenfrage nach dem Steinseherlohn. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises bezw. Vereingung an denselben unter den von den Steinsehern beantragten Bedingungen. Dieser Tarifvertragsentwurf wurde, nachdem bei einzelnen Punkten eine rege Diskussion stattgefunden hatte, in allen Punkten angenommen.

Deutsches Reich.

Tausend Arbeiterinnen der Wäschebranche streiken in Bielefeld. Gestern morgen haben sämtliche Arbeiterinnen der letzten noch im Betrieb befindlichen Wäschefabriken die Arbeit niedergelegt. Ausgenommen sind nur vier Fabriken, die die Forderungen bewilligt haben.

Ausland.

Die Bewegung der österreichischen Buchdrucker. Eine Privatdepesche meldet uns: Graz, 23. November. Die Seher leisten passiven Widerstand wegen der Lohndifferenzen. Die Tagesblätter erscheinen schwächer. Vor dem „Grazzer Tagblatt“ finden Demonstrationen statt.

Der Kongreß der französischen Arsenalarbeiter beschloß, dem Marineminister eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten, u. a. betreffend Vermehrung der Ruhegehälter von Arbeitern und deren Hinterbliebenen sowie Abschaffung der Stückerarbeit.

Die Stichwahl in Charlottenburg

ist leider zumungunsten der hiesigen Genossen ausgefallen. Es haben erhalten:

Im 1. Bezirk bei der Hauptwahl: Sozialdemokrat: 726 Stimmen, Gegner: 1111 Stimmen; bei der Stichwahl: Sozialdemokrat: 967 Stimmen, Gegner: 1430 Stimmen.
Im 2. Bezirk bei der Hauptwahl: Sozialdemokrat: 1233 Stimmen, Gegner: 1391 Stimmen; bei der Stichwahl: Sozialdemokrat: 1538 Stimmen, Gegner: 1701 Stimmen.
Im 6. Bezirk bei der Hauptwahl: Sozialdemokrat: 688 Stimmen, Gegner: 746 Stimmen; bei der Stichwahl: Sozialdemokrat: 789 Stimmen, Gegner: 1034 Stimmen.
Im 7. Bezirk bei der Hauptwahl: Sozialdemokrat: 531 Stimmen, Gegner: 623 Stimmen; bei der Stichwahl: Sozialdemokrat: 643 Stimmen, Gegner: 894 Stimmen.
Gewählt im 1. Bezirk: Collam, Bollmann; im 2. Bezirk: Dr. Rotholz; im 6. Bezirk: Böllmer; im 7. Bezirk: Jolenberg, sämtlich Liberale.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Wien, 23. November. Am gestrigen Ruhstage fanden hier und in verschiedenen Ortschaften der Provinz Straßendemonstrationen gegen das preussische Dreiklassen-Wahlrecht statt. Die Demonstrationen trugen einen stark nationalpolnischen Charakter, verliefen aber ruhig.

Erdarbeiterstreik in Paris.

Paris, 23. November. Mehrere tausend bei dem Bau der südlichen Untergrundbahn beschäftigte Erdarbeiter sind heute in den Ausstand getreten. Es heißt, daß auch die übrigen Erdarbeiter des Seinedepartements sich dem Ausstand anschließen wollen.

Bergarbeiterloß.

Charleroi, 23. November. (B. L. B.) In der Grube Gouffie bei Chateleineau wurden heute nachmittags drei Bergleute durch einen Gesteinssturz getötet.

Ein Eisenbahn-Unfall in Rußisch-Polen.

Warschau, 23. November. (B. L. B.) Auf der Warschau-Plawen-Eisenbahn ist zwischen den Stationen Kasiel und Gonszogn ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengestoßen, wobei eine Anzahl Personen getötet und viele verwundet wurden.

Bahnplan des Westens.

Madrid, 23. November. (B. L. B.) Der Kriegsminister hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach ein Kredit von 21 Millionen gefordert wird, zwecks Anschaffung von 200 Schnellzuglokomotiven.

Ein Angstschrei!

Unseren besitzenden Klassen wird es schädel zu Wirt. So viele Weitergehenden denken auf Stürm, da kommt ihnen der Gedanke, Einkehr zu halten. Unter der Ueberchrift: Wege vor! veröffentlichte dieser Tage das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel, der von uns mit weniger Aenderungen, als sie Bismarck nötig hatte, um aus der Enfer Depesche statt einer Chamade eine Fanfare zu machen, in einen sozialdemokratischen Artikel umgewandelt werden könnte. Der Artikel ist so kennzeichnend für die innere und äußere Lage, daß wir einige Auszüge aus ihm folgen lassen:

Wie vielleicht seit der Begründung des neuen Deutschen Reiches pochte das Schicksal mit stärkerem Ringer an die deutschen Tore als heute. Wie vielleicht war Deutschland so sehr auf sich selbst angewiesen. Dabei dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir einer Koalition von Großmächten gegenüberstehen, die uns zum mindesten zur See weitläufig überlegen ist. Wir sind weit entfernt davon, die Dinge schwarzere malen zu wollen, als sie sind; wir hoffen sogar bestimmt, daß der Friedenswille sich allen Kriegsbereitungen gegenüber als überlegen erweist. Aber daß wir gerüstet sein müssen, „nach innen geschlossen, nach außen entschlossen“, wenn wir unsere Existenz behaupten wollen, das haben uns die verflochtenen Monate bis zum Ueberdruß gelehrt!!!

So sehen die Dinge aus, wenn wir nach Westen blicken. Im Osten erhebt sich wieder eine ganz anders geartete Gefahr. Rußland ist durch die revolutionären Zustände, von denen sein Rieseneis erschüttert wird, für absehbare Zeit unfähig geworden, sich in internationale Fäden einzulassen. ... Um so bedenklicher sind aber die innerpolitischen Wirkungen, die von der russischen Revolution ausstrahlen. Man braucht nur auf Oesterreich hinzuweisen, um zu sehen, wie selbst durch die russische Bewegung die Wahlrechtsfrage dort in Fluß gekommen ist. Und zweifellos blicken auch die deutschen Sozialdemokraten jetzt wie gebannt auf Rußland. Generalstreik und Straßen-demonstrationen würden bei uns nicht mit folchem Eifer erörtert werden, wenn nicht Rußland das Beispiel für die Wirksamkeit solcher Gewaltmittel gegeben hätte.

Wenn aber die schlimmsten Befürchtungen sich erfüllen sollten, wenn das Haus Romanow misamt dem Grafen Witte von den Wogen der Revolution hinweggespült wird, was dann? Nur ein unerbittlicher Optimist könnte erwarten, daß die neue revolutionäre Welle, die sich jetzt vom Osten heranzwängt, vor der deutschen Grenze Halt machen werde. ...

Schon erhebt sich die Forderung der Autonomie, die nur schlecht das Bestreben einer gänzlichen Trennung Polens von Rußland verbürgt. ... Noch haben ja die preussischen Polen sich wohlwollend zurückgehalten. Doch an Hindernis aller Art fehlt es an unserer Ostgrenze gewiß nicht. ... Wer die Funken fliegen sieht, der muß in seinem eigenen Hause nach dem Rechten sehen. Dazu ist es im Reiche wie in Preußen hohe Zeit. Und leider ist das Resultat einer auch nur flüchtigen Umschau trübe genug. Wenn Gefahr von außen droht, dann muß wenigstens innerlich das Reich geschlossen sein, soles nicht durch Schaden klug werden müssen. Wie ist das aber möglich, wenn große Teile des Volkes entrecht werden, und die Staatsmaschine nur für eine kleine begünstigte Minderheit arbeitet, während die Mehrheit keine andere Bestimmung hat, als die Maschine zu bedienen und zu heizen? Wir haben bereits kürzlich darauf hingewiesen, daß das elende Dreiklassenwahl-System schon aus Gründen politischer Notwendigkeit beseitigt werden muß. Will die preussische ebenso wie die sächsische Regierung warten, bis sie von dem Unwillen des Volkes zu einer Reform des Wahlrechtes gezwungen wird? Ist es nicht vorzuziehen, ist es nicht klüger, vorzubeugen und dienotwendige Reform durchzuführen, solange man noch das Best in der Hand hat?

Aber Klassenherrschaft macht sich nicht bloß beim Wahlrecht geltend, Klassenherrschaft tritt überall bei uns zutage. Seit dem Hochsommer leidet das deutsche Volk unter dem Druck einer bisher unerhörten Fleischnot und Fleischteuerung. In Tausenden von Adressen ist die Regierung auf diese Katastrophe aufmerksam gemacht worden, in Tausenden von Versammlungen sind wirksame Maßnahmen gegen die Fleischteuerung gefordert worden. Aber die Regierung legte die Hände in den Schoß und brückte sich mit allerlei nichtigen Ausreden um ihre Pflicht, zu helfen, herum. ...

Doch damit noch immer nicht genug. ... Bier und Tabak sollen noch stärker als bisher „bluten“, obgleich es klar ist, daß die neuen Belastungen abermals zum größten Teil auf den kleinen Mann aus dem Volke drücken werden. Und damit das Volk wieder fester an die Scholle gekettet und der „Eisenbahnbagabondage“ einiegel vorgeschoben wird, fährt man schnell noch eine Fabrikartensteuer ein. Allerdings, man betrifft dabei keine neuen Wege. Man schlägt nur in die Kerbe, die schon der vor seinem Rücktritt stehende preussische Finanzminister Schönstedt gekennzeichnet hat. Ist doch sein Segenswunsch gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter noch unvergessen.

Aber es ist nicht die einzige Schuld, die Herr Schönstedt als seine Erbschaft hinterläßt. Wir wollen gar nicht auf einzelne schwere Untatlichkeiten wie den Königsberger Hochverratsprozeß hinweisen. Viel schlimmer ist es, daß sich in der Ministerzeit Schönstedts die preussische Justiz immer mehr in eine Klassenjustiz umgewandelt hat. Wir sagen nicht, daß daran eine einzelne Person die Schuld trägt. Es lag eben in der Tendenz der Gesamtregierung, daß auch in der Rechtsprechung der Klassencharakter des Staates sich immer deutlicher ausprägte.

Und der Schluß des Artikels lautet: Die Zeiten sind zu ernst, als daß man über die Gefahren, von denen wir im Inneren wie nach außen bedroht sind, leichtfertig hinwegzusehen dürfte. Noch sind wir ja von einer Probe auf unsere Stabilität im Reiche und in Preußen verschont geblieben. Aber deshalb soll man sich nicht beruhigt auf das Hauptbett legen. Nicht jeden Wochentag macht Gott die Reche, aber der schwarze Sonnabend kann über Nacht kommen. Dann sollte man wenigstens mit gutem Gewissen sagen können, daß nichts veräumt wurde, so lange es noch Zeit war.

Bisher galt es in den Augen der liberalen Presse und auch in denen des „Berliner Tageblattes“ als ein Verbrechen, sprach die Sozialdemokratie von Klassenherrschaft, vom Klassencharakter des Staates, vom heutigen Klassenregiment, von der Klassenjustiz. Solche Bezeichnungen angewendet auf unsere Zustände waren bisher das Verbrechen, daß ein Sozialdemokrat einen Artikel geschrieben hatte. Jetzt auf einmal rechter Hand linker Hand alles verläuscht. Wir gratulieren dem „Tageblatt“ zu seiner Einsicht und hoffen, daß sie andauert und nicht das Produkt einer schwachen Stunde ist, in der sich ihm unsere bisher so wunderschön scheinende bürgerliche Welt grau in grau darstellt.

Das „Tageblatt“ hat mit seiner Schilderung der inneren und äußeren Lage Deutschlands recht. Es wiederholt nur, was mehr als einmal an dieser Stelle ausgesprochen wurde. Es ist aber nur zu wahrscheinlich, daß seine guten Ratsschlüsse an den entscheidenden Stellen mit Mißgeschick aufgenommen werden und vollkommener Verständnißlosigkeit begegnen. Hier heißt es auch: Man tanzt auf einem Vulkan und merkt es nicht! oder: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

Man darf weit zurückgehen in der Geschichte, um ein Jahr zu finden, in dem alle Zeichen so auf Sturm deuten, wie im Jahre des Heils Eintausend Neuhundert und fünf. Eine äusserst bedrohliche auswärtige Lage, im größten der Nachbarreiche eine Revolution, die kein Ende absehen läßt, bei uns im Inneren die größte Unzufriedenheit mit den vorhandenen Zuständen. Klassenkämpfe so gewaltig, wie man sie ähnlich früher nie gekannt, Polizeidruck, Verfolgung der Rechtspflege, zunehmender Steuerdruck, Rechtslosigkeit und weitere Rechtslosmachung der arbeitenden Massen, die sich ihrer ausflosgebenden Bedeutung für Staat und Gesellschaft vollbewußt sind, Vertiefung der Lebenshaltung der Massen durch eine wahnwitzige Agrar-, Zoll- und Handelspolitik. Dazu eine enorme Steigerung der Marine-, Militär- und Kolonialausgaben, die eine abermalige Belastung der arbeitenden Massen zur notwendigen Voraussetzung haben; Vernichtung und Proletarisierung vieler selbständiger Existenzen, gewaltige Steigerung der Schulden des Reiches und demgegenüber auf der anderen Seite der Hinweis der Massen auf die volle Kompottschüssel.

Das Wort von der vollen Kompottschüssel beleuchtet die innere Situation wie mit einem elektrischen Scheinwerfer. Es zeigt eine vollkommene Unbelassenheit mit der Lage der Arbeiterklasse an den entscheidenden Stellen des Reichs — genau wie das andere Wort: „Im Deutschen Reich ist für jeden Arbeiter bis an sein Lebensende geforgt.“ Die armen reichen Massen werden bedrängt und bedrückt durch die Hungergrößen, die sie für die kaiserliche Sozialreform sich abdarben müssen, die Klasse aber, der es allein wohl geht, die herrlich und in Frieden lebt, ist die Arbeiterklasse! Für sie ist ohne ihr Zutun die Kompottschüssel gefüllt und jeder einzelne in ihr kann wohlgemut seinen alten Tagen entgegensehen, die reichen Invaliden- und Altersrenten warten seiner und vergolden ihm den Lebensabend.

Unter ihren Häfen groß der Vulkan und sie merken's nicht; sie feiern Feste an schweißgeruch besetzten Tischen, die ganze Vermögen kosten; sie beweihräuchern sich gegenseitig und preisen die Verdienste, die sie für Volk und Vaterland sich angeblich erworben haben!

Das „Tageblatt“ hat recht. Die Zeiten sind, wie es sie schildert. Sie sind sogar noch schlimmer. Aber die Angstschreie derer, die das Unwetter kommen sehen, werden ebenso ungehört verhallen, wie die Forderungen derjenigen, die jeden Tag sich fragen, wie lange die Schmach und die Not dieser Zeiten noch dauern soll. Discei moniti! Bern! Ihr seid gewarnt! —

Die Revolution in Rußland.

Die liberalen „Ordnungshüter“.

Der Semstwo-Kongreß hat sich offiziell gegen die Einberufung der konstituierenden Versammlung ausgesprochen! Die „liberalen“ Herren haben somit ihre Allianz mit der zaristischen Regierung besiegelt und ihren Plan, das Verfassungsverwert in der Duma abzuwürgen, unter Umgehung einer vom ganzen Volke gewählten Konstituante, akzeptiert. Auf den Lauf der Revolution wird dies natürlich insofern keinen Einfluß haben, als die Arbeiter ruhig bei ihrem Kampfplan verharren und zum Dezember oder Januar einen neuen entscheidenden Kampf auf der ganzen Linie vorbereiten.

Moskau, 21. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Kongreß der Semstvos und Städte. In der fortgeschrittenen Beratung über die gegenüber dem Ministerium Witte zu beobachtende Haltung führen die politischen Redner Dborotworsky und Bednitsky aus, sie seien zu einer Verständigung bereit unter der Bedingung, daß der Kriegszustand in Polen aufgehoben, in den Elementarschulen der Unterricht in polnischer Sprache zugelassen und diese Sprache in den administrativen und öffentlichen Einrichtungen wieder eingeführt werde. Bednitsky protestiert entschieden gegen die Behauptung, daß Polen daran denke, sich von Rußland loszutrennen. Stahowitsch, Vertreter der Stadt Jelsk, beantragt, die Regierung zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Wahlen zur Duma, die er nicht eine konstituierende, sondern eine repräsentative Versammlung zu nennen bittet, auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts erfolgen, und ferner vorausgesetzt, daß die Todesstrafe abgeschafft werde. Fürst Wolkonsky aus Nischni warnt die Versammlung vor übertriebenen Forderungen. Falls die Majorität sich gegen die Unterstützung der Regierung ausspreche, werde er beantragen, daß die Minorität zu einer Gruppe zusammenzutrete und sich dem Ministerium Witte zur Seite stelle. Klimow aus Nischni sagt, das Volk werde immer für den Kaiser sein, und eine Konstituante sei nur für die Sozialdemokraten nötig. Adelsmarschall Stachowitsch weist auf das Beispiel der Finnländer hin, die, nachdem sie von der Regierung das Versprechen einer Abgeordnetenkommission erhalten hätten, sofort mit der Revolution ausgebrochen hätten. Die Versammlung möge doch die auf Grundlage des Manifestes vom 30. Oktober gegründete Verfassung abwarten. Fürst Paul Dolgoruky beantragt, das Ministerium Witte zu unterstützen. Alle weiteren Redner entwickelten denselben Gedanken; nur Stichepin erklärte, da das Ministerium Witte es während dreier Wochen nicht verstanden habe, dem Lande die durch den Konararchen gewährten Freiheiten zu geben, so müsse es fortgesetzt oder gezwungen werden, diese Freiheiten in drei Tagen zu geben.

Moskau, 22. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Kongresse sind von verschiedenen Vereinigungen, Semstwowerbaltungen und anderen Körperschaften in den Provinzen Telegramme zugegangen, die es für unerlässlich erklären, die Regierung zu unterstützen und sich gegen eine konstituierende Versammlung aussprechen.

Petersburg, 22. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Ministerpräsidenten Grafen Witte gingen von den Gemeinderäten in Kasan und Astrachan, sowie den Wägen in Nyschni und Samara Telegramme zu, in denen diese Körperschaften erklären, eine auf das Manifest vom 30. Oktober gegründete Regierung unterstützen zu wollen.

Petersburg, 23. November. Graf Witte empfing ein längeres Telegramm der Mitglieder des Semstwowongresses in Woslaw, worin mitgeteilt wird, daß diese bereit seien, ihn zu unterstützen und Zweck Wiederherstellung der Ordnung. — Der Zar wird demnächst eine Abordnung der Mitglieder des Semstwowongresses empfangen. Es heißt, daß verschiedene Ministerportefeuilles an Semstwowänner zur Verteilung gelangen.

Die „liberalen“ Mameluken haben es verdient!

Kriegszustand und blane Bohnen für die Bauern. Petersburg, 22. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Zustand des verstärkten Schutzes ist in den Gouvernements Tschernigow, Tambow, Penza und Kursk, sowie in den Bezirken Wladiwostok, Serdobsch, Petrowsk, Atkarsk und Saratow, des Gouvernements Saratow und auch in der Stadt Saratow verkündet worden.

Petersburg, 23. November. Die agrarische Bewegung in den Provinzen Tambow und Woronesch nimmt an Umfang zu. Der Vizegouverneur befahl deshalb, eine Anzahl aufrührerischer Bauern zu verhaften und eine größere Anzahl derselben zu erschließen. Die Truppen führten diesen Befehl aus, wobei über hundert Bauern erschossen und zahlreich verwundet wurden. Die Bauern zerstörten ihre Wohnungen und fordern die Grundbesitzer auf, ihnen ihr Land abzutreten; die Eigentümer flüchten in die Stadt.

Und immer Belagerungszustand.

Petersburg, 23. November. Der hier weilende Gouverneur von Umland erklärte dem Grafen Witte, daß er nur bei Verhängung des Belagerungszustandes die Ordnung aufrecht erhalten könne.

Der Kampf geht weiter!

Aus Warschau wird gemeldet: In den Werkstätten der Warschau-Wiener Bahn wurde gestern eine große Versammlung abgehalten, an der 10000 Personen teilnahmen. Es wurde beschlossen, falls bis zum 1. Januar 1906 der Kriegszustand in Polen von der Regierung nicht aufgehoben ist, wieder einen Generalstreik für ganz Polen zu proklamieren.

Petersburg, 22. November. Mehrere staatliche Fabriken wurden geschlossen, da die Arbeiter sich weigerten, die Arbeit wieder aufzunehmen, und die Arbeiter entlassen. Die Regierung teilte des weiteren mit, daß, wenn die Arbeiter nicht nachgeben, die industriellen Etablissements für immer geschlossen bleiben.

Selsingfors, 23. November. (W. L. B.) In einer Versammlung der Arbeiterpartei wurde mit 191 gegen 96 Stimmen beschlossen, daß die Partei nicht an den Wahlen zum Landtage teilnehmen wird. Wenn nötig, soll der Generalstreik proklamiert werden.

Gärung im Meer und in der Marine.

Petersburg, 23. November. Nach den dem Marineamt zugegangenen Meldungen herrscht unter der Mannschaft der in Saigon eingetroffenen zwei russischen Kreuzer große Erregung. Ebenso meldet General Linewitsch, daß Agitatoren unter den Truppen in der Mandschurei Aufwiegelungen verursachen.

Die Verfassungskomödie auf „administrativem Wege“.

Petersburg, 22. November. Der Zar fährt den Vorstoß bei der ersten Vollziehung des vom Grafen Witte gebildeten Kabinetts, die heute in Jaroslawe Sselo stattfand. Wie verlautet, unterzeichnete der Zar in der Sitzung zwei Erlasse, durch welche die in seinem Manifest gegebenen Versicherungen der Versammlungs- und Pressefreiheit zu endgültigen Verwaltungsmaßnahmen gestaltet werden.

Der zarische Liberalismus vom Schlag getroffen!

London, 23. November. Der Petersburger Korrespondent des „Standard“ meldet, daß Graf Witte einen Schlaganfall erlitten hat. Sein linker Arm ist gelähmt. Der Ministerpräsident hat auch viele dynamische Fälle zu erleiden. Es gab Stunden, wo man für sein Leben ernsthafte Befürchtungen hegte. Es erscheint unwahrscheinlich, daß Graf Witte noch lange im Amte bleibt.

Dasselbe berichtet der Pariser „Matin“. Witte und Tante Wok werden sich die Haare ausraufen, denn wie kann ohne Witte die Weltgeschichte gehen?

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt. Die Bezirksführer des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises hielten am Dienstag eine Versammlung ab, in welcher eine lebhaft debattierte über den „Vorwärts“-Konflikt stattfand. Folgende Resolution wurde mit 131 gegen 11 Stimmen angenommen: Die Bezirksführer-Versammlung des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und der Preßkommission im „Vorwärts“-Konflikt einverstanden und spricht ihnen ihr vollstes Vertrauen aus. Sie mißbilligt auf das Schärfste das Verhalten der sechs ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure deshalb, weil sie es unterließen, den in der Partei vorgeschriebenen Instanzenweg zu gehen, und statt dessen die gesamte Parteipresse dazu mißbrauchten, gegen den Parteivorstand und die Preßkommission die schlimmsten Vorwürfe zu erheben und damit die Partei auf das schwerste zu schädigen.

Der Vorstand und die weiteren Parteifunktionäre des Wahlvereins des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises haben am Dienstag mit 39 gegen 23 Stimmen beschlossen:

Die heute Versammelten erklären sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und der Preßkommission in der „Vorwärts“-angelegenheit einverstanden.

Sie verurteilen das Vorgehen derjenigen Parteiblätter, welche, ehe die Denkschrift des Parteivorstandes und der Preßkommission veröffentlicht war, gegen die letztgenannte Stellung nahmen.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins zu Nisch a. M., welche am 21. d. Mts. tagte, nahm folgende Resolution mit großer Majorität an:

Die heutige Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins Nisch a. M. verurteilt aufs Entschiedenste die übereilte Handlungsweise der ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure und ist der Meinung, daß dem Parteivorstand und der Preßkommission, wenn es sich darum handelt, eine den Grundzügen der Partei entsprechende Haltung des Zentralorgans zu besorgen, das Recht in der Zusammenlegung der Redaktion des Zentralorgans nicht veräußert werden darf. Sie verlangt jedoch vom Parteivorstand, daß er bei nötig werdenden Aenderungen das demokratische Prinzip wahren, das heißt nicht die Zucht gewisser Unternehmer einschlägt, sondern immer erst die Beteiligten hört, ehe er die bezüglichen Schritte unternimmt. Die Versammlung erwartet ferner von der Redaktion der „Frankfurter Volksstimme“, daß sie ihre einseitige Stellungnahme in dieser Sache aufgibt und objektiv über die Angelegenheit berichtet.

In Solingen hat sich die Preßkommission der 'Vergifteten Arbeiterstimme' mit dem Vorwärts-Konflikt befaßt. Nach langer Debatte wurde folgender merkwürdiger Beschluß gefaßt: 'Die Preßkommission der 'Vergifteten Arbeiterstimme' lehnt es ab, einen Beschluß in der 'Vorwärts'-Angelegenheit zu fassen, weil die Ansichten über dieselbe verschieden sind und sein können, und geeignet erscheinen, die Streitigkeiten auch in weitere Parteikreise zu tragen, ohne daß besondere Vorteile für die Partei daraus erwachsen könnten.'

In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins zu München wurde nach einem Referat des Genossen Limm und nach heftiger Disjunktion die folgende Resolution angenommen: 'Die von der sozialdemokratischen Partei einberufene Mitglieder-Versammlung erklärt nach Kenntnisnahme der Denkschrift des Parteivorstandes und der Berliner Preßkommission: Das Verhalten der genannten Instanzen in der 'Vorwärts'-Angelegenheit ist als den demokratischen Grundsätzen direkt ins Gesicht schlagend, entsetzlich und unbillig.'

Die Versammlung erklärt, daß auch die Redakteure durch ihre vorläufige Mündigung einen tatsächlichen Fehler gemacht haben, denn es hätte ihnen auf Grund des § 24 des Organisationsstatuts der Weg der Beschwerde bei der Kontrollkommission offengestanden, den sie zu beschreiten als disziplinierte Parteigenossen verpflichtet gewesen wären.'

Der erste Teil dieser Resolution, den der Gesamtvorsitz der Münchener Partei vorlegte, wurde gegen 13 Stimmen, der zweite Teil, ein Vorschlag aus der Versammlung heraus, wurde nach der 'Münch. Post' bei zahlreichen Stimmhaltungen gegen eine starke Minorität angenommen, obwohl der Referent Limm, der im Namen und Auftrag des Gesamtvorsitzes sprach, sich gegen ihn erklärte.

Eine Resolution, die den Konflikt durch einen sofort einmündigen Parteitag schlichten lassen wollte, wurde damit begründet, daß man über den 'Vorwärts'-Streit nicht entscheiden könne, da nicht alle Erklärungen des Parteivorstandes vorliegen. Auf unvollständiges Material hin solle man eine Körperschaft nicht verurteilen. Obwohl an dieser Begründung nicht zu rütteln war, fand die Resolution so gut wie gar keine Unterstützung. Die Begründung ist bekanntlich nur allzu zureichend, denn die 'Münch. Post' hat bis auf den heutigen Tag wesentlichste Entgegnungen des Parteivorstandes und der Preßkommission den Münchener Parteigenossen einfach untergeschlagen, sie dagegen mit jedem Anwurf, den diese beiden Körperschaften erfahren mußten, woher er auch kommen mochte, förmlich überschüttet. Bei solcher Methode des rechtlichen Parteiorgans ist das schließliche Ergebnis der Versammlung wenig verwunderlich.

In Schippels Mandatsniederlegung äußert sich mehr oder minder scharf die gesamte Parteipresse ohne Ausnahme, so weit wir sehen, im wesentlichen dahin, daß durch das freiwillige Aufschreiben Schippels aus der Fraktion für die Zukunft der eventuellen Differenzen mit ihm ein großer Teil des Unangenehmen und Parteischädigenden genommen sei, und daß auch für Schippel selbst durch seinen jetzigen Schritt wesentliche Erleichterungen geschaffen seien. Ueber diese einmündige Auffassung hinaus wird vielfach noch die so plötzliche Verschlimmerung des Schippelschen Gesundheitszustandes mit starken Zweifelhaftigkeiten glockert, und einige Parteiblätter, wie die Frankfurter 'Volkstimme', widmen ihm überhaupt so umfangreiche Nachrufe bei dieser Veränderung seines Zustandes, als ob es sich schon um einen Nekrolog handelte.

Wir können aus diesen Äußerungen der Parteipresse nur einige zur allgemeinen Orientierung herausgreifen.

Sächsische Arbeiter-Zeitung: Von einer dauernden Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Genossen Schippel war der größeren Öffentlichkeit, auch in der Partei, bislang nichts bekannt geworden. In den Artikeln, die Schippel im vorigen Jahre, vor dem Parteitag zu Bremen, über die Forderung in der Gemüth 'Volkstimme' veröffentlichte, sagte er, daß seine wirtschaftlichen Verhältnisse ihn zwingen, den Verhandlungen des Reichstages meist fernzubleiben.

Die Angabe Schippels, sein Gesundheitszustand gestalte ihm fern die Ausübung des Mandats nicht mehr, kommt uns um so überraschender, als er noch vor kurzem, da die 'Leipziger Volkszeitung' sein neuestes Buch über Deutschlands Handelsbeziehungen als eine Begünstigung agrarischer Volksgesetze bezeichnete, von den Leipziger Genossen, anstatt in dem Blatte zu entgegnen, die Ansetzung einer Versammlung verlangte, um sich verteidigen zu können. Die Leipziger Genossen haben erklärt, daß sie bereit seien, diesem Wunsche nachzukommen. Ob die Versammlung unter den veränderten Umständen noch stattfinden kann, wissen wir nicht.

Volkstimme in Rassel: Genosse Schippel hat lange genug gezaudert, bevor er sich entschloß, darauf zu verzichten, daß ihm die Ausübung seines Mandats zur Unmöglichkeit wurde. Das geistige Spiel, das wir seit einer Reihe von Jahren durchlebten, ist nun beendet.

Bremer Bürger-Zeitung: Wir sind mit dem Schritte Schippels völlig einverstanden. Ein Mann, der sich, wie Schippel in den letzten Jahren, so oft in wichtigen Fragen mit der Partei im Gegenfahrenden befand, handelt richtig, wenn er ein hervorragendes Ehrenamt, wie das Reichstagsmandat, in die Hände der Partei zurücklegt. Schippel hätte den Schritt schon früher tun sollen.

Freie Presse in Elberfeld-Warmen: Der Genosse Max Schippel hat dem Parteivorstand und der Parteileitung in Chemnitz mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlege. — Das ist das Beste, was Schippel tun konnte, denn trotz allem Beize und Über was seine Stellung in der Fraktion unbillig geworden. In seinem jüngsten Buche über Amerika und die Handelsvertragspolitik fordert er direkt zum Rückzuge mit Amerika auf. Schippel dürfte sich wohl von der Partei völlig zurückziehen, der er seit Jahren, anstatt sie zu fördern, nur Anspitzeln zwischen die Reine gemorren hat. Es wird ihm wohl niemand in der Partei eine Träne nachweinen.

Neuhäuser Tribune in Gera: Diese Konsequenz (nach dem Amendement Freyhaler) hat Genosse Schippel jetzt endlich gezogen. Sie wird um so mehr mit Genehmigung in der Partei empfunden werden, als Schippel erst vor kurzem wieder in einem Buche über die deutsch-amerikanischen Handelsverträge eine Stellung eingenommen hat, die lebhafteste Kritik in der Parteipresse gefunden hat. Ganz knapp kam Schippel auch nur um ein Mißtrauensvotum auf dem Parteitag in Hannover herum wegen seiner von der Partei abweichenden Stellung zum Militarismus und der Mißg. Hoffentlich sind manne die die Partei schädigenden 'Halle Schippel' erledigt.

Rheinische Zeitung in Köln: Genosse Schippel befand sich seit lange in wesentlichen Fragen, namentlich auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik in Widerspruch mit den von der Partei festgelegten Anschauungen. Das praktische Zusammenarbeiten, wie es die Stellung eines Mitgliedes der Fraktion erfordert, war dadurch für beide Teile erschwert. Die Mandatsniederlegung ist unter diesen Umständen zu begrüßen. Außerhalb der Fraktion bleibt Genosse Schippel Gelegenheit, seine Fähigkeiten im Dienste der Partei zu verwerten.

Frankfurter Tagespost in Nürnberg: Es ist zu früh, das letzte Wort über Schippels Gang durch die Partei zu schreiben. Er erklärt, nach wie vor der Partei angehören zu wollen. Möge es ihm beschieden sein, in jeder Hinsicht geklärt wieder in unsere Reihen zu treten und dem Befreiungskampfe des Proletariats Dienste zu leisten, wie man sie vor einem halben Menschenalter von ihm mit Recht erwarten konnte. Eine zwanzigjährige Wirksamkeit in den Reihen des Proletariats liegt hinter Schippel, sie läßt sich nicht einfach aufwiegen. Es wäre ein schmerzliches, wenn die an der Spitze des Artikels veröffentlichten Briefe die letzten Worte wären, die Schippel der Sozialdemokratie zu widmen hätte. Er steht noch im besten Mannesalter, er hat an er großen Aufgabe der neuen Zeit,

am Befreiungskampfe mitwirken dürfen. Es erscheint uns unfahbar, daß man nach langjähriger Wirksamkeit für ein großes Ideal einen Schlußstrich zieht. Deshalb wollen wir abwarten, wie sich Schippels Zukunft gestalten werde, bevor wir ein abschließendes Urteil über den letzten Lebensgang dieses Parteigenossen fällen.

Volkstimme in Frankfurt a. M.: Auch in diesen Schippel-Debatten ist reichlich viel gestritten worden durch unnötige Festigkeit und durch grundlose persönliche Verdächtigungen und Begleiterdeinungen aller unserer Parteidebatten, die wir alle noch viele Jahre haben werden, zu entfernen. Schippel selbst hat freilich auch einen Teil Schuld daran, aber wesentlich nur dadurch, daß er für unsere Genossen nicht offen und rückhaltlos genug spricht und schreibt und zu leicht in den Spötterton verfällt. Ob diese Keuschheiten nicht vielleicht auch sachlich zusammenhängen mit einer übertriebenen wissenschaftlichen Bewissenhaftigkeit und unüberwindlicher Abneigung dagegen, überlieferte Anschauungen einfach anzunehmen, was ja freilich vielen sehr leicht fällt, darüber wird in ruhigeren Parteizeiten gerechter zu urteilen sein. Sicher ist aber, daß uns Schippel politisch sehr große Verlegenheiten in der Partei bereitet. Wir sind eben als politische Partei im Vordergrund des Gesichts für die Erziehung der arbeitenden Massen darauf angewiesen, in einer Zeit der elendesten Echarmacherei und des schamlosesten Lebensmittelwunders vielfach rein wissenschaftliche Bedenken zweiten oder dritten Ranges zurückzusetzen hinter die erste Forderung: einheitliche, festgeschlossene Solidartät gegen die Junkerkraft. Der Kampf gegen diese ist in Preußen-Deutschland unser Lebenselement, und in ihm dürfen wir uns durch auch noch so gut gemeinte 'wissenschaftliche' Seitenprünge Einzelner nicht stören lassen. Schippel hat uns in diesem Kampfe Verwirrungen bereitet, die wir politisch nicht länger dulden konnten. Er legt sein Mandat nicht bloß aus Gesundheitsrückgründen nieder, sondern offenbar auch deshalb, weil ihm und sein politisches Verhältnis als Abgeordneter unter so vielen andersdenkenden Fraktionsmitgliedern unerträglich geworden war. Wir freuen uns, daß er verabschiedet, als einfacher Genosse mit uns weiter arbeiten zu wollen. Die leider bei uns noch unvermeidlichen Auseinandersetzungen bei solchen Auseinandersetzungen mögen ihn darin nicht irre machen. Hoffentlich werden beide Teile, die Partei und Schippel, aus dem Falle lernen.

Genosse Karl Alos, der zu Beginn der vorigen Woche von seiner Reise nach Amerika zurückgekehrt ist, veröffentlicht in der 'Holzarbeiter-Zeitung' nachstehende Erklärung:

Bei meiner Rückkehr aus Amerika erhalte ich Kenntnis von den Äußerungen Stubbés auf dem Parteitag in Jena, nach welchen mir der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes es außerordentlich schwer gemacht haben soll, meine sämtlichen Parteikollegen beizubehalten. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen schwächte Stubbé dann seinen Vorwurf dahin ab, daß er nicht den Gesamtvorstand, sondern nur einzelne Mitglieder desselben gemeint habe, wogegen das Protokoll des Parteitages ausweist, daß Stubbé den Gesamtvorstand gemeint hat.

Ich kann hier feststellen, daß die vom Verbandsvorstande diesbezüglich gegebene Erklärung durchaus den Tatsachen entspricht. Niemals ist, weder vom Gesamtvorstand noch von einzelnen Mitgliedern desselben ein Versuch gemacht worden, mir die Ausübung meiner politischen Ämter zu erschweren oder mich von der Annahme solcher abzuhalten. Wenn im Verbandsvorstande sowie auf den Verbandstage ein Bedauern darüber ausgesprochen wurde, daß ich der Verbandstätigkeit durch Ausübung der politischen Ämter in hohem Maße entzogen bin, so habe ich wohl ausnahmslos die Versprechung dieser Angelegenheit selbst eingeleitet; aber niemals führte die Versprechung dazu, daß mir, verdeckt oder offen, der Verzicht auf die Ämter nahegelegt worden wäre, es wurde vielmehr jederzeit die Annahme beziehungsweise Beibehaltung derselben ausdrücklich als etwas Selbstverständliches bezeichnet. Die das Gegenteil behauptenden Äußerungen Stubbés auf dem Parteitag in Jena kann ich, da ich diese Absicht desselben nicht annehmen will, mir nur erklären durch die Annahme, daß ihm der Inhalt der verschiedenen Verhandlungsverhandlungen und der Protokolle derselben nicht präsent waren. Einen Nachweis, daß mir von einzelnen Vorstandsmitgliedern die Ausübung dieser Ämter erschwert wurde, dürfte Stubbé ebenso wenig zu erbringen in der Lage sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das beleidigte Kriegsgericht. Vor der Strafkammer in Breslau hatte sich am Dienstag der verantwortliche Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Genosse Albert, wegen Beleidigung des Kriegsgerichts in Slogau zu verantworten. Es hatte dort der Leutnant v. Preitwisch vom 10. Infanterieregiment wegen Soldatenschändereien unter Anklage gestanden, die schon etwa vier Jahre zurücklagen. 'Schlechte Kelter' hatten 40 bis 60 mal das Pferd gezeigelt und wieder absteigen müssen, ohne den Steigbügel bewegen zu dürfen etc. Ein Mann, der neben dem Pferde herhoben mußte, war infolge Erschöpfung hingefallen und vom Pferde mit dem Hufe an den Hals getroffen worden. Sein später erhobener Entschädigungsanspruch hatte zur Anklage des Leutnants geführt. Vom Vertreter der Anklage wurde eine Strafe von sieben Tagen Stubenarrest beantragt. Das Gericht sprach aber den Angeklagten frei und in dem betreffenden Bericht der 'Vollwacht' war hierzu u. a. bemerkt worden, das Gericht habe dem Herrn Leutnant, der behauptet hatte, die Vorfälle seien von den Zeugen sehr übertrieben worden, mehr geglaubt als den eidlichen Zeugenaussagen, und weiter war bemerkt, der Vater des Leutnants sei Generalmajor a. D. und Kommandeur der 38. Brigade und sein Vetter sei Oberstaatsanwalt in Raumburg und als solcher Feind der Selbstbeschäftigung sozialdemokratischer Redakteure. Die Mitglieder des Kriegsgerichts sowie der kommandierende General als Gerichtsherr stellten Strafantrag und die Strafkammer erkannte gegen Albert auf 300 Mark Geldstrafe. Durch die Mitteilungen über die familiären Beziehungen des Leutnants in Verbindung mit dem Urteil des Kriegsgerichts sollte dessen Objektivität in Zweifel gezogen werden, anderenfalls wären diese Mitteilungen an einer anderen Stelle erfolgt. Der Staatsanwalt hatte 500 M. Geldstrafe beantragt.

Sechs Wochen Gefängnis wegen Beamtenebeidigung wurden vom Schöffengericht in Culm a. W. am 21. ds. Mts. gegen den Arbeitersekretär Stoeckel aus Bromberg verhängt. Stoeckel wurde zur Last gelegt, am 27. Juni in einer öffentlichen Versammlung in Culm durch die Worte: 'Wir sprechen uns noch' eine Bedrohung und, da der zur Ueberwachung entsandte Beamte am selben Tage gegen Stoeckel als Zeuge vor Gericht aufgetreten war, ihm nachgelagert zu haben, daß er vor Gericht der Wahrheit widersprechende Angaben gemacht habe. Die Verhandlung ergab, daß von einer Bedrohung keine Rede gewesen sei, vielmehr sind die dem Angeklagten zur Last gelegten Worte in der Form: 'Warten Sie! wir sprechen und noch in Thon' von dem Beamten gebrauch worden. In Bezug auf die Angaben vor Gericht seitens des Beleidigten gab der Angeklagte zu, gesagt zu haben, daß der Beamte sich von Zeitweilen hat leiten lassen und dieselben unter seinem (des Beamten) Etde befristet hat. Der Angeklagte stellte vor dem Gericht — unwillkürlich vom Richter — fest, daß in drei Fällen der Beamte als Zeuge bei seiner Aussage vom Jertum befallen war, was auch zum Teil von den sieben Entlastungszeugen des Angeklagten bestätigt wurde.

Der Staatsanwalt plaidierte für Verstrafung des Angeklagten, indem er hervorhob, daß die Entlastungszeugen unter dem Einfluß des Angeklagten stehend, als unglaubwürdig anzusehen seien, daß demgegenüber nur dem Beamten als Zeugen und dem in Polen vernommenen Karl Bergemann, welcher in Culm nicht unter dem Einfluß des Angeklagten stehende, voller Glaube beizumessen sei. Er halte vier Wochen Gefängnis für eine angemessene Sühne.

Das Gericht ging über den Antrag des Anwalts hinaus und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis für den Beamten. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Der Arbeitsmarkt im Oktober. Das Reichs-Arbeitsblatt berichtet: Im Monat Oktober pflegt einerseits mit dem Vorwärtren der Jahreszeit ein gewisser Rückgang der Beschäftigung einzutreten, der mit der Abnahme der Bauängigkeit und der Beendigung eines Teils der landwirtschaftlichen Arbeiten zusammenhängt. Andererseits beginnt für eine Reihe von Gewerben die Saison (Wahrbudgewerbe, Konfektion usw.) und ebenso machen sich im Handel und Verkehr die Winterläufe und die Vorbereitung des Weihnachtsgeschäfts im Sinne der Heranziehung vermehrter Arbeitskräfte geltend. Beide Tendenzen treten auch im Berichtsmontat hervor, der im übrigen eine Abmilderung der allgemeinen Konjunktur nicht erkennen ließ. Im Kohlenbergbau war die Gestaltung der Nachfrage wie in der letzten Zeit eine durchaus befriedigende, indessen wurde die Gestaltung der Verhältnisse durch den stark auftretenden Wagenmangel in allen Bezirken beeinträchtigt, der zur Einlegung von Forderungen führte und dadurch auch einen nicht unerheblichen Anstieg der Arbeiterlöhne zur Folge hatte. Die Metall- und Maschinenindustrie war auch im Oktober weiterhin reichlich, zum Teil sehr stark beschäftigt. Ebenso war die Arbeitslage in der chemischen und der Textilindustrie günstig. Die lebhaften Schwankungen des Rohstoffs in dieser Industrie bleiben auf die Arbeitsverhältnisse ohne Einfluß, da die Industrie durch langfristige Abfälle ihre Beschäftigung auf längere Zeit hinaus sichern zu stellen pflegt. In der elektrischen Industrie ist in dem Berichtsmontat die Beendigung des Ausbaues in der Berliner Elektrizitätsbranche gemeldet, im übrigen hat sich an der allgemeinen Konjunktur der Industrie nichts geändert. Auf die Gestaltung der Verhältnisse im Baugewerbe einerseits, in den Winter-saisonindustrien andererseits wurde eingangs bereits hingewiesen. Bei den auf das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen stieg die Beschäftigungsziffer um 32 195 Personen, die Berichte der Arbeitsnachweise ergaben einerseits eine dem Vorwärtren der Jahreszeit entsprechende teilweise Abnahme der Vermittlungstätigkeit, sprechen sich aber im übrigen nicht ungünstig aus. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Oktober 1905 um 6 025 808 M. höher als im Oktober des Vorjahres, das sind 77 M. oder 2,94 v. H. auf den Kilometer.

Deutschlands Kohlenproduktion. Trotz des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier übersteigt die Produktion der ersten 9 Monate dieses Jahres die Erzeugung der Parallelzeit des Vorjahres. Es wurde nämlich produziert:

	Steinkohlen Tonnen	Braunkohlen Tonnen	Koks Tonnen	Erz Tonnen
1905	99 951 190	42 438 507	12 866 680	10 589 951
1904	99 277 487	30 670 010	10 168 354	9 411 952
+ 1905	673 703	2 768 497	2 800 326	1 177 999

Das Ruhrrevier, welches allein den Förderausfall infolge des Streiks zu tragen hatte, konnte das Minus glänzend wieder einkolten. Hier betrug das Mehr d. J. gegenüber dem Vorjahre, bei Steinkohlen 488 629 Tonnen, bei Braunkohlen 2 195 775 Tonnen, bei Koks 2 191 701 Tonnen und bei Erz 1 100 770 Tonnen. Der Anteil der übrigen Bergbaubezirke an der Steigerung ist also mit Ausnahme bei Steinkohlen, bei denen das Ruhrrevier mit 70 Proz. an der Förderung beteiligt ist, nur ganz gering.

Der Eisenmarkt.

Der Aufschwung am internationalen Eisenmarkt hat auch in letzter Zeit noch weitere Fortschritte gemacht, der Beschäftigungsgrad in allen Branchen der Eisenindustrie ist so lebhaft, daß vielfach von einem Roh Eisenmangel gesprochen wird. Und doch lehrt ein Blick auf die Hauptproduktionsländer, daß noch nie die Roh Eisenerzeugung einen so großen Umfang erreicht hat wie in den letzten Monaten. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland übersteigt die Roh Eisenerzeugung im Oktober jede bisher dagewesene Ziffer. In Deutschland geht die diesjährige Roh Eisenerzeugung schon mit rund 570 000 Tonnen über die vorjährige hinaus. Das auch in Großbritannien, das seit 1903 erst an dritter Stelle der Produktionsländer kommt, die Roh Eisenerzeugung im Wachsen begriffen ist, geht aus der stetigen Zunahme der im Betriebe befindlichen Hochofen hervor. Die Roh Eisenerzeugung belief sich in den letzten drei Monaten auf 5 782 000 Tonnen in Amerika und 2 929 046 Tonnen in Deutschland.

Frügelade Zucker. In der New Yorker Baumwollbörse kam es am Dienstag zu stürmischen Szenen. Man hatte das Quantum der bis Mitte November entloften Baumwolle auf circa 8 000 000 Ballen berechnet. Nach der nun bekanntgegebenen Schätzung des Zensusbureaus in Washington sind aber nur 7 1/2 Millionen Ballen vorhanden. Diese Bekanntmachung rief an der Börse eine wilde Panne hervor. Die Preise gingen rapid in die Höhe, die Käufer kämpften miteinander, um zu kaufen. Es war ein widerliches Schauspiel um die Deute, woher in letzter Linie der Konsumant bluten muß. In der 'besten' Gesellschaftsordnung gilt das auf solche Weise zusammengegraffte Vermögen als geblühter, wohlverordener Besitz.

Der amerikanische Feinblechmarkt setzte die Preise aller Produkte um 2 Doll. pro Tonne herauf.

Außenhandel Frankreichs. Der Außenhandel Frankreichs mit seinen Kolonien und Schutzgebieten bewertete sich im Jahre 1904 in der Einfuhr auf 487 400 000 Fr., d. h. 9,84 Proz. mehr als die Durchschnittszahl der letzten 5 Jahre betrug. Die Ausfuhr stieg auf 557 600 000 Fr. und betrug 12,16 Proz. mehr als der Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Neue japanische Konversionsanleihe. Die kaiserlich japanische Regierung ist ermächtigt worden, eine mit 4 Proz. verzinsliche Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling auszugeben, von denen 25 Mill. Pf. Sterl. zur Rückzahlung innerer Anleihen und 25 Mill. Pf. Sterl. zur Konversion der 6prozentigen äußeren Anleihen bestimmt sind. Die zur Rückzahlung der inneren Anleihen dienenden 25 Mill. Pf. Sterl. sind von einem internationalen Konjunktions übernommen worden, während die Ausgabe der anderen Hälfte für später vorbehalten bleibt. Die Subskription findet Ende dieses Monats statt zum Kurse von 90 Proz. abzüglich einer Zinskontingenz von 1 Proz. Die erste Einzahlung findet im Januar 1906 statt. Von der Anleihe sind 12 Millionen Pfund Sterling seitens des Pariser Hauses übernommen worden, während der Rest von 18 Millionen Pfund Sterling unter die übrigen Mitglieder des Konjunktions verteilt worden ist, und zwar derartig, daß 6 1/2 Millionen Pfund Sterling für England reserviert bleiben, woraus zugleich Oesterreich, Belgien, Holland und die Schweiz zu befriedigen sind. Für Amerika und Deutschland sind je 3 1/4 Millionen Pfund Sterling bestimmt. Der für Deutschland reservierte Teil von 3 1/4 Millionen Pfund Sterling wird gleichzeitig mit der Emission an den übrigen Plätzen Ende dieses Monats aufgelegt werden.

Österreichischer Bergwerks-Aktiengesellschaft. In der am 23. d. M. stattgefundenen Generalversammlung wurden die Anträge der Verwaltung, welche die Erhöhung des Grundkapitals um 11 000 000 M., auf 130 000 000 M., und Ausgabe einer vierprozentigen Anleihe von 30 000 000 M. fordern, akzeptiert. Die neuen Geldmittel sollen dem Erwerb des Neudorf-Unternehmens der Firma Rado, Krach u. Co., der Beteiligung an dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und der Erweiterung anderer Anlagen dienen.

Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft. Der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr stellt sich auf 200 202 M., woraus 10 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen.

Haus der Frauenbewegung.

Von der Agitation. Mehrere Versammlungen, die in letzter Zeit in Köln stattfanden, brachten der 'Gleichheit' viele neue Teilnehmerinnen und dem Frauenbildungsverein neue Mitglieder. In Köln-Exersfeld traten in einer Versammlung 11 Genossinnen dem Bildungsverein bei. Der Verein wurde erst im April d. J. gegründet und

Zählt bereits 90 Mitglieder. — In einer Versammlung in Straßburg wurden 90 Abonnentinnen für die „Gleichheit“ gewonnen. — In Erfurt referierte vor einigen Monaten Genosin Hies in zwei Versammlungen; die „Gleichheit“ gewann 97 neue Leserrinnen, auch konnten zwei Verrentenpersonen eingeführt werden. Bald stellte sich das Bedürfnis nach einem Frauenbildungsverein heraus. Bei der Gründung waren sofort 83 Mitglieder vorhanden und ist die Zahl der „Gleichheit“-Leserrinnen jetzt auf 120 gestiegen. — Erfreuliche Resultate zeigte die von den Genosinnen in Ludwigs-Elde entfachte Agitation; der dortige Bildungsverein zählt bereits 180 Mitglieder. — In Eisen, wo die Bewegung unter den Proletarierinnen noch jungen Datums ist, sind doch schon 600 Abonnentinnen auf die „Gleichheit“ vorhanden. Zur weiteren Förderung der Bewegung nahm der kürzlich stattgefundene niederrheinische Parteitag einen Antrag an, nach welchem in allen Orten mehrmals eine Gratisverteilung der „Gleichheit“ stattfinden soll. Solches Entgegenkommen seitens der Männer, das an manchen Orten leider noch vermisst wird, fördert natürlich die Arbeitsfreudigkeit und den Eifer der Genosinnen, wodurch die Gesamtbewegung fruchtbar beeinflusst wird. — Der Frauen-Bildungsverein in Magdeburg, der vor zwei Jahren mit 70 Mitgliedern begründet wurde, brachte es auf mehr als die fünf- fache Mitgliederzahl. Dem neu ins Leben gerufenen Bildungsverein in Graun-Preßler gehören bereits 76 Frauen und Mädchen an. In allen Vereinen und in öffentlichen Versammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten, die meist das Gebiet des näheren Wirkungskreises der Frau behandelten, von diesen ausgehend, in die großen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Fragen einführten, so das Verständnis der Frau für die Ideen und Bestrebungen des Sozialismus wackten und förderten.

Lichtenberg. In der Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen Lichtenbergs, welche am 20. November stattfand und erfreulicherweise gut besucht war, gab der Referent, Herr Emil Eichler, durch seinen Vortrag „Hausliche Erziehungsarbeit“ den Eltern bzw. den Müttern, welchen ja hauptsächlich die Erziehung der Kinder obliegt, Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob sie ihre Kinder in jeder Weise so erziehen und be- lehren, daß aus denselben tüchtige, charakterfeste, denkende Menschen, nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden. Die darauf folgende recht lebhaft diskutierte Frage zeigte, wie groß das Interesse für dieses Thema ist. Ein- klang wurde der Wunsch laut, baldigst einen Vortrag über „Erziehung in der Schule“ zu hören. — Bei Punkt 3. Vereinsangelegenheit, einigten sich die Mitglieder dahin, das erste Stiftungsfest des Vereins im Januar im würdigen, zweckentsprechender Weise zu begehen, kein großes, lautes Vergnügen zu veranstalten. — Abends wurde beschlossen, in Anbetracht auf das Weihnachtsfest die nächste Versammlung am Montag, den 11. Dezember stattfinden zu lassen, da am letzten Montag vor dem Weihnachtsfest die Frauen wohl schwerlich Zeit haben würden, zu einem Vortrage zu kommen.

Spanau. Der hiesige Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feierte am Sonntag, den 18. November im Restau- rant „Vorwärts“ sein erstes Stiftungsfest. 450—500 Festteilnehmer hatten sich eingefunden. Die 60 Mitglieder des Vereins hatten sich um das Gelingen des Festes die größte Mühe gegeben. Das reich- haltige Programm fand allseitigen Beifall. Hervorzuheben ist be- sonders der von der Vorsitzenden gesprochenen Prolog, sowie die schwingvolle Festrede der Genosin Vander-Berlin. Mehrere neue Mit- glieder traten am Festabend dem Verein bei, mehrere andere Frauen und Mädchen versprochen baldigen Beitritt. Die Anwesenden blieben in schönster Harmonie bis in die frühe Morgenstunde zu- sammen.

Zur Frage des Frauenstimmrechts. Wegen des Widerstandes, den die Forderung des Stimmrechts für die Frauen noch bei vielen Zentrumsleuten findet, macht Dr. Heim in einem Artikel, den die Zentrumszeitung veröffentlicht, einige Andeutungen darüber, welche Bedeutung man in naheliegender ultramontanen Kreisen dieser Sache beimißt. Dr. Heim verweist auf Tirol, wo katholisch-konervative Politiker für die Verleihung des Stimm- rechts an die Frauen eingetreten seien. Diese Tatsache ent- schädige für manche übel angebrachte Bemerkung, die bei dieser Gelegenheit auch von sogenannten Politikern ge- fallen“ sei. Heim schreibt weiter wörtlich:

„Hat doch irgend jemand von einer *Farce* gesprochen! Das Frauenstimmrecht wird kommen. Die Frau rückt immer mehr in das Erwerbsleben ein. Ob das vom Standpunkte der Familie aus wünschenswert ist, das ist die zweite Frage, aber die Tatsache besteht und die Tatsache wird nicht aufgehoben. Es ist gar nicht einzusehen, warum eine Frau, die gesetzliche Bedingungen erfüllt, die ihre Steuern zahlt, warum diese Frau nicht das aktive Wahlrecht ausüben soll. Speziell bei einem Wahlrecht, wie das zum bayerischen Landtage, welches das Stimmrecht vom Zahlen einer direkten Steuer abhängig macht, ist gar nicht einzusehen, warum die steuer- zahlende Frau ausgeschlossen sein soll! . . . Es wird die Stunde kommen, wo vielleicht manche von denen, die heute für eine solche Forderung dumme *Witze* machen, merken, daß sie wohl die breite Gasse der Gewohnheit wader getreten haben, daß es ihnen aber an jedem Fernbild gefehlt hat. Kann man vielleicht wohl Gegner dieser Forderung sein! Wer aber eine solche Forderung einfach mit einer schabdringenden Redensart abtut, der beweist höchstens, daß er über etwas urteilt, was er sich noch gar nicht recht überlegt hat.“

Wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, der merkt ganz gut, daß Dr. Heim sagen will: Die Forderung des Frauenstimmrechts ist für und keine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine solche der Klugheit. Das Frauenstimmrecht soll nicht freibeitliche Ver- strebungen stützen, wir sind für das Frauenstimmrecht vielmehr aus reaktionären Erwägungen, wir wollen mit den Stimmen der Frauen den Ansturm der gegen uns stimmenden Männer abwehren. — Aufgabe unserer Genosinnen ist es, durch intensive Aufklärungs- arbeit und energische Agitation für die Sozialdemokratie der jesuitischen Zentrumsdemagogie das Wasser abzugraben.

Gerichts-Zeitung.

Ungültige Bestimmung der Berliner Sankt-Polizeiverordnung. Die Berliner Polizeiverordnung vom 10. Juli 1851, welche unter anderem die Veranstaltung öffentlicher Theateraufführungen von einer Erlaubnis des Polizeipräsidenten abhängig macht, bestimmt in ihrem § 3, daß jede von Vereinen für ihre Mitglieder veranstaltete Theateraufführung dann eine öffentliche sei (also der Genehmigung bedürftig), wenn die Teilnahme auch noch anderen Personen als nur den Mitgliedern gestattet werde. Wegen Uebertretung der §§ 1, 3, 5 und 15 dieser Verordnung wurde der Vorsitzende Guttsch vom Verein „Freie Harmonie“ zu Berlin in zweiter Instanz verurteilt, weil er als Vor- sitzender des Vereins am 9. April in Willes Festhallen ohne polizeiliche Genehmigung eine Theateraufführung nebst Konz- ertveranstaltet habe, zu der auch Gäste des Vereins sowie vorübergehend ein Artinvolontarium Zutritt erhielten, und weil ferner ein polizeilich nicht genehmigtes Stück aufgeführt worden sei. Das Landgericht ging in seinen Urteilsgründen nicht darauf ein, ob es sich etwa hier um eine „geschlossene Gesellschaft“ im Sinne der Jubilatur von Kammergericht und Oberverwaltungsgericht handele oder nicht, sondern hielt schon die oben erwähnte Bestimmung des § 3 der Verordnung für die „Feststellung“ für aus- reichend, daß die Veranstaltung eine öffentliche gemäß der Verordnung vom 10. Juli 1851 gewesen sei. — Angellagter legte Revision ein, die Rechtsanwält Dr. Karl Liebschnecht vor dem Kammergericht verttrat. Zur Begründung der Revision wurde geltend gemacht: Als rechtliche Stütze der Polizeiverordnung vom 10. Juli 1851 konnte nur in Frage § 84 des Polizeiverwaltungsge- setzes, wonach zu den Gegenständen der polizeilichen Ordnung und Befugnisse bei dem öffentlichen Zusammensein einer

größeren Zahl von Personen gehöre. Die angezogene Bestimmung des § 3 der Verordnung stelle nun nichts weiter dar als einen Versuch, den Begriff der öffentlichen Theateraufführungen zu bestimmen. Diese Begriffsbestimmung sei nicht von gesetz- licher Kraft. Sie werde nur soweit anerkannt werden können, als sie entsprechend allgemeinen Grundsätzen nach richter- licher Überzeugung für richtig befunden werde. Die letzten beiden Sätze des § 3 widersprächen nun aber dem Begriff der Öffentlich- keit, wie er in der Rechtsprechung allgemein festgehalten werde. Eine Theateraufführung, an der außer den Mitgliedern eines Vereins auch geladene beziehungsweise eingeführte Gäste teilnahmen, sei danach als Theateraufführung in geschlossener Gesell- schaft anzusehen. Die Teilnahme von Gästen sei nicht geeignet, die Veranstaltung einer geschlossenen Gesellschaft zu einer öffentlichen zu machen. Vorliegend handele es sich zweifellos um eine ge- schlossene Gesellschaft, so daß es einer Genehmigung des Polizeipräsidenten nicht bedürfte trotz der letzten Sätze des § 3 der Verordnung, die eben nicht beachtlich seien.

Der Strafsenat des Kammergerichts hob das Land- gerichtsurteil am 20. November auf und verwies die Sache zu noch- maliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht. Aus- geführt wurde: Eine Polizeiverordnung sei nicht berechtigt zu- legen, wenn eine Veranstaltung eine öffentliche sei und wann nicht. Der Begriff der Öffentlichkeit dürfe nicht willkürlich ausgedehnt werden, wie es im § 3 der Polizeiverordnung von 1851 geschehe. Die fragliche Bestimmung, wonach jede Theateraufführung eines Vereins, zu der auch Gäste Zutritt haben, eine öffentliche wäre, sei unstatthaft. Ein Richter, der den Begriff der Öffentlichkeit so an- wende, wie ihn § 3 in seinen Sätzen jagen auslege, verlege das Gesetz. Es könne hier aber nicht gleich auf Freisprechung erkannt werden. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob es sich nicht um einen der sogenannten „Lösen Vereine“ hier handele, die nach der Praxis des Oberverwaltungsgerichts und Kammergerichts schon an sich keine geschlossene Gesellschaft darstellen.

Unterbringung von Streifgebern. Die Weimarer Straf- kammer verurteilte am letzten Sonnabend den Malergehulfs Hans Hermann Storzjohann zu 3 Monaten Gefängnis wegen Unter- schlagung von 433 M. Streifgebern, die der Angeklagte als Kassierer der Jenaer Filiale des Malerverbandes ausbezahlt hatte, aber zu seinem Nutzen verwendete. Der bisher unbescholtene Angeklagte stand vor Gericht in reumütiger Weise, durch den Befehl des vielen Geldes leichtsinnig geworden zu sein.

Verkauf eines Konversationslexikons auf Abzahlung kann Wucher sein. Dem Landgericht Hamburg ist am 24. März der Reisende und Agent Reimers wegen Wucher zu 3 Monaten Gefängnis und 800 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Polizei- schreiber M., der sich in pekuniärer Bedrängnis befand, hatte ihm um ein Darlehen erucht, war aber mehrmals abgewiesen worden. Nachdem er eine mittellose Frau geheiratet hatte und er Gefahr lief, aus seiner Wohnung gefegt zu werden, kam er abermals zum Angeklagten. Dieser ließ ihm 100 M., zog die Zinsen in Höhe von 650 M. vorher ab und verpflichtete ihn, ein Konver- sationslexikon (vorletzte Auflage) für 170 M. auf Abzahlung zu erwerben. M. tat dies, weil es kein Verfall ist, Konversationslexika gegen Provision zu vertreiben. Das fragliche Exemplar hatte er von der Firma, für die er arbeitet, gestohlen erhalten. Das Gericht war der Ansicht, daß man ein solches Werk überall für die Hälfte des vom Angeklagten geforderten Kaufpreises bekommen könne, daß also der Angeklagte sich, die Forderung M.s ausnützend, einen ungewöhnlich hohen Vorteil verschleiert habe. Vorkommen hat er allerdings nichts für sein Vergehen. Er behauptete auch, die Forderung M.s nicht gekannt zu haben, da er sonst, wenn er gewußt hätte, daß M. vollständig mittellos und überschuldet war, ihm nicht das wertvolle Werk auf Kredit über- lassen haben würde. Das Gericht hat ihm dies aber nicht geglaubt. — Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Dies Urteil wird sicherlich die Billigung seitens aller derer finden, die wissen, welch ungeheure Summen von der erwerbs- tätigen Bevölkerung auf dem Wege der Ratenzahlungen oft für Dinge gezahlt werden, die für den Käufer völlig oder nahezu nutzlos sind. Das Urteil steht in erfreulichem Gegensatz zu der leider fast ausnahmslosen Praxis der hiesigen Amts- und Land- gerichte, diese lassen häufig dem Abzahlungsgelehr eine Auslegung zuteil werden, die den Zweck des Abzahlungsgelehrs fast illusorisch macht. Man verlasse sich nicht auf eine baldige Aenderung dieser Praxis, sondern besorge den oft erteilten Rat: vor der Unterschrift eines Vertrages oder einer Bestellung sich über die Tragweite des unterschriebenen genau zu informieren und niemals derartige Schriftstücke zu unterschreiben, bevor wörtliche Abschriften derselben erstellt sind.

Verfammlungen.

Für den 30. Kommunal-Wahlbezirk

fand am Dienstag eine gutbesuchte Wählerversammlung in Ledders Soal statt. Genosse Stadthagen hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Er zeigte an der Hand zahlreicher Tatsachen, daß es auch in der Stadtverordnetenversammlung darauf ankomme, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Diese Aufgabe haben die Freisinnigen nicht gelöst, sie können sie auch, da sie die Vertreter der Bestehenden sind, nicht lösen. Die Interessen der Arbeiterklasse nimmt allein die Sozialdemokratie wahr. Deshalb muß auch dieser Bezirk in der bevorstehenden Stich- wahl für den Kandidaten der Sozialdemokratie erobert werden. — Vergeltend forderte der Vorsitzende Liepmann die Gegner in erster Linie zur Teilnahme an der Diskussion auf. Es waren wohl einige freisinnige Herren antworfend, aber niemand meldete sich zum Wort. Hieran anknüpfend bemerkte unser Kandidat Sassen- bach: Die Freisinnigen reden nicht in unseren Versammlungen und wir können nicht in ihren Versammlungen reden, weil wir dort von vornherein ausgeschlossen sind. So ist also jede Diskussion mit den Gegnern verweigert. Warum befolgen die Freisinnigen diese Taktik? Es kann nur aus dem Grunde geschehen, daß sie nicht im- stande sind, und öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Desto mehr agitieren sie unter Vermeidung der Öffentlichkeit, denn sie fürchten nicht ohne Grund, daß ihnen dieser Bezirk auch noch verloren gehen könnte. Der Redner kritisierte den Inhalt eines von den Frei- sinnigen dreierlei Flugblattes. Das erste rühmt den freisinnigen Kandidaten Malermeister Rettig als einen Mann, der alle Religionen achtet (um antisemitische Stimmen zu erhalten) und der für alle Mischeligen und Beladenen eintritt. — Mit dieser letzten Bemerkung sollen jedenfalls Arbeiterstimmen eingefangen werden. Wir wissen jedoch, daß ein Freisinniger, ein Vertreter des Bürgertums keine Politik im Interesse der Arbeiter treiben kann. Den Freisinnigen muß gezeigt werden, daß sie bei den Wählern der dritten Klasse keinen Anhang mehr haben, daß hier ihre Rolle ausgespielt ist. — Es traten noch mehrere Redner für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten ein. Einer derselben, ein Maler, bemerkte: Herr Rettig, der von seinen Freunden als Anwalt der Mischeligen und Beladenen gepriesen wird, ist bei den Arbeitnehmern seines Gewerbes so „be- liebt“, daß, als er auf dem Arbeitsnachweis Gehäusen suchte, niemand bei ihm in Arbeit treten wollte. Dieraus könne man erkennen, wie wenig der freisinnige Kandidat geeignet ist, Arbeiterinteressen zu vertreten. — Zum Schluß verwies Genosse Liepmann darauf, daß die Freisinnigen große Anstrengungen machen, um den 30. Bezirk zu behaupten. Aber sie haben keinen Anhang im Volke. Nicht ein einziges Mal hat Herr Rettig als bisheriger Stadtverordneter dieses Bezirks seinen Wählern öffentlich Bericht erstattet. Das ist kein Mann des Volkes, der dem Volke nicht Redenshaft über die Ausübung seines Amtes gibt. Solche Leute, welche die öffentliche Kritik scheuen, müssen mit Schimpf und Schande hinausgewiesen werden aus der Verwaltung eines Chancemannes. Wenn unsere Parteigenossen bis zum Wahltage sich rege an der Agitationsarbeit beteiligen, dann werden wir auch den 30. Bezirk für die Sozial- demokratie erobern.

Die Vereinigung der Fliesenleger hielt am 17. November in der Kommandantenstraße 72 eine Versammlung ab, um die Frage der Innehaltung des Tarifs zu diskutieren. Rech warf einen Rück- blick auf das Zustandekommen des neuen Tarifs, gab einige Er- läuterungen zu diesem und meinte zum Schluß, daß die Kollegen nun auch alles tun müßten, um Durchbrüche des Tarifs seitens der Ar- beitgeber zu verhindern. Bisher hätten Verträge sich nicht schließen lassen. Es entspann sich eine lebhaft Debatt, aus der als wichtigstes zwei Auslegungsfragen hervorzuhoben sind. Im Tarif heißt es, daß für Berlin und Umgegend die Affordarbeit abgeschafft sei. Knöpfchen sieht es als einen Verstoß hiergegen an, daß Ver- tragsunternehmer neben ihren direkten Lohnarbeitern noch Zwischen- meister gegen Affordvereinbarungen (pro Quadratmeter usw.) be- schäftigen, wenn auch diese Zwischenmeister den von ihnen an- genommenen Kräften den tarifmäßigen Lohn oder mehr zahlen. Ohne sich für die Rechtsauslegung Knöpfchens auszusprechen, waren fast alle anderen Redner, die zur Zwischenmeisterfrage das Wort nahmen, u. a. Rech, Schacht, Buttlich, mit dem Vorredner der Meinung, daß dies Zwischenmeisterhelfen ein Krebsgeschwür sei, der entschieden bekämpft werden müßte. Es wurde aber auch ver- schiedenlich betont, daß dessen Beseitigung nicht so leicht wäre. Am besten würde man dagegen antworten, wenn alle Kollegen einig wären, bei seinem Zwischenmeister mehr Arbeit zu nehmen. Am wenigsten einen Versuch zur Abschaffung des Afford- Zwischenmeisterhelfens zu machen, stimmte die Mehrheit der Versammlung einem von Holzgart bekämpften Antrag Knöpfchens zu, wonach die Mitglieder der Schlichtungs- kommission entsprechende Rücksprache mit den Arbeitgebern nehmen soll, besonders mit Wüderoy u. Koch und mit Rosenfeld. — Die zweite zur Erörterung gelangende Auslegung des Tarifs, auch von Knöpfchen ausgehend, zielte dahin, daß die tarifmäßige bestimmte Vartezeit, betreffend Erlangung des Höchsthohes durch diejenigen, welche aus dem Rutterberuf zur Fliesenlegerei übergehen, erst vom 1. September, d. h. vom Inkrafttreten des neuen Tarifs ab gelten könne. Mit anderen Worten: Nur alle erst nach dem 1. September neu zur Fliesenlegerei kommenden Maurer usw. hätten die Vartezeit von zwei Jahren bis zur Erlangung des Höchsthohes durchzumachen, jeder andere habe gleich Anspruch darauf. Diese Auslegung fand keine Zustimmung. Schacht trat ihr direkt entgegen. Er meinte, es sei hier wohl die Auffassung der Arbeitgeber richtig, daß es sich bei der Vartezeit von zwei Jahren ja nicht um etwas ganz neues, sondern nur um eine Ver- besserung des früheren Tarifs handele, der ja auch eine Vartezeit, und zwar eine längere, vorgegeben habe. Die Konsequenz wäre, daß die zweijährige Vartezeit auch in die Zeit vor dem 1. Sep- tember zurücksprünge. Sie gelte auch für die, welche vorher zur Fliesenlegerei neu übergingen und am 1. September noch keine zwei Jahre in der Fliesenlegerei tätig gewesen seien, und beginne mit ihrem Eintritt in den Beruf. — Widerspruch hiergegen erfolgte nicht. — Im „Gewerkschaftlichen“ wurden dann noch verschiedene Angelegenheiten erörtert. Vor allem sprach man über den Aus- bau des Arbeitsnachweises. Es wurde gerügt, daß manche Kollegen den Arbeitsnachweis nicht benutzen, wenn sie arbeitslos seien, so daß es vorkomme, daß der Vermittler den Unternehmern ge- wöhnliche Kräfte nicht stellen könne, ja, schließlich noch gezwungen sei, der Vereinigung durch Inserate Kosten zu machen. Es wurde in Aussicht gestellt, daß man zukünftig den Mitgliedern die Arbeits- losigkeit dann nicht mehr bekümmern, wenn sie sich nicht beim Arbeitsnachweis als arbeitslos meldeten. Etwas anderes werde nicht übrig bleiben.

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands (Filiale Berlin) hielt Sonntag bei Suggenbagen eine Mitglieder- versammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal gegeben wurde. Für die Zentralstelle wurden einschließlich des vorigen Bestandes von 200 M. insgesamt 4255,20 M. ein- genommen, während die Gesamtausgabe 1639,74 M. betrug. Von den 2015,46 M. Mehreinnahme wurden 1060 M. an die Hauptstelle des Verbandes gefandt, so daß ein Bestand von 1555,46 M. verblieb. — Beim Beginn des dritten Quartals hatte die Zahlstelle 510 Mit- glieder, am Schluß 556 Mitglieder. — Der Filialkassier verließ am Schluß des Quartals ein Bestand von 161,74 M. — Der Dis- positionsfonds stieg von circa 4447,36 M. auf 4908,23 M., wobei im Laufe des Quartals 379,04 M. ausgegeben wurden. Demnach betrug der Bestand nach der Verrechnung 4617,19 M. — Den Streit betrafen die weiteren Verhandlungen. Der Antrag Greth auf Abbruch des Streiks ist zurückgezogen worden. In- Situation selbst teilte der Vorsitzende mit, daß Neubewilligungen seit der letzten Versammlung nicht erfolgt sind. — Im Streit sind noch 40 verheiratete Kollegen mit 48 Kindern und 56 un- verheiratete Kollegen. Man ist dahinter gekommen, daß einige Arbeitgeber, deren Kupferschmiede streikten, Holzleger und Holzlegerhelfer be- schäftigten. Bei Grabert hat man sie von den Bauten herunter- gezogen. Vertreter des Verbandes der Kupferschmiede und des Metallarbeiter-Verbandes haben entsprechend einem gemeinsam ge- faßten Beschluß mitgeteilt, daß er trotz Bewilligung des Holzleger- tarifes Holzleger und deren Helfer nur beschäftigen dürfe, wenn er auch die Forderungen der Kupferschmiede unterschriftlich bewilligt. Ein ähnliches solidarisches Vorgehen mit dem Metall- arbeiter-Verband hinsichtlich der Montage-Arbeiten steht auch für andere Fälle in Aussicht. — Auch bei Kraft ist die Beschäftigung von Holzlegern festgestellt. Es soll durch eine genaue Kontrolle ermittelt werden, auf welchen Bauten dies geschieht, um auch da die Holzleger und Helfer zur Aufgabe der Arbeit zu veranlassen. — Die lebhaft und ausgedehnte Debatte drehte sich um die Frage, wie der seit vier Wochen dauernde Streik am besten zu fördern sei. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß an die Innung zwecks Herbeiführung einer allgemeinen Innungs- versammlung, wo der Gesellenausschuss noch einmal die Forderungen begründen soll, heranzutreten sei, und zwar einer Ver- sammlung, an der auch die Innungsmittelglieder teilnehmen, welche bewilligt haben und wo des- halb gearbeitet wird. Auf die Teilnahme dieser Meister wird ausschlaggebendes Gewicht gelegt. Dazu wurde beschlossen, daß sämtliche 113 Kollegen, die bei Firmen, welche bewilligten, ar- beiten, die Arbeit niederzulegen haben, wenn jene allgemeine Innungsversammlung in der gedachten Art nicht zustande kommt. Ferner beschlossen die Streikenden selber, damit ein- verstanden zu sein, wenn von den Meistern eine allgemeine Lohn- erhöhung von 5 Pf. pro Stunde sofort bewilligt und zu- gleich zugestanden werden würde, daß am 1. Juni 1906 der strittige Tarif voll in Kraft trete. Dieser Vorschlag soll gleich- sam eine Basis für die neueren Verhandlungen bieten. Zur Unter- stützung wurde beschlossen, die Unterstützung für die Ver- heirateten pro Kind um 1 M. zu erhöhen und einen Reich- zuschuss von 15 M. den Verheirateten und von 7,50 M. den Un- verheirateten zu gewähren.

Verband der Oasenarbeiter. Die Mitgliederversammlung vom Sonntag, den 19. November, ehrte das Andenken der verstorbenen Kollegen Gutenschwäger und Marquadt. Dann wählte man als Delegierten zum Verbandstag mit großer Majorität Rrowka. Um endlich Ruhe wegen des Lebens der 50 Pf.-Marken zu erhalten, mußte der Schriftführer das Protokoll von der General- versammlung verlesen, in welcher beschlossen wurde, daß jeder Kollege bis zum Jahresschluß 10 Mark einschließlich der in Marken gezahlten 2 Mark in sein Verbandsbuch einzutragen haben muß.

Deutscher Buchbinderverband. Zu dem Bericht über die letzte Generalversammlung der Zahlstelle Berlin werden wir vom Vor- stand der Zahlstelle ersucht, ergänzend mitzuteilen, daß, bevor die Versammlung die Antwortschrift der drei Verbandsbüros beschloß, zwei der Briefe aufgefördert wurden, sich über die von ihnen ver- langte Antwidnerlegung zu äußern. Sie erwiderten dem Beauf- tragten der ersten Bevollmächtigten, daß sie dazu nichts zu erklären hätten. Der dritte Verbandsbüro war zurzeit nicht aufzufinden.

Die Vorstände der Agitationsvereine Straßburg, Hagen und Landberg-Zobin werden ersucht, zwecks gegenseitiger Auskunftsung der künftigen Agitation ihre Adresse bis Sonnabend, den 23. d. M., an Genossen Eilmer, Kommissarstr. 4, v. IV, einzuliefern.

Eingegangene Druckschriften.

Die Neue Gesellschaft, Heft 34. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Ely Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 M.

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 24. November. Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyranus. Der schmerzhafte Domino. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Romberg.

Neues. Ein Sommernachtstraum. Wehlen. Wiener Blut. Deutsch. Das Mädchen v. Heilbrunn.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Nora.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Traum ein Leben.

Romische Oper. Der Gaukler unserer lieben Frau. Central. Musette.

Kellens. Der Prinzgemahl. Kleines. Hidalla.

Trianon. Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Der Familienstag.

Urania. Landeskunde 48/49. Abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Stierwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater. Hamlet.

Neues Theater. Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Hidalla.

Luisen-Theater. Ein Bligmadel.

Trianon-Theater. Der letzte Troubadour.

Apollo-Theater. Prinzess Rosine.

Fröbels Allerlei-Theater. Schandhauser Allee Nr. 148.

Reichshallen. Stettiner Säger.

W. Noacks Theater. Der Mann im Monde.

Passage-Theater. Bozena Bradsky.

Bozena Bradsky. Paul Jülich.

Reichshallen. Stettiner Säger.

W. Noacks Theater. Der Mann im Monde.

Passage-Theater. Bozena Bradsky.

Bozena Bradsky. Paul Jülich.

Reichshallen. Stettiner Säger.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM Friedrichstr. 105.

„Ernte“ Schattenspiel in 9 Bildern.

Wanderung durch das Niltal. Restaurant: Original Nürnberger Säger.

Zentral-Theater Abends 8 Uhr: Musette.

Kasino-Theater Polbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander.

Der Prinzgemahl. Satirischer Schwank in 3 Akten.

Metropol-Theater Anfang 8 Uhr.

!Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz.

Der Totschläger. Pariser Volksstück in 5 Akten.

Komische Oper. Friedrichstr. 104-104a.

Der Gaukler unserer lieben Frau. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Carl Weiß-Theater. Dr. Franzfurterstr. 132.

In Berlin ist was los. Sonntag: Hansel.

W. Noacks Theater. Diction: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.

Der Mann im Monde. Hoffe mit Gefang in 3 Akten.

Passage-Theater. Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.

Bozena Bradsky. Paul Jülich.

Reichshallen. Stettiner Säger.

W. Noacks Theater. Der Mann im Monde.

Passage-Theater. Bozena Bradsky.

Bozena Bradsky. Paul Jülich.

Reichshallen. Stettiner Säger.

W. Noacks Theater. Der Mann im Monde.

Passage-Theater. Bozena Bradsky.

Briefkasten der Redaktion.

G. P. Sie haben richtig geraten.

Juristischer Teil.

Die juristische Sachkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

N. 6. 128. 1. Geburtsurkunde und Militärpapiere sind erforderlich. 2. Arrest ist möglich. - Humboldt. 1. Rein. 2. Der Wirt, falls nicht (das ist in Berlin die Regel) der Wirtvertrag das Gegenteil besagt. - S. P. 19. Rein. - Müller L. Die Eltern sind nachzuweisen, nur ist Lohnbeschlagnahme nicht mehr möglich. Weiteres ist auch in dem von Ihnen erwähnten Buche nicht besprochen. - S. P. 33. 1. Verjährung findet nicht statt. Über nach zurückgelegtem 21. Jahre ist die Ausführung der Beschlüsse unmöglich. 2. Politische Recherchen können stattfinden, ein Steckbrief ist in diesem Falle nicht üblich. - S. P. 90. Ja, wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt direkt oder an das hiesige Bureau, Neue Friedrichstr. 9/10. - Pech 5. 05. 1. In der Regel. 2. Ja, man spart die Schadenersatzfrage. 3. Sobald als möglich. Statt allgemeiner Fragen empfiehlt es sich

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Nora.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.). Freitag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Zirkus Albert Schumann Zum drittenmal: Die Sensation des Tages. Eine absolute Novität!

Autobolide La belle Mlle. de Thiers.

Los Queirolos. Original spanische Truppe. 6 Personen.

4 indische Zauberer in ihren ungläublichen Leistungen.

Miß Texas Hattie. Außerdem: Das anerkannt vorzüglichste Programm und Direktor Albert Schumanns neue und moderne Dressuren. Zum Schluss: Die reizende Sportantimime: Der Tag Englischen Derby.

Folies Caprice. Budapest Possen-Theater 132 Linienstr. 132.

Nach dem Zapfenstreich. Familie Knopfloch u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenteil.

Herrnfeld-Theater. Heute präzise 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Heute präzise 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein.

Wintergarten. Man lebt ja nur einmal.

Unser Doktor. Totensamstag, den 26. November.

Bernhard Rose-Theater Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58.

Steffen Langer aus Glogau oder: Bar und Selter.

Wintergarten. Man lebt ja nur einmal.

Unser Doktor. Totensamstag, den 26. November.

Bernhard Rose-Theater Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58.

Steffen Langer aus Glogau oder: Bar und Selter.

Wintergarten. Man lebt ja nur einmal.

Unser Doktor. Totensamstag, den 26. November.

Bernhard Rose-Theater Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58.

Steffen Langer aus Glogau oder: Bar und Selter.

Wintergarten. Man lebt ja nur einmal.

Unser Doktor. Totensamstag, den 26. November.

Bernhard Rose-Theater Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58.

Steffen Langer aus Glogau oder: Bar und Selter.

Wintergarten. Man lebt ja nur einmal.

im Interesse des Fragestellers, den ihn betreffenden Fall zu schildern. - Wille. Bis zum 1. Januar 1907. - S. P. 36. 1. Wenn das Eigentumsrecht vorbehalten war, so kann in dem Verkauf strafbare Unterschlagung erblickt werden. 2. Ja. - S. P. 27. 1. und 2. Rein. 3. 250 M. für jeden Tag. - S. P. 2. Wiederholen Sie Ihre Anfragen unter Ergänzung nach folgender Richtung: Wie lautet Ihr Vertrag? Als was sind Sie beschäftigt? (Handlungsgehilfe, Gewerbegehilfe, Buchhalter, Gehilfe, Privatsekretär oder was sonst?) - S. P. 103. Leider steht Ihrem Schwager keinerlei Anspruch gegen eine Kasse oder seinen Arbeitgeber wegen der Krankheit zu. Wenn Invalidität vor und sind mindestens 200 Markten gefehlt, so steht ihm ein Anspruch auf Invalidenrente gegen die Versicherungsanstalt zu. - S. 85. 1. und 2. Rein. - S. 90. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Gradowsee etc. Diejenigen unserer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Zeitstätte bleiben, mössen uns wegen der Lieberverehrung von drei Exemplaren sofort Ihre Adresse einleiden.

Käuferverein „Selbsthilfe“

Montag, den 27. November, abends 8 Uhr, im Lokale „Reichenbergerhof“, Reichenbergerstr. 147!

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Ermählung des Verwaltungsrates. 4. Statuten-Änderung. 5. Vereinsangelegenheiten.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 25. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: Versammlung

Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion, Ausgabe der Urania-Billets zum 3. Dezember. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206 Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.

Glaschriftbannschmuck.

Sortimente modernster Schmucke in bester solider Ausführung, daher viele Jahre vermerkt, verdient aus erster Hand stannend billig franko inkl. sorgfält. Verpack. Hermann Böhm I. Glasbläser u. Bannschmuck-Fabrik, Grunthal-Lauscha Nr. 6, Thüringen. Sort. 1, 325 St. echt verfilb. vielfarb. gemalte Eier u. Kugeln, bis 80 mm Größe, Glas- u. Diamantglanz, Leuchtblitze, Glöden, Uhren, Schlangen, herrliche mit Silberdraht u. Schmelze umfloss. Neuheiten, Ballon, Kugel, Engel, Kette, Guirlandglanz, groß. Silbermisse, Körbchen, Eisgäpf., Lichthalter, Engelnmedaillon, Preis Mk. 5. (Nachnahme Mk. 5.20) Sort. 2, 180 Stk., groß. Saug-, zu Mk. 5. (Nachn. Mk. 5.30) Sort. 3, 75 Stk., große, ausgeleucht seine Gegenstände, zu Mk. 5. (Nachn. Mk. 5.30) Den Sortimenten 1, 2 und 3 lege als Belohnung zu eine prächtige, reizend sinnige Baumspitze mit darauf schwebendem, sich bewegendem Engel, ein ff. ausgestatt. prächtiges Schiff mit Engel u. eine Paradiesklänge. Sort. 4, 180 Stk., zu Mk. 3. (Nachn. Mk. 3.30) Belohnung Baumspitze, Nachsengel u. Engelshaar. Für Vereine u. Händler reich sort. Sortimente zu Mk. 10

Spezialhaus

für Gelegenheitskäufe. Billigste Preise. Gardinen - Stores Tüllbettedecken - Teppiche Steppdecken - Portieren. Rosenthalerstr. 57, I. (Kein Laden)

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Wintergarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt: 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für torquente Herren passend. Dieselben sind von feineren Materialien und Klebenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 38662* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Belle-Alliance

Theater-Variété. Anfang 8 Uhr. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. Georg Kaiser La Laure Etoile Excentrique. 16 sensationelle Debüts. Rauchen im Wintergarten gestattet.

Colosseum

Tredenerstr. 97. Anfang 8 Uhr - Sonntag 7 Uhr. grandiose Spezialitäten die best. Komiker u. Soubrette. Benitz, Witte Gassen, Oskar Hart, Hochgenuss, von Rob. Fanny Schrens. Die Direktion.

Artus-Hof

Parlbergerstr. 26. Stendalerstr. 18. 511e von 105-1200 Berl. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater-Vorstellung. Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Troupe. Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1905.

Nr. 275. Freitag, den 24. November 1905.

Inferate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Ausgabe der Bücher der Vereinsbibliothek vom Sonntag ab wieder erfolgt.

Stanken. Der Gastwirt August Gnädig, Berlinerstraße, hat seine Lokalitäten der Partei zur Verfügung gestellt. Am Sonntag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, findet dort eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl zur Gemeindevertretung. Referent M. Hille, Weiten. 2. Freie Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen auch von Frauen ersucht. Der Einberufer.

Spanbau. Am Totensonntag, nachmittags 5 Uhr, bei Kumpke, Schönwalderstr. 80, öffentlicher Vortrag für Männer und Frauen von Fräulein Ida Altmann über: „Tod und Auferstehung“.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Sonnabend, den 25. November, abends 8 Uhr, im Restaurant Reisen, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und zur Generalversammlung für Groß-Berlin. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Düweil einen instruktiven Vortrag über die Entwicklung der Grobindustrie in Deutschland. In eingehender Weise wies er nach, daß sich die industrielle Entwicklung in Deutschland vollziehe im Einklang mit den von Marx aufgestellten Theesen von der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und daß das Proletariat nur frei werden könne, wenn es die Beseitigung des Kapitalismus auf seine Fahne schreibe. Das Mittel dazu sei die Erringung der politischen Macht. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung debattierte die Versammlung den Statutenentwurf für die zu schaffende Kreisorganisation. Dem Entwurf wurde nach eingehender Debatte einstimmig zugestimmt und beschlossen, daß die Delegierten auf der Kreisversammlung für folgende Anträge eintreten sollen:

- I. Die Parteigenossen haben sich an Wohnort zu organisieren.
- II. Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Verbandsstatut „Groß-Berlin“ einverstanden.
- III. Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Genossen, welche in dem Ortsteil wohnen, der zum Reichstags-Wahlkreis Nieder-Garnim gehört (sogenanntes Viehhofsviertel), aber in Berlin eingemeindet ist, im Reichstags-Wahlkreis Berlin IV organisiert bleiben.

Als Delegierte entsendet zu der demnächst stattfindenden ersten Kreis-Generalversammlung der Ort Lichtenberg nach dem bisherigen Wahlmodus 10 Delegierte. Die Versammlung wählte folgende Genossen: Duse, Enders, Krumm, Kretschmer, Lange, Lenz, Kopenhagen, Köhler, Berner und A. Schulz, als Ersatzmann Junker.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde zunächst durch die Genossen Kiebus und Linke der ungleiche Inhalt in den Lokalnachrichten der Vorortbeilage und der Berliner Lokalbeilage bemängelt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Preßkommission hier Abhilfe schaffe. Auch wurde um Auskunft ersucht, wie es mit dem obigen Wochenabonnement beim „Vorwärts“ stehe.

Die Berichterstattung aus dem Drie wurde als eine zu seltene und zu kurze bemängelt und gewünscht, daß mehr über das politische und gewerkschaftliche Leben, der Bedeutung des Ortes entsprechend, im „Vorwärts“ zu finden sein möge. Der Wahlvereinsvorstand möge sich der Sache annehmen. Die Genossen ersuchten dann die anwesenden Gemeindevertreter, sich des Armenwesens der Gemeinde mehr anzunehmen. Es wurde auch auf die außerordentlich mangelhafte Beleuchtung der Nebenstraßen der Frankfurter-Chaussee und Allee hingewiesen und das Fehlen der Beleuchtung am Bauplatz des Erweiterungsbau der Gasanstalt lebhaft getadelt. Zur Aufnahme in den Wahlverein gelangten durch Verlesung 53 neue Mitglieder.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Wahlwahlen. Unser Parteigenosse D b st, der bekanntlich bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in zwei Bezirken gewählt worden ist, hat das Mandat des siebenten Bezirks angenommen. Das vom Genossen Obst bisher ausgeübte Mandat des achten Bezirks legt derselbe zum 1. Januar ebenfalls nieder. Somit hätten in sechsten und achten Bezirk der dritten Abteilung Wahlwahlen stattzufinden.

Auch der bürgerliche Stadtverordnete Schneider legt mit dem 1. Januar sein bisheriges Mandat in der dritten Abteilung nieder, er hat das ihm vom Wahlvorstand des dritten Bezirks zugewiesene Mandat angenommen. Der Stadtverordnete Schneider will also wirklich den Bezirk in der Stadtverordnetenversammlung vertreten, in dem die übergroße Mehrzahl der Wähler durch ihre Abstammung zu erkennen gegeben hat, daß sie nur einem Sozialdemokraten ihr Vertrauen schenken und von dem Herrn Schneider absolut nichts wissen wollen. — In dem zweiten Bezirk hat demnach gleichfalls eine Wahl stattgefunden, das Mandat läuft noch bis Ende des Jahres 1907.

Wahlprotest. Gegen das vom Magistrat publizierte Wahlergebnis des dritten Bezirks der dritten Abteilung, nach welchem der Stadtverordnete Schneider, der nur 126 von 494 abgegebenen Stimmen erhalten hatte, als gewählt erklärt wurde und die auf unseren Genossen Gabriel entfallenen Stimmen für ungültig erklärt sind, ist von sozialdemokratischer Seite Einspruch erhoben. Der Protest stützt sich darauf, daß der Magistrat nicht berechtigt war, zu verlangen, daß in dem Bezirk ein Hausbesitzer gewählt werden müsse. Nach den Bestimmungen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bei der Bezirkseinteilung vor vier Jahren, soll in jedem Bezirk ein Hausbesitzer und ein Mieter gewählt werden. Nach Ansicht der Protestgeber lag also kein Grund vor, gerade in diesem Jahre von dieser Regel abzuweichen.

Charlottenburg.

Armenunterstützungen im Monat Oktober. Im Monat Oktober wurden in Charlottenburg 2490 Personen laufend unterstützt, sie erhielten zusammen 84 678,00 M. oder pro Person im Durchschnitt 33,98 M. Sonder-Unterstützungen aus Armenmitteln wurden an 617 Personen zusammen 2880,60 M. oder durchschnittlich 4,67 M. bezahlt; hierunter befanden sich 8 Personen, die zusammen 191 M. oder durchschnittlich 23,88 M. Mitsunterstützung erhielten. Für

Arzneien wurden außerdem 1047,23 M., für Milch 1126,95 M. und für Krankenloft 84 M. aus Armenmitteln verausgabt.

Der Totensonntag gibt der Volkskunstkommission der Stadt Charlottenburg Gelegenheit, einmal das eigenartige Thema „Der Tod in der Dichtung, in der bildenden Kunst und in der Musik“ anlässlich des nächsten Volkskunstabends am 26. November zu behandeln. In einem Vortrage, Rezitation und Gesängen soll gezeigt werden, wie dieses uralte Motiv die Dichter und Tonkünstler und die bildenden Künstler immer wieder in ihrem Schaffen angeregt hat. Das Programm bringt Lyrik von Lenau, Stern, Fontane, Keller, C. F. Meyer u. Tonsetzungen von Bach, Brahms, Schubert, Hugo Wolf u. Von klassischen und modernen Dramatikern kommen Goethe mit „Faust“, Shakespeare mit „Hamlet“, Hauptmann und Maeterlinck mit entsprechenden Szenen aus „Hamlet“ und „Der Eindringling“ zu Worte, sowie Schnitzler mit einer Prosa-Fassung „Sterben“. Auch Bildentwürfe „Gegenliebe“ mit der Musik von Schilling wird in dem Programm vertreten sein, an dessen Ausführung sich für die Rezitation Aenderly Lebins und Johanna Meyer, für den Gesang Sydney Widen, für den Vortrag Kurt Walter Goldschmidt, sich beteiligen. Karten a 0,50 M., einige nummerierte Reihen a 1 M., sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen, sowie im Verein zur Förderung der Kunst Genthinerstr. 17 und Dürerhaus, Kronenstr. 18 zu haben.

Eine Wählerversammlung, die zur Stadtverordneten-Stichwahl Stellung nahm, fand am 22. November im Volkshaus statt. Genosse Hagenstein sprach über die Aufgaben der Gemeinde unter besonderer Berücksichtigung der Wohnungsnot und der Arbeitslosenbeschäftigung. Genosse Baake besprach die niedrig-verlorenen Kampfesweise der vereinigten Gegner und widerlegte Punkt für Punkt die Verleumdungen ihres Organs, der „Neuen Zeit“. Da Gegner trotz Aufforderung sich nicht meldeten, wurde nach kurzer Diskussion und begeisterten aufgenommenen Schlussworten der Referenten, die zur eifrigen Wahlarbeit aufforderten, die Versammlung geschlossen. Einstimmige Annahme fand folgende Resolution: „Die am 22. November im Volkshaus tagende Wählerversammlung erhebt offenen Protest gegen die schmutzige Schreiberweise sowie die groben Verleumdungen und Lügen der Charlottenburger „Neuen Zeit“. Sie spricht den mit Schmutz beworfenen Genossen Baake, Dr. Vorchardt und Hirsch sowie den übrigen verleumdeten sozialdemokratischen Stadtverordneten ihr volles, aus vieljährigem Zusammenarbeiten und genauer persönlicher Kenntnis geschöpftes Vertrauen aus — tiefe Verachtung jedoch einer politischen Partei, die sich solch niedriger Kampfmittel bedient.“

Zu der am Sonntag, den 20. November, stattfindenden Arbeiterversammlung wurden hiermit die Parteigenossen sowie sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sich am genannten Tage, morgens 8 Uhr, in folgenden Bezirkslokale einzufinden: 1. Bezirk: Herdmanndorfsstraße, Potsdamerstraße 44; 2. Bezirk: a) Hermannstraße, Nehringstraße 25; b) Wilhelm Fuhrmann, Kaiser Friedrichstraße 45; 3. Bezirk: a) Emil Müller, Kottbusstraße 3 und Otto Fischer, Gutenbergstraße 3; b) Ernst Kai, Knabendruckstraße 4; c) Fritz Lindstedt, Erasmusstraße 5; 4. Bezirk: Eduard Dörre, Wallstraße 90; 5. Bezirk: Adolf Bartisch, Seifenmeisterstraße 11; 6. Bezirk: Alfred Mertens, Krummestraße 48; 7. Bezirk: Adolf Braffunder, Wielandstraße 4; 8. Bezirk: Wilhelm Campowski, Meißnerstraße 15.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Rummelsburg.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 40 Jahre alten Arbeiters Ernst Mieschen aus der Hauptstraße 85 zu Rummelsburg. Der Mann bekam am Dienstagmorgen auf dem Fabrikshof Köpenickerstraße 187/88 einen Krampfanfall und starb auf dem Wege von der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof nach der Charité im Krankenwagen.

Oris.

Der kupferne Fahrstuhl über dem Treidelgleise des Seilpades am Teltowkanal ist in der Nacht zum Dienstag auf der Gemarkung Oris in einer Länge von 120 Meter durchschnitten und gestohlen worden, ohne daß es bisher gelang, die Diebe zu ermitteln. Die Teltowkanal-Bauverwaltung hat dieserhalb eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Groß-Lichterfelde.

Die Groß-Lichterfelder Gemeindevertretung hat die Eröffnung einer fünften Gemeindefschule beschlossen. Für die Schulen der Gemeinde sollen sechs neue Lehrkräfte angestellt werden. — Die bisher private Mariannenstraße wurde in den Besitz der Gemeinde übernommen.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich wiederum mit dem Ausbau einer Regenrohrleitung in der verlängerten Kronprinzenstraße, von der Augusta Viktorienstraße bis zum Volkstempel, und in der Raddestraße, von dem Saumlerschen Grundstück bis zur Koonstraße. Da die vorgelegten Projekte nur als Provisorium gedacht waren, wurde in Erwägung gezogen, ob dieser Ausbau nicht gleich im Sinne des Regenwasserentwässerungsprojektes für den Ort in Angriff genommen werden könne und wurden die vorgelegten Vorlagen zur weiteren Erörterung einer Kommission überwiesen. — Betreffs des Baues eines neuen Spritzenhauses hatte die eingesezte Kommission mehrere Projekte in Vorschlag gebracht. Auch hatte dieselbe in Erwägung gezogen, ob mit dem Bau des Spritzenhauses sich nicht die Schaffung von Büroräumen für das Gemeindevorstand verbinden lasse. Das letztere aus dem Grunde, um für Sanitätszwecke Räumlichkeiten in der 1. Gemeindefschule freizubekommen. Schon vor einiger Zeit konnten wir mitteilen, daß durch den Zugang in dem letzten Jahre der Zugang in den Schulen ein derart harter geworden ist, daß fliegende Klassen eingerichtet werden mußten. Der Gemeindevorstand wies darauf hin, daß zur Einlösung im April 1906 Räume für die Gemeindevorstände notwendig werden; auch von unseren Vertretern wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß unter dem System der fliegenden Klassen die Behaltbarkeit hervorragend zu leiden habe, und daß sich bald die Notwendigkeit eines neuen Gemeindevorstandes herausstellen werde, trotzdem ein Antrag des Vertreters Dr. Berath angenommen, die Vorlage der Kommission nochmals zur Beratung zu überweisen mit der Aufgabe, nur den Ausbau resp. den Neubau des Spritzenhauses in Erwägung zu ziehen. Durch diesen Beschluß werden die fliegenden Klassen in unseren Gemeindefschulen zur schließlichen Einrichtung werden, während zu gleicher Zeit die Arbeiten zur Gründung einer höheren Schule im Gange sind. Darin

zeigt sich wieder, daß die Volksschule immer das Aischenbrödel ist. — Durch Verzug unseres Genossen Kretschmer nach Berlin mußte für die Kommissionsbaukommission eine Neuwahl stattfinden und wurde Genosse Hildebrandt in dieselbe gewählt. — Gegen die Stimmen unserer Vertreter wurde noch beschossen, 100 Exemplare des Teltower Kreisalters zu beschaffen, welche in den oberen Klassen unserer Gemeindefschulen zur Verteilung kommen sollen, damit, wie sich der Schöffe Dr. Ehrmann ausdrückte, das patriotische Gefühl in der Bevölkerung geweckt werde. Der fortschreitenden Sozialisierung der Massen in unserem Orte wird auch dadurch nicht entgegen gearbeitet werden.

Tegel.

Unschätzbare Riesenbrand. Bei der Firma A. Vorfag in Tegel ist ein eigenartiger Brand entdeckt worden. Seit Wochen beschwerten sich die Anwohner der Fabrik über die üblen Gasgerüche, die ihrer Meinung nach der in Betrieb genommenen Berliner Gasanstalt in Tegel entstammten. Jetzt hat sich nun herausgestellt, daß sie auf einen Brand in den Riesenlohlenlagern der Firma Vorfag zurückzuführen sind. Diese Kohlenlager ziehen sich hart hinter den Häusern der Weiststraße hin. Der Brand muß schon sehr lange Zeit geschwelt haben, bis er jetzt an die Oberfläche der Kohlenberge gelangte. Er fand besonders Nahrung an einer Holzbrücke, die zum Kohlenanfahren diente und dann beim Größterwerden des Lagers von den Kohlen bedeckt wurde. Die Firma Vorfag hat sofort bei der Entdeckung des Brandes die Fabrikfeuerwehr alarmiert und alle verfügbaren Arbeitskräfte herangezogen. Diese sind nun beschäftigt, das ganze Kohlenlager auf Tegel zu verladen und auf ein gegenüberliegendes Feld zu schaffen. Die Behreute gießen andauernd Wasser über die Kohlen. Trotzdem wird die Arbeit des Umschützens noch einige Tage dauern. Der Schaden beträgt nach oberflächlicher Schätzung schon jetzt rund 20 000 M.

Steglitz.

Die Brunnenbahn hat am Dienstag ihre Probefahrten begonnen — endlich, darf man sagen, denn laut Vertrag mit der Firma Siemens u. Halske sollte bereits am 1. Oktober der Betrieb bis zum Botanischen Garten aufgenommen werden. Man könnte daraus schließen, daß Verträge nur geschlossen werden, um nicht erfüllt zu werden. Ueber die Gründe der Verzögerung hat die Defensivfabrik bisher nichts erfahren. Auch über den Ausfall der Probefahrten verlautet vorläufig nichts, so daß der Termin der Betriebseröffnung noch unbestimmt ist.

Teltow.

Eine Schlägerei, bei der das Blut in Strömen floß, gab es am Sonnabendabend in der Kantine bei der Klärstation auf den Lindbergen. Russen und polnische Arbeiter (Schleifer) gerieten beim Kartenspiel in Streit und die Folge war eine wilde Schlägerei. Die Kantine glied einem Schlauffelde und der schleunigst herbeigeholte Arzt hatte alle Hände voll zu tun, um die zerschlagenen Schädel wieder zusammenzufügen. Einer von den Russen war so zugerichtet, daß er nach dem Potsdamer Krankenhaus geschafft werden mußte. Die herbeigeholte Gendarmerei von Teltow und Stahndorf verhaftete drei der Haupttäter, der vierte ist noch nicht ergriffen.

Potsdam.

Bei den am Montag und Dienstag hier stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung wurden die Kandidaten des Neuen Wahlvereins gewählt. Die Kandidaten unserer Partei erzielten eine ganz erhebliche Stimmenzahl. Von 7775 eingeschriebenen Wählern übten nur 2416 ihr Wahlrecht aus.

Berliner Nachrichten.

Keine Waldschulen in Berlin. Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Prüfung des sozialdemokratischen Antrages betreffend die Errichtung von Waldschulen für schwächliche Kinder hielt Dienstagabend seine erste und letzte Sitzung ab. Von unseren Genossen wurden noch einmal in eindringlicher Weise die Gründe dargelegt, die auch in Berlin die Errichtung solcher Waldschulen als dringend wünschenswert erscheinen lassen. Insbesondere wurde auf die sehr große Zahl der Kinder hingewiesen, die in Berlin die Volksschulen verlassen, ohne das Schulziel erreicht zu haben, und ausgeführt, daß für diese belagerten Verhältnisse vor allem zwei Ursachen in Betracht kämen: die große Ueberfüllung der unteren Aufnahmeklassen, die es auch dem begabtesten und pflichttreuesten Lehrer unmöglich machen, den Kindern näher zu treten und ihnen die Elemente des Wissens so gründlich zu übermitteln, daß sie auf dieser Grundlage sicher und stetig weiterbauen können, sowie ferner der Umstand, daß unsere Volksschulen von zahlreichen Kindern besucht sind, die ohne direkt krank zu sein, von Geburt an oder durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie zu Hause leben müssen, schwächlich, blutarm und nervös sind. Da nun die geistige Aufnahmefähigkeit der Kinder zu einem sehr erheblichen Teile bedingt wird durch ihren körperlichen Zustand, so ist es klar, daß solche schwächlichen Kinder dem gewöhnlichen Schulpensum, das für normale Kinder zugeschnitten ist, nicht gewachsen sind. Diese Kinder bleiben daher nicht nur selber zurück, sondern hindern auch ihre Mitschüler am Vorwärtskommen. Würde dieser Gruppe von Kindern aber eine besondere Fürsorge zuteil, so würden auch sie besser fortkommen und das Schulziel erreichen können. Diese besondere Art der Fürsorge gewähre nur die Waldschule mit ihren verschiedenen Einrichtungen und da ja in der ersten Plenarberatung von dem Vertreter der Majorität ausdrücklich betont sei, daß die Waldfrage keine Rolle spielen würde, die Stadt Berlin sei geneigt, nicht mit den Mitteln zu gehen, wenn es gelte, geistig oder körperlich zurückgebliebene Kinder zu fördern, so werde hoffentlich aus den Beratungen des Ausschusses Positives und Erspriechliches hervorgehen.

Auf diese Ausführungen erklärte der Stadtschulrat, er wolle gern zugeben, daß die Waldschule Nutzen bringe. Die geringe Klassenfrequenz (20 bis höchstens 25 Kinder), das ausgeübte Lehrpersonal, die andauernde Beschäftigung der Lehrer mit den Kindern, die Art des Lehrplans und des Lehrtons, die gute Ernährung der Kinder, der Umstand, daß die Kinder nicht, wie so vielfach in den Gemeindefschulen, des Nachmittags durch schwere körperliche Arbeit zum Unterricht der Familie beitragen müßten, das alles seien Momente, die, ganz abgesehen vom Wald und der Waldluft, ausgezeichnete pädagogische Resultate bringen müßten. Er glaube auch, daß die Waldfrage sich würde lösen lassen, — trotzdem sei er gegen den Antrag, dem „der Handluch, der für Charlottenburg, den Kindern

Davids, passe, paßt nicht für den Riesen Goliath". Persönlich würde er sich freuen — für den Magistrat könne er nicht sprechen — wenn den Walderschulungstätten für Kinder größere Geldmittel zugeführt würden und dort in intensiverer Weise als bisher Unterricht erteilt werden würde. Diese letztere Anregung wurde von anderer Seite aufgenommen und schließlich zu folgendem Antrage verknüpft:

Die Verammlung lehnt den Antrag Dr. Kronz und Genossen ab und ersucht den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auf einem städtischen Waldgelände eine größere Walderschulungstätte für kränkliche und schwächliche Kinder geschaffen werden könnte, in welcher dieselben längere Zeit verbleiben und daselbst auch Schulunterricht bei ärztlicher Aufsicht genießen.

Die übrigen Redner sprachen zwar alle ihre Sympathien für unseren Antrag aus, brachten aber Bedenken teils schultechnischer, teils allgemeiner Natur vor. Am besten drückte die Genossenschaft der Mehrheit ein Redner zum Ausdruck, der ungeschminkt erklärte, Berlin sei in der Fürsorge für seine schwächlichen und kranken Kinder bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Mehr könne nicht geleistet werden. Man müsse daher den Antrag rundweg ablehnen.

Ein Antrag auf Verlegung des Antrags bis zum Frühjahr nächsten Jahres, um dem Ausfall, dessen Wirklichkeit in ihrer übergrößten Zahl Waldschulen aus eigener Anschauung nicht kannten, die Möglichkeit der Verwirklichung der Charlottenburger Waldschule zu geben, wurde abgelehnt und ein Schlußantrag angenommen. Darauf wurde dem der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung von Waldschulen und der oben mitgeteilte Antrag abgelehnt.

Das Ergebnis der Ausschussberatungen ist also ein total negatives. Das altbekannte und so inhaltleere Lied, Berlin brauche sich um neue und gute Einrichtungen, die in anderen Kommunen geschaffen werden, nicht zu kümmern, die Berliner Einrichtungen seien vollkommen, ist auch bei dieser Gelegenheit wieder gesungen worden und die schönen Worte, die man — vor den Wahlen — für den Antrag gehabt hat, haben sich als eitel Dunst erwiesen.

Hilfslosigkeit gegenüber den Hilflosen.

Die Stiftungsdeputation des Magistrats verwaltert eine große Zahl von Stiftungen, deren Vermögen einen sehr beträchtlichen Wert darstellt. Aber die Zahl der bei ihr eingehenden Gesuche ist so gewaltig, daß ihr das Zehnfache an Mitteln zur Verfügung stehen könnte, ohne daß sie allen Hilfsbedürftigen zu helfen vermöchte. Die wenigsten machen sich eine Vorstellung davon, wie gering ihre Auskünfte auf Verdrüsslichkeit sind, wenn sie sich an die Stiftungsdeputation wenden. Es geht der Stadtgemeinde mit ihrer Wohlthätigkeitspflege nicht anders als den zahlreichen Vereinen und Vereinen, die in Wohlthätigkeit machen und gegenüber der auf sie eindringenden Hilfslosigkeit und Not völlig machtlos sind.

In ihrem letzten Jahresberichte, der jetzt erschienen ist, teilt die Stiftungsdeputation mit, daß sie 20882 Gesuche zu erledigen gehabt hat. Wie alljährlich, liefen die wenigsten Gesuche im Sommer ein, die meisten im Winter. Im Juni kamen diesmal nur 917 Personen mit Gesuchen, aber im November, der sich stets durch die höchste Zahl „auszeichnet“, kamen 3801. Leider fügt der Bericht nicht hinzu, wie viele Wittsteller abgewiesen werden mußten, und zwar selbst dann abgewiesen werden mußten, wenn sie durchaus unterstützungswürdig waren. Am ärgsten ist das Verhältnis zwischen Zahl der Gesuche und Höhe der Geldmittel bei jenen Stiftungen, die laut testamentarischer Bestimmung der Stifter durch die Stiftungen zur Einreichung von Gesuchen auffordern müssen. Da melden sich manchmal etliche tausend Personen, während nur ein paar Tausend Unterstüzungen in geringer Höhe zu vergeben sind. Einzelne Stiftungen haben sogar jedesmal nur zwei oder drei Raten zu vergeben.

In dem Bericht wird auch nicht gesagt, wieviel Mittel zur Verfügung standen. Man erfährt nur, daß das Stiftungsvermögen im vergangenen Jahre wieder um 2 Millionen zugenommen hat und jetzt einen Wert von 31 Millionen repräsentiert. Die Jinsen schätzen wir auf nicht mehr als 1 1/2 Millionen, vielleicht sind es nicht mal mehr als 1 Million, und auch hiervon wird gewiß noch ein erheblicher Betrag abgehen für lebenslängliche Renten, die die Stifter ihren Hinterbliebenen vorbehalten haben. Wie wenig aber eine Million Mark in einer Großstadt wie Berlin bedeutet, das kann man ersehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß hier in der öffentlichen Armenpflege allein durch die Armenkommissionen jetzt pro Jahr bereits über 9 Millionen Mark verteilt werden müssen.

Die Stiftungsdeputation unterstützt die „verschämten Armen“, die die öffentliche Armenpflege noch nicht in Anspruch nehmen wollen oder denen die Organe der öffentlichen Armenpflege selber diese „Schande“ ersparen wollen. Das ist aber auch so ziemlich der einzige Unterschied zwischen Stiftungsmitgliedern und Armenliste. In der eigenen Hilfslosigkeit gegenüber den Hilflosen geben die Wohlthätigkeit aus Stiftungen und die Armenpflege aus dem Stadtsäckel einander nichts nach.

Die Annahmestellen der städtischen Sparkasse, die über ganz Berlin verteilt sind, werden von der Bevölkerung sehr ungleich zur Einzahlung von Ersparnissen benutzt. Im letzten Etatjahr bestanden 85 Annahmestellen, bei denen 264 612 Einzahlungen im Gesamtbetrag von rund 14 1/2 Millionen Mark gemacht wurden (während über 47 1/2 Millionen Mark unmittelbar an die Sparkasse eingezahlt wurden). Eine der Annahmestellen des Südostens, eine im Westen und eine im Nordwesten hatten allein 13 105, 12 151, 11 251 Einzahlungen mit 754 007 Mark, 746 189 Mark, 753 982 Mark, d. h. auf drei Annahmestellen von überhaupt 85 entfiel fast der siebente Teil aller Einzahlungen und mehr als der siebente Teil des Gesamtbetrages. Die Gegensätze hierzu bilden ein paar Annahmestellen, die im ganzen Jahre noch keine 100 Einzahlungen zu buchen hatten, darunter eine Annahmestelle im Nordosten, die nicht erst neu eröffnet wurde, sondern das ganze Jahr hindurch bestanden hatte.

Das Kaninchenfleisch ist in Berlin in den letzten Jahren immer mehr in Aufnahme gekommen. Eine ungefähre Vorstellung davon geben die Zahlen des Umsatzes wider Kaninchen, den die städtischen Verkaufsvermittler in den Markthallen alljährlich haben. Im Etatjahr 1905/06 hatten sie erst 10 372 Stück umgesetzt, drei Jahre später hatten sie einen Jahresumsatz von 46 570 Stück, und wieder drei Jahre später, im Etatjahr 1904/05, setzten sie 100 126 Stück um. Der Großhandelspreis ist erst in den allerletzten Jahren durch die Steigerung des Angebots beeinflusst worden. Der Durchschnitt stellte sich in 1906/07 auf 50 Pf., stieg bis 1901/02 sogar noch auf 62 Pf., sank aber dann bis 1904/05 wieder auf 54 Pf. Im Sommer und Herbst liegen die Preise unter, im Winter und Frühjahr über dem Durchschnitt.

Die diesjährige Aufhebung der Sonntagsruhe vor Weihnachten und Neujahr. Für die Befreiung der Sonntagsruhe an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, den 10., 17. und 24. Dezember, sind jetzt im Landespolizeibezirk Berlin die näheren Bestimmungen getroffen worden. Die Freigabe des dreizehnten Sonntags vor dem Fest erfolgt nur in diesem Jahr, weil der letzte Sonntag auf den heiligen Abend fällt. Geschäften, Lehrlinge und Arbeiter dürfen in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf von 8—10 und 12—6, in Schöneberg von 8—9 1/2 und 11 1/2—2 Uhr; Bad-, Konditor- und Fleischwaren von 5—10 Uhr vormittags (in Schöneberg bis 9 1/2); Kolonial- und Vorkostwaren, Blumen, Bier, Wein, Tabak und Zigarren von 8—10 (in Schöneberg von 7 1/2—9 1/2); Mohls 6—10 (in Schöneberg 6—9 1/2); die Zeitungspeditionen überall von 4 bis

9 Uhr früh. Am 2. Feiertage gelten die Vorschriften wie an Sonntagen. Da in diesem Jahre Sylvester auf einen Sonntag fällt, dürfen an diesem Tage im Papierhandel, Geschäften, Lehrlinge und Arbeiter in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf von 7—10 und 12—7, in Schöneberg von 7—9 1/2 und 11 1/2—7 Uhr beschäftigt werden.

Neuer Schnell-Omnibus mit Pferden. Ein neuer Schnell-Omnibus mit Pferdebetrieb wurde vorgeföhrt von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft dem Polizeipräsidenten vorgeföhrt und polizeilich abgenommen. Die Wagen der Omnibus-Gesellschaft sind entweder große Zweifspanner oder kleinere, leichte Einspanner. Für die Befahrung beider Arten von Wagen sind verhältnismäßig schwere Pferde notwendig. In der Regel werden dafür Kornkassen, Belgier und Dänen verwendet. Der neue Typus, welchen die Omnibus-Gesellschaft jetzt geschaffen hat, besteht in einem leichten Wagen von besonders gefälligen Formen, der mit zwei Pferden bespannt wird. Dieser Zweifspannerwagen hat nur 21 Plätze. Auf 15 querangeordneten Sitzplätzen sind 6 Stehplätze vorgeföhrt. Die Sitze sind zu je vieren einander gegenüber angeordnet. In der Mitte befindet sich ein Gang. Zur Befahrung der neuen Omnibusse werden besonders leichte Pferde verwendet. Es sind dafür russische und ungarische Tiere erworben worden. Beide Rassen laufen bekanntlich besonders schnell und mit großer Ausdauer. Von der neuen Art sind zunächst zwei Wagen hergestellt worden. Diese werden auf der Linie 19, Noabit—Alexanderplatz, eingeföhrt.

Trauerfeiern für die Opfer der russischen Judenmorde fanden Mittwoch nachmittag in 15 Privatjagogen Berlins statt. Nach Beendigung der Feier wurden Sammlungen für die Hinterbliebenen der Opfer der Judenverfolgungen veranstaltet.

Ein interkonfessionelles Hilfskomitee für die Opfer der Meheleien in Rußland hat sich in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Konstantin Konradt und in engerer Komitee mit der Durchführung der Sammelstätigkeit unter der Berliner Bürgerschaft eingeföhrt.

Die ersten Weihnachtsbäume sind am Dienstag auf dem Bahnhofe an der Kolonnenstraße eingeföhrt. Gestern ist mit der Aufstellung der Tannen auf dem Gelände des Engrosmarktes an der Großpörschenstraße begonnen worden. Im ganzen sind bereits 60 000 Nadelbäume eingeföhrt. Sie stammen aus dem Harz und wurden schon früher als sonst gefällt werden, da vor kurzem in den Harzgebieten Schneefälle eingetreten sind. Die Preise für einfache Tannen werden sich in diesem Jahre billiger stellen als im vergangenen. Für kleine Bäume werden schodweise 30—40 M., für mittlere 40—50 M. und für große 60—70 M. im Engrosverkauf bezahlt. Dagegen werden die Doppel- und Silbertannen weit teurer werden als im letzten Jahre. Sie kommen aus den Wäldern Bayerns und Galiziens, in denen schon seit einiger Zeit Schnee lagert und starker Frost herrscht. Infolgedessen ist das Fällen der Christbäume mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft. Anfang der kommenden Woche wird der Engrosverkauf einsetzen. Auf dem letzten Bahnhofs werden in diesem Jahre keine Tannen eintreffen, da dort kein Engrosmarkt mehr stattfindet.

Eine aus drei Männern und einer Frauensperson bestehende Einbrecher- und Diebstahlbande, die am 15. d. M. in der Handschuhfabrik von Vollmann, Schönhauser Allee 81, einen Einbruch verübte und für mehrere tausend Mark Leder gestohlen hatte, wurde am Dienstag von der Charlottenburger Kriminalpolizei verhaftet. An diesem Tage erschienen bei einem Schankwirt in der Suarezstr. 24, der früher selbst ein Handschuhgeschäft betrieb, hatte, zwei Männer und boten ihm für ungefähr 800 M. seines Handschuhleders zum Kauf an. Er ging scheinbar auf den Kauf ein, hielt aber die Verkäufer unter der Angabe, daß er sich erst Geld besorgen wolle, so lange hin, bis die von ihm benachrichtigte Polizei eintraf und die Verkäufer verhaftete. Bei der Vernehmung stellte sich aber heraus, daß der eine Verhaftete, ein früherer Hausdiener von Vollmann, Jürstenaun, mit einem ebenfalls verhafteten ehemaligen Zuchthausler Lindau den Einbruch bei Vollmann ausgeführt hatten. Im Laufe des Tages wurden dann noch bei verschiedenen verdächtigen Personen, die sämtlich in Berlin wohnen, mit Erfolg Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Der erste Anglistikfall auf der Millionbrücke hat sich gestern ereignet. Der 10jährige Sohn des Tischlers Friedrich aus der Ewinenländerstraße spielte mit mehreren gleichaltrigen Knaben am Geländer der Brücke. Die Burschen stiegen die hohe Eisenkonstruktion der Brücke hinauf und hierbei kam der kleine Friedrich zu Fall. Er wurde von einem Polizeibeamten nach der Unfallstation XVII in der Bahfstraße gebracht, wo der diensttuende Arzt einen schweren Schenkelbruch feststellte, der die Ueberföhrtung des Knaben nach dem Kinderkrankenhaus notwendig machte.

Ein schwerer Ueberfall ist in der vergangenen Nacht gegen den Maurer Paul Kroll aus der Schulstr. 65 verübt worden. K. war gegen 1 Uhr nach Hause gekommen und als er, an der Haustür angelangt, öffnen wollte, bemerkte er dort einen jungen Mann und ein junges Mädchen. Die letztere, welche ebenfalls in das Haus gehörte, hat K. um Einlass, da sie den Schlüssel vergessen hatte. Ihr Begleiter wollte jedoch davon nichts wissen und er drang auf das junge Mädchen ein, noch mit ihm vor der Haustüre zu bleiben. Als der Maurer nun aufschloß, ging das Mädchen doch mit ins Haus, und der Fremde, der hierüber in Wut geraten war, zog plötzlich ein dolchartiges Messer aus der Tasche heraus und stach blindlings auf K. ein. Gestohlen brach K. zusammen. Er hatte einen gefährlichen Stich in die rechte Schläfe erhalten, welcher die Schlagader getroffen. Ebenso war er auch am linken Oberarm verletzt worden. Verwundet wurde der Gestochene nach der Unfallstation in der Bahfstraße und von dort nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht. Der Zustand des Schwerverletzten ist recht bedenklich. Der Täter ist zwar entkommen, durch die Ausföhrtung des jungen Mädchens dürfte seine Verhaftung jedoch gelingen.

Todessturz von der Treppe. Beim Hausieren mit Ansichtskarten ist am vorgelassenen Abend der 45jährige obdachlose Händler Martin Wächters tödlich verunglückt. Als er in einem Hause in der Rostoderstraße nach der zweiten Etage hinaufging, wurde er plötzlich von einem Schwächeanfall betroffen und stürzte die Treppe hinunter. Der Bauernmörder hatte einen schweren Schädelbruch erlitten und wurde nach dem Krankenhause in Moabit gebracht. Bald nach seiner Einlieferung verstarb er.

Selbstmord eines Kunstmalers. In einem Hotel in der Neuen Wilhelmstr. 10/11 hat sich am Vorktag der Kunstmalers Fritz Delahon aus Schöneberg erschossen. D., welcher in der Feuerstr. 56 gewohnt, war am 21. d. M. plötzlich verschwunden. Er war nach Berlin gefahren und hatte sich in einem Hotel in der Neuen Wilhelmstr. ein Zimmer gemietet, um dort ungehindert den Selbstmordplan auszuführen zu können. Am frühen Morgen wurde das Personal plötzlich durch einen Schuß aufgeschreckt und als man in das Zimmer eindrang, war D. bereits tot. Die wohlgezielte Kugel hatte das Herz getroffen. Der Lebensmüde hat zweifellos in einem Anfall geistiger Unmachtung Hand an sich gelegt. Es geht dies schon aus einem Abschiedsbriefe hervor, den er kurz vor dem Tode an seine Frau gerichtet. D. stand erst im 39. Lebensjahre.

Durch Selbstmord beendet hat der Kommerzienrat H. N. Israel, der gestern nachmittag auf dem jüdischen Friedhofe in der Schönhauser Allee beerdigt wurde. In einem Strafverfahren gegen den Leutnant a. D. Ohen wegen angeblicher Erpressung als Zeuge benommen, soll Israel unter seinem Eide die Unwahrheit gelagt haben. Er sollte deshalb unter dem Verdacht des Meineides verhaftet werden, entzog sich aber der Festnahme, indem er in den Abseindberger See ging und ertrank. In dem Verfahren gegen Ohen handelte es sich ursprünglich um § 175 des Strafgesetzbuchs.

Drei Verschwundene. Das Schicksal von drei Personen, die bereits seit acht Tagen vermisst werden, versuchen die Polizeibehörden aufzuklären. Es handelt sich um den 58 Jahre alten Vatermeister Karl Drahand, Kurfürstendamm 241, um die 54jährige Anguste Klee, Umlandstraße 185, und den 15jährigen Schüler Eugen Wittenberg, welcher die elterliche Wohnung in der Grolmanstr. 21 heimlich verlassen hat und bisher noch nicht zurückgekehrt ist. Die Klee, die bei einer Familie in der Umlandstr. 185 als Stütze der Hausfrau in Stellung war, hat einen Zettel hinterlassen, auf dem sie angegeben, daß sie lebensüberdrüssig sei. Der Vatermeister D. ist am 18. d. M. mit einem Automobil zur Jagd nach Dattendorf bei Spremberg gefahren, dort jedoch nicht eingetroffen. Wahrscheinlich ist er einem Unglück zum Opfer gefallen.

Berlin im Nebel. Am Dienstagabend und auch am Mittwoch war die Reichshauptstadt von einem düsteren undurchdringlichen Nebel überzogen. Für den Straßenverkehr hatten die Niederschläge recht unangenehme Folgen. Ganz besonders machten diese sich am Dienstagabend bemerkbar, an dem die Kutscher und Straßenbahnwagenfahrer einen außerordentlich schweren Stand hatten. Der dicke Nebel gestattete ihnen nur auf ganz kurze Entfernung hin sich umdrehen zu können, und es war den Führern kaum möglich, den Wagenverkehr um sich herum beobachten zu können. Die zahlreichen unermüdlichen Karambolagen, welche sich am Dienstagabend ereigneten, waren einzig und allein auf den starken Nebel zurückzuführen.

Vom eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern morgen der Kutscher Stanislaus Struinsky aus der Liebenwalderstraße 8. St. fuhr mit seinem Gespann die Provinzialstraße entlang, als die Pferde vor einem vorüberlaufenden Straßenbahnwagen scheuten und blöcklich durchgingen. Der Kutscher, dem die Fügel entglitten waren, wurde vom Hod heruntergeschleudert und die Käder gingen ihm über die Brust und Oberkörper hinweg. Mit schweren inneren Verletzungen und einem Beinbruch wurde der Verunglückte davongetragen.

Personen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 15. Oktober, abends zwischen 6 und 7 Uhr, auf dem Schleifischen Bahnhofs ein Herr hinterwärts überfallen wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Rauter, Weinstr. 15 abzugeben.

Kunstwerke in Flammen. Dem Maler Professor Klein-Chevalier ist ein eigenes Bildschicksal zugestoßen: In der Liebenburgerstr. 63 ist ihm eines seiner beiden Materialiers vollständig ausgebrannt. Durch die Unvorsichtigkeit eines Kellnerdienes entzündete ein Feuer, durch das zwei bestellte größere Bilder vernichtet sind; auch die ganzen Studien des letzten Jahres sind ein Opfer der Flammen geworden.

Einen großen Anlauf gab es gestern nachmittag um 2 Uhr vor der Schantwirtschaft „Zur Internationale“ in der Neuen Schönhauserstr. 7a. Der Wirt Babst, ein lediger Mann, geriet mit seiner 27jährigen Wirtschafterin Anna Kuschoff, die seit acht Wochen bei ihm angestellt ist, in einen Geschäftsstreit. Während zertrümmerte die Wirtschafterin mit der rechten Hand die Scheide der Tabakzife, schnitt sich dabei die Pulsader der rechten Hand auf und schrie dann jämmerlich um Hilfe. Das Publikum glaubte, daß der Wirt das Mädchen prügele, und wollte in den Laden eindringen. Es sammelten sich gegen 300 Personen an. Schutzmänner des 13. Regiments zerstreuten die aufgeregte Menge und sperren das Haus ab. Das schwerverletzte Mädchen wurde mit einem stoppigen Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Vermischtes.

Die Beerdigung der bei dem Untergange des Torpedobootes S 126 verunglückten und bisher geborgenen Matrosen Meier, Knöcher und Kasper sowie des Reichsmilitärn Daman fand am Mittwochnachmittag auf dem Garnisonfriedhofe in Kiel statt. Die Leiche des ebenfalls ertrunkenen Matrosen Kaltwasser ist in die Heimat übergeföhrt worden, um dort zur letzten Ruhe beigesetzt zu werden. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge bewegte sich nach dem Friedhofe, um den Beerdigungsfeierlichkeiten beizuwohnen. Die gesamte Admiralität sowie die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden nahmen an dem Trauerakte teil. Weit über 500 Kränze wurden an den Gräbern niedergelegt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktballen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 Pf. 100 Pfund, Ia 57—64, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 57—63, IIa 55—60, IIIa 55—62, Schweinefleisch 71—77. Rotwild 40—52 Pf. Hafen Stroh 3,00—4,10, Klein 1,50—2,00. Raminchen Stroh 0,60—1,00. Krammetstoppel 0,10—0,25 Pf. Rebhühner, junge Ia 0,50—1,00, junge IIa 0,00, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,70—0,75, alte IIa 0,00—0,00. Hühner pro Stück, alte 0,50—1,00, junge Ia 0,50—1,25, do IIa 0,50—0,85. Lämmer, junge 0,40—0,50, alte 0,25—0,30. Enten junge 1,40—2,30. Gänse pro Stück, Ia 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50, pro Pfd. Ia 0,58—0,65, IIa 0,45—0,58. Rechte 82 R. Schlei, unsort. 103—114. Kote, groß 0,00—0,00, mittel 0,00, Klein 0,00 R. Blößen 49—50 R. Karpen 0,00. Lachs 137 R. Schellfische Ia 22—25 R., Kumber 17—20 R. pro 100 Pfund. Schottische Vollheringe (gelassen) 25—38 R. Krevise, kleine, Schod 0,00 R., unsortiert 0,00—0,00 R. Eier, Schod 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124—126, IIa 118—124, IIIa 115—118, abfallende 100—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Polen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Birnkofel pr. Schod 4,00—8,00, Bäckföhl 6,00—8,00, Rostföhl 4,00—5,00, koll. 12—14 R. Saure Gurken, Schod 2,00 R.

Wasserstand am 21. November. Elbe bei Köfzig + 0,59 Meter, bei Dresden — 0,73 Meter, bei Magdeburg + 2,58 Meter. — In Frankfurt bei Straußfurt + 1,70 Meter. — Oder bei Rottbor + 2,74 Meter, bei Breslau Oberpegel + 3,06 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,34 Meter, bei Frankfurt + 2,02 Meter. — Weichsel bei Braheinde + 3,58 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Reghe bei Wg — Meter.



METZNER
Kinderwagen

Charlottenburg.
F. Kunstmann,
nur Wallstr. 1
Uhren und
Goldwaren.
Großes Lager
Reparaturen schnell und billig.
Billige Preise. 1693*

Habe meine Wohnung von der
Thüringerstr. 42 nach Nixdorf
Bergstr. 99/100
Ede Zahnstraße, neben der
Pinselmannstr., verlegt. 2313*

Frau Lenz, Gebamme.

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich-Str. 12,
Berlin, Kollmer-Str. 2.
Vermietung von Brillanten, Gold- und
Silberarbeiten, Uhren, Sägen, Zylinder,
Kleiderbüchsen etc. 218V*

Reise enorm billig!
Kleiderstoffe für Kostüm, Damen
Anzüge, Anzugstoffe, Eleg.
Anzugstoffe, S. Weigner,
Kollmer-Str. 7.